

Roman Sandgruber

Die ÖVP in Oberösterreich

I. Neuanfang und Wiederaufbau

"Bis 1918 lag Linz im Erzherzogtum Österreich ob der Enns, bis 1938 im Bundesland Oberösterreich. Dann lag es im Gau Oberdonau, und jetzt liegt es in der amerikanischen Zone. Viel kommen die Städte herum neuerdings."
Alfred Polgar (1873-1955)

Das Kriegsende in Oberösterreich

Als ab dem 30. April 1945 die ersten amerikanischen Truppen in Oberösterreich einrückten, kamen sie in ein zerstörtes Land, trafen auf Menschen, die nach den schrecklichen Erlebnissen des Krieges demoralisiert, verzweifelt, jeder Hoffnung beraubt waren. Die menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten hatte überall sichtbare Spuren hinterlassen. Chaos, Auflösung und Rechtlosigkeit herrschten. Den Menschen fehlte das Notwendigste zum Überleben: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit. Die Infrastruktur war zerstört, die Wirtschaft lag am Boden. Oberösterreich beherbergte mehr als doppelt so viel Menschen als vor Kriegsbeginn: zu den rund 900000 Einheimischen kamen mindestens noch einmal so viele Flüchtlinge, Umsiedler, Vertriebene, Verschleppte, insgesamt Menschen aus mehr als 25 Nationen. Sie alle mussten mit dem Notdürftigsten versorgt werden.

Zwischen dem 1. und 5. Mai besetzten amerikanische Einheiten Oberösterreich. Nach Inkrafttreten der am 7. Mai in St. Martin im Innkreis unterfertigten Kapitulation der Heeresgruppe Süd (Heeresgruppe Ostmark) wurde die zwischen Amerikanern und Sowjets ausgehandelte Demarkationslinie wirksam, die vorerst von Freistadt die Bahnlinie, später die Bundesstraße entlang zur Donau und südlich der Donau die Enns entlang verlief. Die Sowjets hatten also vorerst nur etwa 40 Gemeinden des Landes unter ihrer Gewalt, die Amerikaner etwa 400.

Entsprechend dem Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 besetzte die russische Armee Anfang August 1945 schließlich das ganze Mühlviertel und zog sich südlich der Donau vom Ufer der Enns mit kleineren Ausnahmen an die Landesgrenze zurück. Die Hintergründe dieses Ende Juli beginnenden Abtauschs der von den sowjetischen Truppen besetzten Obersteiermark gegen das westliche Mühlviertel sind bis heute nicht völlig klar. Jedenfalls ermöglichte es den Sowjets nicht nur den Zugriff auf die Donau von Passau bis Hainburg, sondern auch die Kontrolle der gesamten Grenze zur Tschechoslowakei. Sie gaben dafür nicht nur die Industrieregion der Mur-Mürz-Furche aus der Hand, sondern auch die am Ostufer der Enns gelegenen Steyr-Werke. Für Oberösterreich bedeutete diese Grenzziehung die Zerschneidung in zwei Teile. Das Mühlviertel war vorerst faktisch ein zehntes Bundesland geworden. Tendenzen, es an Niederösterreich anzuschließen, von wo aus ja schon ein Bezirkshauptmann im bereits vorher russisch besetzten Perg ernannt worden war, konnten mit der unter Johann Blöchl aktiv werdenden "Zivilverwaltung Mühlviertel" abgeblockt werden. Ab 8. August 1945 war die Donau für die Mehrheit der

oberösterreichischen Bevölkerung eine vorerst fast unüberschreitbare Grenze geworden. Johann Blöchl wurde von der Regierung Renner zum „Staatsbeauftragten“ für das Mühlviertel ernannt.

Oberösterreich blieb bis 1955 ein zweigeteiltes Land. „Wir haben die längste Brücke der Welt – sie beginnt in Washington und endet in Sibirien!“, so Heinrich Gleißner. Doch die Lage war 1945 dramatischer als es dieses Bonmot suggerierte. Mit Mut, taktischem Geschick und Geschlossenheit verhinderten die führenden Männer eine endgültige Teilung des Landes. Die wichtigste Entscheidung für die Landeseinheit war die Einrichtung einer eigenen oberösterreichischen Zivilverwaltung Mühlviertel und die Berufung des Staatsbeauftragten für das Mühlviertel, Johann Blöchl, in die erste von Dr. Heinrich Gleißner geführte politische Landesregierung Ende Oktober 1945. Endgültig aufgefangen konnte eine Teilung durch die Novemberwahlen und durch die Installierung Blöchls in der neuen, demokratisch legitimierten Landesregierung als Landesrat ohne Ressort werden. Später wertete Dr. Heinrich Gleißner das Festhalten Oberösterreichs an der Landeseinheit als den wesentlichen Beitrag Oberösterreichs zur Verhinderung einer Teilung Österreichs ähnlich der Deutschlands.

Zupacken, Anpacken, Handeln. Nicht an der Ausweglosigkeit der Zerstörung verzweifeln, sondern den Zukunftsglauben in der Perspektive des Wiederaufbaus entdecken. Daran haben Politiker aller demokratischen Parteien ab 1945 gemeinsam gearbeitet. Die Aufgaben waren enorm. Es galt, die Ernährung der Menschen zu sichern, ihnen Unterkünfte und Arbeit zu schaffen, sich um die soziale Fürsorge zu kümmern und Wirtschaft und Infrastruktur wieder aufzubauen. All das gelang nur mit Unterstützung durch die kontinuierliche Wiederaufbauhilfe vor allem der amerikanischen Besatzung. Bei allen Nöten und Problemen hat man aber an einem nie gezweifelt: An der Zukunft Oberösterreichs.¹

Vom Volksverein zur Volkspartei

Mit der Neugründung der ÖVP am 17. April 1945 im Wiener Schottenhof waren Weichenstellungen verbunden, die für die Entwicklung der Zweiten Republik und ihr konsensdemokratisches System von entscheidender Bedeutung waren. Mit der ÖVP war eine Partei errichtet worden, die die Werte der Vergangenheit mit den Notwendigkeiten der Zukunft verband: Eine demokratische „Partei der Mitte“, die alle gesellschaftlichen Gruppen vereint, hatten die führenden Männer der ÖVP in ihren Gründungstagen im April/Mai 1945 als Ziel vor Augen. Andererseits war die ÖVP ganz explizit als „Österreich“-Partei konzipiert worden.²

Die Entscheidung für die Gründung der „Österreichischen Volkspartei“ bekundete schon im Namen das prononcierte Bekenntnis zu Österreich, indem das „Österreichische“ vorrangig positioniert wurde, im Unterschied zu den anderen damaligen Parteien, der SPÖ und der KPÖ, wo „Österreich“ erst hinter der „sozialistischen“ und „kommunistischen“ Etikettierung zu stehen kommt, oder gar dem 1949 gegründeten VdU, dem Verband der Unabhängigen und Vorläufer der FPÖ, der das „Österreich“ vorerst gar nicht im Namen führte. Andererseits unterstrich der Name „Volkspartei“ die Entscheidung für eine integrative, alle Schichten und Gruppierungen einbeziehende Programmatik der bürgerlichen Mitte. Mit dem Begriff „Volkspartei“ suchte man einerseits liberalen und auch antiklerikalen Gruppierungen der Zwischenkriegszeit den Weg in die neue Partei zu ebnen. Dass man bei der ÖVP-Gründung im Namen auf das programmatische und traditionsreiche Etikett „christlich“ oder „christlichsozial“ verzichtet hatte, war aber andererseits sicher nicht als Resultat einer Abkehr von Vorstellungen und Konzepten der christlichen Soziallehre zu verstehen, gehörten doch die ersten Exponenten der Parteigründung dem prononciert christlichsozialen Flügel an. Dr. Felix Hurdes, der 1946 die Funktion eines

„bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten“ erfüllte, definierte im Rückblick die Volkspartei der unmittelbaren Nachkriegszeit als „linke Mitte“. Alle ÖVP-Programmdecker der unmittelbaren Nachkriegszeit fühlten sich der Tradition der Katholischen Soziallehre verpflichtet.

Die sozialpartnerische Ausrichtung wurde in der Entscheidung für die bündische Strukturierung der ÖVP grundgelegt, als einer Art Dachverband der auf berufliche Interessenvertretungen hin orientierten drei Bünde der Bauern, der Wirtschaftstreibenden und der Arbeiter und Angestellten. Zu diesen drei berufsständisch orientierten Organisationen wurden noch 1945 die Österreichische Frauenbewegung (ÖFB) und die Österreichische Jugendbewegung (ab 1960 bzw. offiziell 1968 Junge Generation in der ÖVP und ab 1970 Junge Österreichische Volkspartei/JVP) hinzugenommen. Den Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund (später Seniorenbund) gab es seit 1953 auf der Ebene einzelner Länder, seit 1967 auf Bundesebene. Diese ursprünglich eher als Vorfeldorganisationen verstandenen Parteiteile wurden erst 1972 im neuen Parteistatut formal den drei Bünden gleichgestellt, indem die bündische Gliederung auf eine solche in Teilorganisationen umgestellt wurde. Die Mitgliedschaft bei den Bünden bzw. ab 1972 bei den Teilorganisationen gab vielen Personen, die aus Familientradition oder Individualismus ÖVP- oder allgemein parteikritisch eingestellten waren, das Gefühl, nur beim Wirtschaftsbund, Bauernbund oder beim Seniorenbund, aber nicht bei der ÖVP zu sein.

Die drei Bünde der ÖVP konnten 1945 nicht nur in einem sehr ausgewogenen Verhältnis die österreichische Erwerbs- und Sozialstruktur repräsentieren, war doch damals noch mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, fast ein Drittel Selbständige in Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und das restliche Drittel Arbeiter, Angestellte und Beamte. Sie nahmen mit ihrer höchst unterschiedlichen Interessenlage, für die innerparteilich fortwährend der Ausgleich gefunden werden musste, auch innerhalb der Partei ganz deutlich das Modell der Sozialpartnerschaft vorweg, das auf der gesamtstaatlichen Ebene zwischen Landwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern einerseits, Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammern andererseits so übereinstimmend als eine der Wurzeln der österreichischen Erfolgsgeschichte nach 1945 angesehen wird.

Der föderalistischen Struktur Österreichs entsprach die Entscheidung für eine Gliederung in Landesparteien, die in der Folge immer wieder ihre Selbständigkeit gegenüber der Bundespartei betonten und sich in den Ländern nicht als „Österreichische“ sondern als „Steirische“, „Tiroler“ oder eben „Oberösterreichische“ Volkspartei präsentieren. Die Gründungsgeschichte der ÖVP im Jahre 1945 entsprach diesen Zielsetzungen: die einzelnen Landesparteien wurden fast unabhängig von der Bundespartei gegründet. Aus den realen Kommunikationsgegebenheiten des Jahres 1945 und wegen der Aufteilung in von einander fast völlig abgekapselte Besatzungszonen war dies praktisch auch kaum anders möglich. Auch dass sich 1945 vorerst der Primat der Bünde gegenüber dem der Partei durchsetzte, wird aus den Gegebenheiten des Kriegsendes verständlich: die Bünde konnten personell sehr viel leichter an vor 1938 bestehende Organisationen (Bauernbund, Gewerbebund...) anknüpfen als die Gesamtpartei. Ständisch-bündische Repräsentationsformen waren nicht nur durch den „Ständestaat“ sehr aufgewertet worden. Sie konnten auch 1945 sehr viel leichter reaktiviert werden, während die Partei ja bereits 1934 aufgelöst worden war. Man versuchte aber im Unterschied zur Zwischenkriegszeit nicht mehr, den Parlamentarismus durch ständische Modelle zu ersetzen oder zu ergänzen. Die demokratische Haltung wurde nicht nur verbal betont, sondern auch unbestritten umgesetzt.

Die Skala möglicher Namen für die neue Partei reichte von „Christlichen Sozialisten“ über „Österreichische Staatspartei“ und „Christlichsoziale Volkspartei“ bis zur Wiederaufnahme der bis 1934 geltenden Bezeichnung „Christlichsozialen Partei“. Die Bezeichnung „Volkspartei“ war den vorhandenen Berichten zufolge bereits 1939/40 in

kleinen Kreisen um Lois Weinberger und Felix Hurdes als Name einer neu zu gründenden Partei im Gespräch gewesen. Alfred Maleta berichtete dazu aus der die alten weltanschaulichen Gegensätze überbrückenden Konzentrationslagererfahrung: „In den Lagern war von einer neuartigen Volkspartei die Rede, die zwar christlich fundiert, aber liberalem Gedankengut aufgeschlossen sein sollte. Das war ... der Grund, weshalb wir auf die Wiederbelebung der Bezeichnung Christlich-soziale Partei verzichteten.“³ Daher entschied man sich am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift für die Bezeichnung „Österreichische Volkspartei“. In Tirol hatte man sich in den Gruppen um Karl Gruber für „Österreichische Staatspartei“ ausgesprochen und in Salzburg sich zum Beispiel vorerst für den Namen „Christlich-soziale Volkspartei“ entschieden und erst am 31. Mai die Umbenennung auf „Österreichische Volkspartei“ vorgenommen.

Der Begriff „Volk“ war für die christlichsoziale Bewegung nicht neu, sondern in der Namengebung konservativ-christlicher Organisationen und Institutionen, etwa in den „Volksvereinen“ und „Volksparteien“ in Oberösterreich und Tirol oder im „Linzer Volksblatt“ und im „Oberösterreichischen Volkskredit“ usw. schon seit dem 19. Jahrhundert von Bedeutung gewesen, wiewohl der Volksbegriff durch die nationalistische und nationalsozialistische Vereinnahmung und Ideologisierung diskreditiert worden war.

In Oberösterreich stieß der Name Volkspartei auf große Akzeptanz, erinnerte er doch an den Katholischen Volksverein, der hier bis 1934 die oberösterreichische Landesorganisation der Christlichsozialen Partei gebildet hatte. Man konnte nicht nur an die alten Parteinamen „Katholischer Volksverein“ und „Katholische Volkspartei“ anschließen, sondern auch im organisatorischen Aufbau beim Volksverein anknüpfen, der sich seit 1918 in eine bündisch strukturierte Richtung entwickelt hatte, und dabei auch an die erklärt demokratische Tradition dieses Volksvereins erinnern, war doch gerade der Oberösterreichische Volksverein im Unterschied zur Christlichsozialen Partei in Wien bis 1934 durch seine pointiert demokratische Linie hervorgetreten.⁴

Die Christlich-Konservativen waren in Oberösterreich schon seit den Siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts unter dem Namen des 1869 gegründeten Katholischen Volksvereins organisiert und aufgetreten, der bei den Landtagswahlen 1884 erstmals die Mehrheit errungen hatte und vor dem Ersten Weltkrieg und in der Ersten Republik mit Alfred Ebenhoch (1898-1907), Johann Nepomuk Hauser (1907-1927) und Josef Schlegel (1927-1934) die Landeshauptleute gestellt hatte und auch trotz der 1907 vollzogenen Fusion der Katholisch-Konservativen mit den Christlich-Sozialen seine Eigenständigkeit weiter betonte. Der in der Zwischenkriegszeit in mehrere Bünde (Bauern-, Handels- und Gewerbe-, Arbeiter-, Kleinhausler- und Landarbeiterbund sowie Katholische Frauenorganisation) gegliederte Volksverein fungierte als Parteiorganisation der Christlichsozialen Partei in Oberösterreich.

Als auf Antrag des politischen Referenten der österreichischen Bischofskonferenz, des Linzer Diözesanbischofs Dr. Johannes Maria Gföllner, am 15. Dezember 1933 aufgrund eines Beschlusses der österreichischen Bischofskonferenz vom 30. November katholische Geistliche aus bundes-, landes- und kommunalpolitischen Funktionen abgezogen werden mussten und auch die kirchlichen Laienorganisationen aus der Parteiarbeit herausgelöst werden sollten, bedeutete dies einen schweren Aderlass für den Katholischen Volksverein, der mit seiner seit der Gründung bestehenden Doppelfunktion, einer innerkirchlichen und einer politischen, zwar kirchliche und öffentliche Anliegen vermischte, aber einen der Eckpfeiler einer demokratischen Tradition in einer in Wien immer stärker auf autoritäre und diktatorische Absichten zustrebenden Christlichsozialen Partei darstellte.

Der Umbau des „Katholischen Volksvereins“ in eine dem Bischof direkt unterstellte „Katholische Aktion“ bedeutete den Zerfall der Christlichsozialen Partei Oberösterreichs. Landeshauptmann Dr. Schlegel verlor damit an der Jahreswende 1933/34 nicht nur die Mitarbeit politisch erfahrener Vertreter der Geistlichkeit wie Ernst Hirsch und Josef

Pfeneberger, sondern praktisch die gesamte Parteiorganisation. Schwerwiegender noch war, dass Dr. Josef Aigner, der dem betont demokratischen und dollfußkritischen Flügel der Christlichsozialen Partei angehörte, auf Verlangen des Bischofs am 11. Jänner 1934 als Präsident des Katholischen Volksvereins und damit gleichzeitig als Landesobmann der in Oberösterreich mit dem Volksverein identischen christlichsozialen Parteiorganisation zurücktreten musste. Den Christlichsozialen Oberösterreichs wurde nach Meinung von Leopold Kunschak damit das Rückgrat gebrochen.⁵

Im Ständestaat waren der O.Ö. Bauernbund und der Christliche Landarbeiter- und Kleinhauslerbund für Oberösterreich zur Berufsorganisation der Land- und Forstwirtschaft zusammengeschlossen worden. Für die übrigen Berufsstände blieb die tatsächliche Einrichtung in den Anfängen stecken. 1934 war durch Landesgesetz der OÖ. Bauernbund zur Berufsorganisation für die gesamte Land- und Forstwirtschaft geworden. Auch der national orientierte Landbund, der bis 1933 als eigenständige Partei agiert hatte, wurde 1934 in den Berufsstand "Land- und Forstwirtschaft" eingebracht. Am 1. Juli 1936 erhielt auch die Leitung des Christlichen Landarbeiter- und Kleinhauslerbundes für Oberösterreich ein Schreiben, dass mit der Wahrnehmung der Rechte der Mitglieder dieses Bundes der Oberösterreichische Bauernbund betraut wurde.

Dieser zwangsweise Zusammenschluss aller landwirtschaftlichen Gruppierungen wurde nach 1945 nicht wieder aufgelöst. Aus dem nationalsozialistischen Desaster folgte, dass auch jene Teile der Bauernschaft, die in die nationalsozialistische Agrarpolitik gewisse Hoffnungen gesetzt hatten, sich rasch abwendeten und nach dem Zweiten Weltkrieg eine viel geschlossenere Anhängerschaft für den Bauernbund vorhanden war als vor dem Krieg. Auch der gemäßigt national orientierte Landbund wurde nach 1945 nicht mehr neu begründet.

Ein beträchtlicher Teil der oberösterreichischen Ständestaatspolitiker war 1938 in Konzentrationslagern interniert worden. Einige zählten zu den durch die Nationalsozialisten schwerst verfolgten Persönlichkeiten. Diese Erfahrungen gingen nicht nur in ihre weitere politische Tätigkeit und Einstellung zur Demokratie ein. Sie konnten auch als Reinwaschung von autoritären Versuchungen der dreißiger Jahre empfunden werden.

In welcher Form 1945 christlichsoziale Parteistrukturen neu belebt werden sollten, war vorerst nicht klar. Wollte man wieder beim Volksverein anknüpfen, was sollte die Rolle der Kirche sein, und was sollte mit den Bündeln als wirtschaftlichen Interessensorganisationen geschehen? Die Kirche jedenfalls suchte auf die Parteineugründung oder Wiederbelebung Einfluss zu gewinnen. Es ist auffällig, dass der Nachfolger Gföllners als Linzer Bischof, Joseph Calasanz Fließner, sich anders als sein Vorgänger und im Unterschied zu anderen österreichischen Bischöfen 1945 auf der außerordentlichen Bischofskonferenz in Salzburg (20./21. September 1945) gegen das Verbot der Mitgliedschaft der Priester bei der ÖVP aussprach. Der "Katholische Volksverein" wurde 1945 nochmals reaktiviert, ohne allerdings politische Bedeutung zu erlangen.⁶ Dr. Josef Aigner, von 1920 bis zu ihrer Auflösung 1934 Präsident des Katholischen Volksvereins und Obmann der Christlichsozialen Partei, engagierte sich aber 1945, obwohl erst 61 Jahre alt, nicht mehr in der Parteigründung. Er war wohl schon zu krank dazu und starb im Jahr 1947.

Die Neuanfänge des politischen Lebens

Während sich in Wien und in den von den Sowjets besetzten Gebieten sehr rasch politische Parteien etablieren konnten, musste in Oberösterreich sehr lang auf das offizielle Entstehen neuer, amtlich zugelassener Parteien gewartet werden. In Wien war der formellen Gründung der ÖVP am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift schon die De-facto-Wiederherstellung bzw. Etablierung der Bünde vorausgegangen. Der ÖAAB sieht sein Gründungsdatum in der Wiederinbesitznahme der Räumlichkeiten in der Laudongasse am 9.

April. Der Bauernbund verlegt seine Gründung überhaupt auf den Florianitag des Jahres 1944 im Weinkeller Josef Reithers und hatte am 12. April 1945 die Gebäude in der Wiener Innenstadt wieder zurück erhalten. Der Wirtschaftsbund war am 8. Mai offiziell gegründet worden, sieht seine eigentliche Geburtsstunde aber am 13. April, als das Handelskammergebäude am Stubenring wieder in Besitz genommen worden war. Zu dieser Zeit, im April 1945, war in Westösterreich das nationalsozialistische Regime noch in brutaler Weise mit abstrusen, aber für sehr viele Menschen tödlichen Durchhalteparolen an der Macht.

Natürlich hatten auch in Oberösterreich die Versuche, das demokratische Leben wiederherzustellen, schon vor dem offiziellen Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und dem sich auftuenden politischen Vakuum begonnen. Die alten Kernschichten der Christlichsozialen Partei, kirchentreue Bauern, CV-Intelligenz und christliche Arbeiter, fanden sich bereits vor dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und vor dem Einmarsch der Amerikaner zur Neuformierung einer christlich orientierten Partei zusammen.

Die Initiative aber ergriffen zuerst die Sozialdemokraten. Noch am Tag des amerikanischen Einmarsches in Linz, am Abend des 5. Mai, begab sich eine aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Delegation unter Führung von Dr. Ernst Koref, Dr. Alois Oberhummer (als vorgesehener Landeshauptmann) und des langjährigen Gewerkschaftsfunktionärs Hans Ottenbacher zum Linzer Weihbischof und Kapitelvikar Josephus Calasactius Fließer und ersuchte um Benennung christlichsozialer Exponenten seines Vertrauens, die er zur Teilnahme an einer zu bildenden Landesregierung vorschläge, wobei sie darauf hinwies, dass die Herren Starhemberg, Revertera, Gleißner, Hammerstein und Kern von ihrer Seite aus als untragbar für jede demokratische Regierung anzusehen seien.⁷ Wie das Gespräch konkret verlaufen ist, wissen wir nicht. Jedenfalls soll der Bischof einem Gedächtnisprotokoll Oberhummers zufolge nicht negativ reagiert haben, so dass in einem weiteren Gespräch, vermutlich am 7. Mai, der ehemalige Leiter des Landesjugendamtes und ständestaatliche Landtagsabgeordnete Dr. Josef Zehetner als christlichsozialer Vertreter und offensichtliche Vertrauensperson des Bischofs für die Position des Landeshauptmann-Stellvertreters in einer solchen Regierung nominiert wurde.

Die von Dr. Alois Oberhummer initiierte Landesregierung sollte sich folgendermaßen zusammensetzen: vier Sozialdemokraten mit Dr. Alois Oberhummer als Landeshauptmann und Ludwig Bernaschek, Anton Weidinger und Anton Atzwanger als Landesräte. Die Christlichsozialen sollten durch Dr. Josef Zehetner als Landeshauptmann-Stellvertreter und die Landesräte Johann Blöchl, Dr. Albert Schöpf und Dr. Franz Lorenzoni vertreten werden, die Kommunisten durch Josef Mitter. Der Landesbeamte Dr. Adolf Eigl wurde als leitender Beamter vorgesehen. Adolf Eigl, 1945 bereits 62 Jahre alt, war ein altgedienter Beamter mit liberal-nationalem Background, der von der Monarchie über die Republik, den Ständestaat und das NS-Regime in jede Richtung sich unentbehrlich gemacht hatte, obwohl sein Naheverhältnis zur anthroposophischen Gesellschaft ihn keinesfalls als bekennenden Nationalsozialisten auswies und auch verhindert hatte, dass sein Aufnahmeantrag in die NSDAP akzeptiert worden war, obwohl er häufig mit dem Parteiabzeichen gesehen worden sein soll. Diese Regierung war nur einige wenige Tage im Amt, da weder der Bischof noch Zehetner als sein Mann ein Hehl daraus machten, dass diese provisorische Regierung nicht die politischen Kräfteverhältnisse im Land widerspiegeln würde.⁸ Oberhummer habe, so stellte es jedenfalls Adolf Schöpf in seinen Erinnerungen dar, sich selbst als Landeshauptmann ins Spiel gebracht, um Gleißner zu verhindern, „den alle Sozialdemokraten leidenschaftlich ablehnten.“⁹ Aber Oberhummers Vorgehen wurde auch von sozialistischer Seite heftig kritisiert, nicht wegen seiner oder der anderen Persönlichkeiten, die er ausgewählt hatte oder wegen des Zusammengehens mit den Vertretern anderer Parteien, sondern wegen

der Kontaktnahme und Vereinbarung mit dem Bischof, weil die Kirche nach sozialistischer Parteimeinung aus der Politik völlig herauszuhalten war.¹⁰

Oberhummer war als Sozialist mit deutschnationalem Hintergrund sicher nicht die geeignetste Person für einen Landeshauptmann des Wiederaufbaus, wie sich auch aus seiner früheren und weiteren Karriere zeigte: Ursprünglich als Sekretär von Franz Langoth beim Deutschen Volksbund für Oberösterreich und Redakteur der Linzer „Tages-Post“ deutlich deutschnational punziert, war Oberhummer 1923 zur Sozialdemokratischen Partei gewechselt und von 1923 bis 1934 Redakteur des „Tagblatts“. Seine „nationale“ Einstellung hatte er sich aber bis nach 1945 bewahrt, etwa wenn er die nationalsozialistischen Konzentrationslager Dachau und Buchenwald mit dem amerikanischen Internierungslager für Nationalsozialisten in Glaserbach verglich oder äußerst positive Artikel über Franz Langoth verfasste.¹¹ Als Chefredakteur des Tagblattes sollte er am 7. Februar 1946 in einem Leitartikel mit dem Titel "Gute Österreicher - gute Kulturdeutsche" schreiben, dass es kein österreichisches Volk gebe. Auch gebe es keine österreichische Nation, sondern nur österreichische Staatsbürger deutscher Nationalität. Oberhummer bekannte sich indirekt noch immer zu einem "Anschluss" an ein sozialdemokratisches Deutschland und schloss den Artikel mit dem Satz: „In der Stunde der Not, wenn alle untreu werden, stehen die österreichischen Arbeiter zu ihrem angestammten deutschen Volke, dessen wertvollster Teil sie sind, auf dass das Wort des Dichters Bröger aus dem Jahr 1914 ein Wahrwort werde, dass in Not und Gefahr der ärmste Sohn des Volkes auch sein treuester war!“¹² Der erwähnte Karl Bröger verfasste deutschnationale Gebrauchslyrik. Oberhummer ließ auch noch einen weiteren Artikel mit deutlich antisemitischer Grundstimmung folgen, wo er von „Intelligenzlern“, gemeint Juden, schrieb, die nach 1918 massenhaft nach Oberösterreich gekommen seien und „unseren Landeskindern die wenigen Stellen wegschnappten“. Der deutlich antisemitische Unterton seiner Folgerung: „Solche Bazillenträger kann Oberösterreich nicht mehr brauchen. Wir wollen keine Intelligenzler, ... wir wollen Arbeitskräfte, vor allem Landarbeiter, Forstarbeiter, Spezialarbeiter in der Industrie, wir wollen auch Industriearbeiter....“ wurde von der amerikanischen Militärzensur in der dem nationalsozialistischen Jargon entlehnten Gleichsetzung von Juden, „Intelligenzlern“ und „Bazillenträgern“ gar nicht erkannt. Aber schon mit dem unverhohlenen Verweis auf den Anschluss hatte er sein ganzes Vertrauen verspielt. Aber Oberhummer musste auf Befehl der Besatzungsmacht als Chefredakteur des Tagblattes entlassen werden, und das Tagblatt wurde von der Besatzungsmacht für einen Monat mit Erscheinungsverbot belegt.¹³

In der ersten Maihälfte 1945 jedenfalls fungierte Oberhummer als Landeshauptmann, auch wenn über seine Befugnisse und tatsächlichen Aktivitäten nichts Näheres bekannt ist. Am 10. Mai informierte sich auch die amerikanische Besatzungsmacht erstmals beim Bischof über die Einschätzung der Lage und über mögliche personalpolitische Weichenstellungen. Der Bischof bezeichnete das durch die seit dem 5. Mai gesetzten Initiativen entstandene Übergewicht der Sozialdemokratie als mit den wahren Kräfteverhältnissen im Land nicht übereinstimmend. Fließner sprach sich gegen einen sozialistischen Landeshauptmann aus: „Katholische Bauern könnten nicht von Sozialdemokraten vertreten werden.“¹⁴

Am 11. Mai kam das für die Verwaltung des Landes vorgesehene amerikanische Militärregierungsdetachment E 1 I 3 unter Oberst Russel Snook in Linz an. Dieses traf auf die spontan eingesetzte Landesregierung, die nach den von den Amerikanern eingeholten Informationen offensichtlich nicht dem demokratischen Kräfteverhältnis entsprach und sich vor allem in sich zutiefst zerstritten präsentierte. Die Amerikanische Militärregierung unter Russel Snook war am 14. 5. 1945 zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Sie entschloss sich, eine bürokratische Lösung zu suchen und beauftragte am 15. Mai nach eingehenden Gesprächen und Überprüfungen Adolf Eigl, der als oberster Beamter der Landesregierung Oberhummer/Zehetner fungiert hatte, eine Beamtenregierung zu bilden. Eigl wurde am 16.

Mai zum "unpolitischen" Landeshauptmann ernannt und präsentierte am 17. Mai eine Regierung mit 14 Mitgliedern. Gleichzeitig wurden alle politischen Parteien verboten.¹⁵

Diese erste Landesregierung, der bis 25. Oktober 1945 nicht weniger als 25 Männer neben und hintereinander angehörten, war bei weitem nicht so unpolitisch oder aus Beamten zusammengesetzt, wie die Amerikaner glaubten, wobei sich bald herausstellte, dass einige Mitglieder dieser Beamtenregierung sich früher als aktive Nationalsozialisten betätigt hatten.¹⁶ In der Mehrzahl aber waren prominente Christlichsoziale vertreten: Das Ressort Landwirtschaft übernahm Heinrich Gleißner, das Ressort Finanzen Dr. Franz Lorenzoni, Dr. Josef Walk das Ressort „Aufsicht“. Dr. Ferdinand Reinhardt (Gesundheit), Dr. Anton Russegger und Dr. Josef Schlegel kamen aus dem ständestaatlichen Beamtentum. Der einzige deklarierte Sozialist dieser Beamtenregierung war Dr. Hans Frenzel, der das Ressort Ernährung übernahm.

Tatsächlich waren schon im Juni und Juli mehrere Mitglieder der Beamtenregierung wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft abgesetzt und verhaftet worden, so der Referent für Wirtschaft, Dr. Josef Mahal, und der Referent für Industrie, Dr. Alois Hobelsperger, die am 9. Juli 1945 ausscheiden mussten. Bereits vorher war der Referent für öffentliche Sicherheit, Dr. Herbert Krögler, unhaltbar geworden. Krögler, am 1. Mai 1938 der NSDAP beigetreten, war zuletzt Stellvertreter des Linzer Polizeipräsidenten Dr. Josef Plakolm gewesen und nach seiner Verhaftung eineinhalb Jahre in Glasenbach interniert. Am 22. August 1945 wurde auch Landeshauptmann Dr. Eigl verhaftet, wenn auch aus weitgehend unhaltbaren Gründen. Da Dr. Eigl 1939 zum Regierungsdirektor ernannt worden war und bis 1945 höchste Ämter bekleidet hatte, fiel er unter die am 3. August verschärften Direktiven über automatischen Arrest, obwohl seine Aufnahme in die NSDAP wegen seiner führenden Stellung in der Anthroposophischen Gesellschaft und Mitgliedschaft bei Rotary nicht zu Stande gekommen war und ihm von den Nationalsozialisten manche Schwierigkeiten bereitet worden waren. Auch sein Stellvertreter Dr. Rußegger, der nie Mitglied der NSDAP war oder zu ihr auch nur in einem Naheverhältnis gestanden war, wurde am 23. August verhaftet. Der ihm von den Nationalsozialisten verliehene Titel Oberregierungsrat war ihm zum Verhängnis geworden.¹⁷ Suspendiert wurde auch der Justizreferent Dr. Garhofer, weil er im Dezember 1944 zum Oberlandesgerichtsrat befördert worden war. Auch der Verkehrsreferent Dr. Josef Schlegel, der 1944 zum Oberregierungsrat ernannt worden war, der Sohn des ehemaligen Landeshauptmanns gleichen Namens, fiel unter diese sehr formal orientierten Bestimmungen, alle Personen, die während der NS-Zeit als Beamte eingesetzt waren und in irgend einer Form Karriere gemacht hatten, als Nationalsozialisten einzustufen und zu internieren. Den Schlusspunkt erreichte diese Säuberungswelle mit der Verhaftung von Dr. Walk am 4. Oktober: Er war 1942 zum Oberregierungsrat ernannt worden. Die Verhaftung dieser hochrangigen Persönlichkeiten der Landesregierung wirkte wie ein Knalleffekt.

Eine zentrale Position in diesem Beamtenkabinett erlangte bald Heinrich Gleißner. Bei einer Anwendung der strengen Richtlinien der Militärregierung hätte auch er als hoher Funktionär des Ständestaates und auch wegen seiner immer wieder kolportierten, aber wenn überhaupt, dann ohne sein Wissen erfolgten Mitgliedschaft bei der NSDAP nicht im Kabinett sein dürfen, obwohl an seinen demokratischen Intentionen nicht zu zweifeln war und später auch nicht mehr gezweifelt wurde.¹⁸

Heinrich Gleißner, bereits von 1934 bis 1938 Landeshauptmann von Oberösterreich, war in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 abgesetzt und am 15. März verhaftet worden. Er verblieb mehrere Monate in Polizeihaft und im Konzentrationslager Dachau. Im September 1939 wurde er neuerlich verhaftet und kam ins Konzentrationslager Buchenwald. Nach Intervention von Gleißners Frau bei Heinrich Himmlers Mutter in München wurde er wieder entlassen, und es wurde ihm mit seiner Familie Berlin als Zwangsaufenthalt zugewiesen und eine Beschäftigung in einem der SS gehörenden Betrieb zugeteilt. Über

Gleißners Tätigkeit in Berlin ist wenig bekannt. Beziehungen zu verschiedenen Widerstandsgruppen sind aktenkundig. Im Deutschen Widerstand war ihm die Funktion eines "Reichsministers für die österreichischen Gebiete" zugeordnet. Gleißner war im Juli 1944 auf die letzte Ministerliste des vom konservativen Widerstand als Reichskanzler vorgesehenen Carl Goerdelers gesetzt worden.¹⁹ Gleichzeitig gab es durch seine Beschäftigung in einem SS-Betrieb Berührungspunkte zur NSDAP und Versuche, ihn für die Partei zu vereinnahmen. Gerüchte über eine beabsichtigte oder tatsächlich erfolgte Parteiaufnahme tauchten nach 1945 mehrmals auf. Ob er im Mitgliederverzeichnis der NSDAP tatsächlich aufschien, lässt sich nicht mehr klären. Einerseits wurde von Angehörigen des amerikanischen Geheimdienstes auf eine Mitgliedschaft hingewiesen, andererseits gibt es im Berliner Document-Center, wo alle Unterlagen über NSDAP-Mitgliedschaften verwahrt sind, keine Evidenz, was bedeutet, dass entweder keine Mitgliedschaft bestand oder die darüber vorhandenen Unterlagen von der US-Armee, die den einzigen Zugriff hatte, beseitigt worden wären. Wenn überhaupt, dann wäre Gleißner, wie er immer beteuerte, ohne sein Wissen eingeschrieben worden.²⁰

Jedenfalls bildete sich in Berlin ein kleiner Kreis von Oberösterreichern, dem auch der gauverwiesene Diözesanjugendführer von Linz Ferdinand Klostermann, später Universitätsprofessor in Wien, und Othmar Seefeldner, später Hofrat und Direktor der öö. Brandschadensversicherungsgesellschaft und Präsident des VOEST-Aufsichtsrates, angehörten.²¹ Anfang 1945 verließ Gleißner gemeinsam mit Dr. Seefeldner Berlin, nachdem seine Familie bereits Ende 1943 nach Oberösterreich zurückgekehrt war. In Oberösterreich angekommen, musste sich Gleißner vorerst verborgen halten, bis das Kriegsende und der Zusammenbruch des Regimes kamen.

Er nahm für den Raum Linz vor allem mit Ferdinand Mayrhofer, "Stanglhofbauer" in der Roseggerstraße 51, Kontakt auf. Mayrhofer war 1936 Ortsbauernobmann von Waldegg geworden. Gleißner und Mayrhofer kannten sich aus dieser Zeit. In der komplizierten Situation der Ernährungswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre, als in Oberösterreich das Doppelte der Einwohnerzahl des Jahres 1938 zu ernähren war, nahm er eine wichtige Funktion ein.²²

Linksgerichteten Gruppierungen war das durch das Beamtenkabinett entstandene Kräfteverhältnis naturgemäß ein Dorn im Auge. Ein Treffen der Oberösterreich-Gruppe der sich aus verschiedenen Widerstandsgruppen formierenden und von links stehenden Sozialdemokraten und Kommunisten wie Ludwig Bernaschek, Christian Broda und Franz Haider dominierten "Österreichischen Freiheitsbewegung" in Ried am 10. Juni 1945, an dem etwa 50 Personen teilnahmen, sollte ein Gegengewicht zu der als konservativ eingestuftem Beamtenregierung schaffen. Es wurde in einem Aktionsprogramm die Umbildung der Landesregierung gefordert, die Freigabe politischer Betätigung, eine effiziente Durchführung der Entnazifizierung und die Formierung demokratischer Körperschaften im Bereich von Landwirtschaft, Arbeiterschaft und Gewerbe. Diese Oberösterreich-Gruppierung der "Österreichischen Freiheitsbewegung", an der zwar auch Vertreter des christlichen Lagers beteiligt waren, wenn auch nicht in führender Funktion (Dr. Alfred Maleta, Dr. Josef Hofer, Dr. Rudolf Reisetbauer, Johann Weidenholzer und Dr. Leopold Weismann), wurde von den Amerikanern misstrauisch beobachtet und Oberst Snook verboten, da seiner Meinung nach die Zeit für die Errichtung einer Demokratie noch nicht gekommen sei oder er und die USA darin vielleicht sogar den Versuch der Etablierung einer Volksfront und kommunistischen Unterwanderung sahen.²³

Ein erster Schritt für eine Einbeziehung politischer Parteien in die Regierungsverantwortung sollte die Installierung eines politischen Beirats für das Beamtenkabinett sein. Dieser sollte sich aus ungefähr 30 Parteienvertretern in proporzmäßiger Verteilung zusammensetzen. Von der Volkspartei waren unter anderem Peter Mandorfer, Hermann Kletzmayer jun., Kern und Zehetner für diesen Beirat vorgesehen.

Letzterer war auf Drängen Oberhummers beigefügt worden. Letzten Endes kam es aber zu keiner Konstituierung des Beirats, da mit der Verhaftung von Landeshauptmann Eigl die Regierung in eine schwere Krise geraten war.

Allerdings gab es auch innerhalb der US-Besatzungsmacht sehr unterschiedliche Interessen und Intentionen. Zu einer kritischen Einschätzung des Demokratisierungsprozesses im Lande und der Haltung der Militärverwaltung gelangten zwei führende OSS-Offiziere in Österreich, Edgar N. Johnson und Paul R. Sweet. Sie prangerten die US-Militärregierung an, ein Beamtenkabinetts aufgestellt zu haben, das aus autoritären, hierarchisch-bürokratischen, ja sogar nazistischen Elementen bestehe. Die Beamtenregierung sei "eine Vereinigung ineffizienter und im wesentlichen prinzipienloser Bürokraten, vermischt mit Nazisympathisanten und Opportunisten, sowie Personen, die Führer der Volkspartei sind. Diese Regierung hat keinen Kontakt mit den wirklichen demokratischen Kräften des Landes, für die sie in Wirklichkeit eine Herausforderung darstellt."²⁴

Dieses Urteil der Geheimdienste, aus Kontakten mit meist linksgerichteten Gesprächspartnern gewonnen, ist sicherlich zu barsch und zu vorurteilslastig, wenn man es mit der Einschätzung durch den Linzer Bürgermeister Dr. Koref vergleicht, der die Herren dieser "unpolitischen" Landesverwaltung in seinen Memoiren als "durchwegs hochangesehene, bewährte, treue Österreicher" charakterisierte.²⁵

Die Verhaftung wesentlicher Regierungsmitglieder und des Landeshauptmanns hinterließ vorerst viel Ratlosigkeit. Man versuchte die Krise mit Hilfe eines dreiköpfigen Vollzugausschusses der Landesregierung zu überbrücken und die Funktionsfähigkeit des Beamtenkabinetts dadurch zu gewährleisten, dass der an sich nur als Dolmetscher auseresehene Ing. Kuretschka als Sprecher der Regierung angesehen wurde und fungierte. Es war aber klar, dass man einen Landeshauptmann brauchte, der ein breites Vertrauen besaß. Die amerikanische Militärregierung versuchte am 20. September durch die Bestellung von Heinrich Gleißner zum geschäftsführenden Landeshauptmann einen Ausweg zu finden. Dieser lehnte aber zu diesem Zeitpunkt ab und forderte die Neubildung der Landesregierung auf einer parteipolitischen Basis.²⁶ Das zwang die Amerikaner zum Handeln.

II. Versöhnen und Zusammenführen

Wir haben die längste Brücke der Welt – sie beginnt in Washington und endet in Sibirien.

Heinrich Gleißner

Die Anfänge der oberösterreichischen Volkspartei

Die amerikanische Besatzung Oberösterreichs orientierte sich in den ersten Monaten am Modell einer Militärdiktatur. Sie stützte sich dabei auf die vorhandenen lokalen und regionalen Verwaltungsstrukturen und versuchte, politische Betätigungen zu unterdrücken oder zu isolieren.²⁷ Der Konflikt zwischen Fachleuten und politisch Verantwortlichen war am Anfang ganz zugunsten der Verwaltungseffektivität entschieden worden. Bei etwas mehr Vertrauen in die politischen Kräfte hätten sich die Amerikaner wohl die Blamage erspart, nach einigen Monaten plötzlich ein Drittel ihres Beamtenkabinetts durch Entnazifizierung oder vorgebliche Entnazifizierung zu verlieren. Das Modell einer Beamtenregierung, das die Amerikaner in Oberösterreich praktizierten, hatte sonst wo in Österreich keine Entsprechung. Das mag auch die Ursache gewesen sein, dass weder die Repräsentanten dieser Regierung, insbesondere Eigl, anderswo sonderlich ernst genommen wurden, noch die Vertreter der noch nicht offiziell operierenden oberösterreichischen Volkspartei bei den frühen

gesamtösterreichischen Weichenstellungen für den Parteaufbau, die auf den drei Salzburger Zusammenkünften im Sommer 1945 getroffen wurden, eine erwähnenswerte Rolle spielten.

Schon während des herrschenden Parteienverbots begann aber inoffiziell und auch gar nicht im Untergrund der Aufbau eines Parteiwesens. Es gab viele Gespräche und Verhandlungen. Es gab in Linz mehrere Runden, die sich trafen: Von den Männern der ersten Stunde wurden von Wilhelm Salzer besonders hervorgehoben: Hermann Kletzmayr jun., Wilhelm Salzer, Josef Simbrunner, Hans Huber, Anton Müllner, Matthias Multerberger, Rudolf Repinz, Franz Stadler, Gustav Putz. Treffpunkt war während der nationalsozialistischen Zeit das seinerzeitige Minoritenstüberl in der Klosterstraße gewesen, wo auch in den ersten Maitagen des Jahres 1945 Wilhelm Salzer wieder auftauchte. Die Lokale wurden aber immer wieder gewechselt, der „Binder im Rat“, das Café „Münchnerhof“, das Gasthaus „Zum Tiroler“, das Gasthaus „Zur Dreifaltigkeit“, zuletzt die Wohnung Kletzmayrs. Man kam nach den Berichten Wilhelm Salzers noch vor Kriegsende überein, ein "Exekutivkomitee der christlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten Oberösterreichs" zu gründen und Salzer mit dem Vorsitz zu betreuen.²⁸

Nach dem Einmarsch der Amerikaner kam es schon am 9. Mai 1945 unter dem Vorsitz Wilhelm Salzers zu einem Treffen von Arbeitnehmervertretern in der Wohnung Emil Grinzingers in Urfahr. Teilnehmer waren neben Salzer und Grinzinger Hans Huber, Franz Kriz, Anton Müllner, Dr. Adolf Neumüller und Josef Simbrunner. Die Gründung des Exekutivkomitees mit Wilhelm Salzer als Obmann, Franz Kriz als Stellvertreter und Dr. Adolf Neumüller als Schriftführer wurde bestätigt. Als weitere Mitglieder waren genannt: Emil Grinzinger, Anton Gasperschitz, Hans Huber, Hermann Kletzmayr jun., Dr. Franz Lorenzoni, Karl Mitterbauer, Josef Mayr, Matthias Multerberger, Dr. Johannes Oberleitner, Theodor Pritsch, Alois Renoldner, Rudolf Repinz, Josef Simbrunner und Dr. Leopold Weitlaner.

Daneben und parallel dazu gab es, als zwischen dem 5. und dem 15. Mai um die erste Landesregierung und ihre Zusammensetzung gerungen wurde, offensichtlich regelmäßige Treffen von Parteiproponenten in der Linzer Museumstraße 18 in der Wohnung von Hofrat Dr. Zehetner, der vom Bischof als Landeshauptmannstellvertreter oder sogar Landeshauptmann vorgeschlagen wurde, offensichtlich vor dem Hintergrund dieser Gründungsgespräche in der Museumsstraße. Ein genaues Datum lässt sich nicht eruieren, es müssen aber zwischen dem 5. und 10. Mai entscheidende Beschlüsse gefasst worden sein. Am 19. oder 20. Mai 1945 wurden die Oberösterreicher über die Situation in Wien und über die Intentionen und Strukturen der neu gegründeten Bundespartei informiert. An diesen beiden Tagen weilte der damalige Medizinstudent Herbert Braunsteiner, der Sekretär von Dr. Felix Hurdes, in Oberösterreich. Er hatte in den Abendstunden des 17. Mai bei Weyer die Enns durchschwommen und in Linz mit Bischof Fließner, mit Gleißner, Kern und Zehetner Kontakt aufgenommen.

Dr. Josef Zehetner fungierte bis in den September 1945 als inoffizieller Parteiobmann und vertrat bis zu diesem Zeitpunkt die Partei als solcher auch bei allen wichtigen Treffen des Jahres 1945. Zehetner, bereits 1923 Direktor des Landesjugendwerks, zwischen 1934 und 1938 Mitglied des Landtags für den Berufsstand „Kulturelle Gemeinschaften“ und Landesleiter des „Kinderferienwerks“ der Vaterländischen Front, punktete mit guten Verbindungen zur katholischen Hierarchie, wobei er sich vornehmlich auf Exponenten der christlichen Arbeiterschaft stützen konnte, vor allem Franz Kriz, den ständestaatlichen Arbeiterkammerpräsidenten in Oberösterreich, ferner den ehemaligen Linzer Gemeinderat Josef Simbrunner und die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft Karl Mitterbauer und Wilhelm Salzer. Zehetner repräsentierte sicherlich den „linken“ Flügel der ehemaligen Christlichsozialen.

Dem ersten, noch recht inoffiziellen "Parteivorstand" gehörten neben Zehetner noch Dr. Albert Schöpf, Dr. Heinrich Gleißner, Wilhelm Salzer und Franz Schütz an, aber kein einziger Bauer. Von denen sollten Johann Blöchl, Balthasar Gierlinger und Peter Mandorfer eingeladen werden. Mit Datum 3. Juli 1945 wurden relativ umfangreiche Satzungen und Grundsätze der "Oberösterreichischen Volkspartei" erstellt. In einem Gutachten vom 16. Juli 1945, das auf einem amerikanischen Fragebogen basierte, hieß es bei der "Volkspartei": "Nachfolgerin der früheren Christlichsozialen Partei, von der Kirche nicht autorisiert, umfasst große Massen der Bauern und Bürger, auch starke Intelligenzkreise..."²⁹

Auf den Länderkonferenzen der ÖVP in Salzburg im Juli und August 1945 war Oberösterreich durch Dr. Zehetner vertreten. Am 29. Juli 1945 war neben Zehetner auch Dr. Maleta dabei, auf der 2. Konferenz am 19. August neben den beiden auch Dr. Gleißner. Zehetner berichtete auf der ersten Konferenz, dass in Oberösterreich die Volkspartei sofort ins Leben gerufen worden sei und er für eine Zusammenfassung der Bauern, Arbeiter und Angestellten in einer einheitlichen Parteiorganisation sei („Es ist wichtig, dass die Gruppen der Bauern, Arbeiter und Angestellten zusammengefasst werden“). Über die Beamtenregierung äußerte sich Zehetner sehr kritisch: Man habe „in Oberösterreich einen Landeshauptmann, der 1938 unter den Nazis Regierungsdirektor wurde und das Parteiabzeichen getragen hat. In der Regierung hatten wir bis vor kurzem noch drei Parteigenossen an führender Stelle, Industrie, Handel und Medizin. Der Mediziner ist noch in Amt und Würden... In Oberösterreich können Parteien bei der Militärregierung nicht vorkommen, weil erklärt wird, die Parteien seien verboten. Wir haben uns daher mit Hilfe der Freiheitsbewegung einen Weg zur Militärregierung gebahnt...“.³⁰ Zehetners deutliche Betonung seiner Kontakte zur Freiheitsbewegung, die von anderen ÖVP-Vertretern sehr kritisch gesehen wurde, lässt die Spannungen deutlich werden, die offensichtlich dazu führten, dass er sich letztlich nicht als Parteiobmann durchsetzen konnte.

Bis 19. September 1945 galt in der amerikanischen Zone Oberösterreichs offiziell ein Parteienverbot. Da die Bünde aber als Vereine konstituiert wurden, war ihre offizielle Gründung schon vor Ende des offiziellen Parteienverbots und früher als die offizielle Gründung der Partei möglich. So formierten sich die Vertreter der christlichen Arbeiter, die Bauernfunktionäre und die Wirtschaftsvertreter vorerst und vor allem in den Bünden.

Es gab Konfliktlinien zwischen Arbeiter- und Bauernpolitikern. In der Exekutivsitung vom 15. Juni wurde berichtet, dass Dr. Alfred Maleta, im Ständestaat von 1934 bis 1938 Kammeramtsdirektor der Arbeiterkammer Oberösterreich, vom Militärdienst zurückgekehrt sei. Als Funktionsträger des "Ständestaates" war Maleta nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich sofort verhaftet und in die Konzentrationslager Dachau und hernach Flossenbürg gebracht worden, ab 1941 war er zur Wehrmacht einberufen. Einer der ersten Wege nach der Rückkehr führte ihn zu Felix Kern, der im Bischofshof amtierte und den Bauernbund der neu gegründeten Volkspartei organisierte. "Ein reservierter, erstaunter Blick: 'Ja, was willst denn du hier?' In diesem Augenblick wollte ich", schrieb Maleta, "nichts mehr von ihm, und habe mir meinen Weg und meine Karriere, wie schon einmal zuvor, ganz allein gerichtet..."³¹

Es gab Konfliktpotentiale innerhalb der christlichen Arbeiter. Für den 26. Juli 1945 wurde von Salzer eine Landesvertrauensmännerkonferenz einberufen, die einen provisorischen Landesgruppenvorstand des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, der sich inzwischen in Wien als Glied der Österreichischen Volkspartei gebildet hatte, mit Wilhelm Salzer als Vorsitzenden wählte. Bei der definitiven Wahl auf der 1. offiziellen Landestagung des oberösterreichischen ÖAAB am 31. August/1. Sept. 1945 gingen dann allerdings nicht Salzer, sondern Dr. Alfred Maleta als 1. Vorsitzender und Franz Kriz und Friedrich Brenneis als Stellvertreter hervor. "Im Redoutensaal fanden nach 1945 die Landestage des 'Arbeiter- und Angestelltenbundes' statt, bei dessen erstem ich den bereits

nominierten Landesobmann Wilhelm Salzer aus dem Rennen warf", schrieb Maleta in seinen Erinnerungen, aus denen die einstige Rivalität noch 30 Jahre später deutlich durchklang.³²

Der Arbeiterflügel verlor rasch an Bedeutung. Auch der rührige Salzer konnte daran nichts ändern, obwohl er, um das Verbot parteipolitischer Betätigung sich wenig kümmernd, beachtliche Anstrengungen unternahm, der christlichen Arbeiterbewegung einen organisatorischen Vorsprung vor den anderen Bünden zu verschaffen.³³

Der Bauernbund prägte die neue Partei: Am 22. Juni 1945 trafen sich 44 ehemalige Bauernbund-Bezirksobmänner im Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer in Linz. Den Vorsitz in der Konferenz führte Peter Mandorfer. Das Referat hielt Felix Kern. Die Frage war, ob sich der Bauernbund als eine eigene politische Partei etablieren sollte, was von den Alliierten, insbesondere den Russen, nach Meinung Blöchls überaus gern gesehen worden wäre. Weiters ging es darum, ob der Bauernbund und der Kleinhäuslerbund wie vor 1934 in organisatorischer Hinsicht getrennt gehen oder wie im Ständestaat einen gemeinsamen Weg beschreiten sollten. Es wurde der Beschluss gefasst, dass sich der Bauernbund der Idee der Volkspartei unterstellen und, "da er ja immer den Klassenkampfstandpunkt abgelehnt hatte", nicht als eigene politische Partei auftreten werde, und dass infolge der völlig unüberschaubaren Zukunft Bauernbund und Kleinhäuslerbund nicht nur wie bisher weltanschaulich, sondern nunmehr auch organisatorisch einen gemeinsamen Weg gehen wollen.³⁴ Mandorfer wurde provisorisch zum Obmann, Dr. Gleißner zum Stellvertreter und Felix Kern zum Direktor nominiert.

Es kam zunächst am 22. Juni 1945 nur zur Wiedererrichtung des OÖ. Bauernbundes und dann auch des O.Ö. Land- und Forstarbeiterbundes. Es wurde der Beschluss gefasst, dass die Kleinhäusler auf eine eigene Organisation verzichten und ihnen dafür im Bauernbund ein entsprechender Einfluss eingeräumt werde, was aber erst 1949 in der Namensänderung auf „OÖ. Bauern- und Kleinhäuslerbund“ auch formal zum Ausdruck kam, kurz vor den Landwirtschaftskammerwahlen vom 6. November 1949, bei denen 27 von 31 Mandaten für den Bauernbund errungen werden konnten.

Die Kleinhäusler gliederten sich vorerst in den Bauernbund ein und hatten dort in den Gremien entsprechende Vertreter. Ein eigener Kleinhäuslerausschuss wurde eingerichtet. In den Statuten des Bauernbundes wurde vorgesehen, dass auf allen Ebenen der Organisation dort, wo ein Bauer als Obmann fungierte, der erste Stellvertreter ein Kleinhäusler sein musste und umgekehrt. Der Bauernbund als Ganzes sollte sich der Volksparteiidee unterstellen.

Am 25. Oktober 1945 erfolgte die offizielle Wahl des neuen Vorstandes des wiedererrichteten OÖ. Bauernbundes: Als Obmann wurde Peter Mandorfer bestätigt (1945-1953; von 1933 bis 1938 und von 1945 bis 1953 erster Präsident des o.ö. Landtags, auch Landwirtschaftsminister 1936 bis 1938 und Präsident der Landwirtschaftskammer seit 1933). Als Stellvertreter wurden Matthias Duscher, Johann Blöchl und Paul Eder gewählt, als Direktor Felix Kern und als Kassier Dr. Franz Lorenzoni (1890 - 1948). Lorenzoni galt vor 1938 als "Seele des Kleinhäuslerbundes". Mit Eder waren auch die protestantischen bzw. dem Landbund nahe stehenden Bauern im Vorstand vertreten.

Die Integration des Landbundes in den Bauernbund, und damit die Vermeidung einer politischen Spaltung der Landwirtschaft wie in der Ersten Republik, war eine taktische Meisterleistung Leopold Figls gewesen, die vor allem für jene Bundesländer Bedeutung gewann, wo der Landbund in der Zwischenkriegszeit eine gewisse Stärke erreicht hatte, neben Kärnten und der Steiermark insbesondere auch Oberösterreich. Für Oberösterreich kommt dieses Verdienst vornehmlich Felix Kern und Johann Blöchl zu.

Für die agrarischen Beamten und Angestellten richtete der Bauern- und Kleinhäuslerbund eine Angestelltensektion ein; die Querverbindung zu den Landarbeitern wurde dadurch hergestellt, dass deren Vordermann Franz Nimmervoll aus Pabneukirchen,

Obmann des Land- und Forstarbeiterbundes sowie Präsident der Landarbeiterkammer, in das Führungsgremium des Bauern- und Kleinhauslerbundes aufgenommen worden war.³⁵

Dass der Bauernbund aufgrund damals gewaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft und der straffen Organisation, die er sich verpasste, eine zentrale Rolle in der Partei spielen werde, war klar. Felix Kern als Bauernbunddirektor ließ keinen Zweifel daran, dass im Bauernland Oberösterreich es der Bauernbund sei, der die politische Linie der neuen Partei bestimmen würde.

Auch die Errichtung des Wirtschaftsbundes wurde in den Sommermonaten vorbereitet. Die konstituierende Sitzung erfolgte am 12. September 1945. Man konnte auf Vorbereitungen aufbauen, für die sich Hermann Kletzmayr, Sohn des christlichsozialen Nationalratsabgeordneten gleichen Namens der Jahre 1918-1934, gemeinsam mit Franz Schütz, der auch zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde, die größten Verdienste erworben hatte. Dr. Franz Schütz führte eine renommierte Fleischhauerei in der Linzer Klammstraße. Als ausgebildeter Jurist entsprach er den Anforderungen, die an die Position eines Wirtschaftspolitikers gestellt wurden: Verständnis und Erfahrung aus der Praxis eines Gewerbetreibenden und theoretisches Wissen um politische und rechtliche Möglichkeiten als Jurist. Schütz, verheiratet mit der Tochter des führenden sozialdemokratischen Landespolitikers Dr. Franz Blum, verkörperte auch in perfekter Weise das Prinzip der Sozialpartnerschaft über alle politischen und standesmäßigen Grenzen hinweg.³⁶

Man einigte sich im Sommer 1945 auf eine Partei auf bündischer Basis unter enger Anlehnung an das Bundesvorbild. Die am 26. August 1945 bestellte provisorische Landesparteileitung setzte sich aus 20 Bauernbund-, 12 AAB- und 8 Wirtschaftsbund-Repräsentanten zusammen.³⁷ Dies führte dazu, dass in dem Ende August 1945 zwischen den Bündern abgeschlossenen Übereinkommen keine Rede mehr davon war, dem Initiator der ersten Stunde Dr. Zehetner eine führende Rolle zu reservieren. Der kommende Mann war Dr. Gleißner, der als Arbeitersohn, Beamter und Kammeramtsdirektor zwar bündische Grenzen überspannte, aber doch dem agrarischen Bereich zuzurechnen war. Als einzige Konzession erklärte sich Kern bereit, anstelle des von ihm zum Vorsitzenden der ÖVP vorgeschlagenen Mandorfer den neutralen Juristen der ehemaligen Christlichsozialen Dr. Josef Stampfl als Landesparteiobmann zu akzeptieren.³⁸

Die starken Persönlichkeiten in der oberösterreichischen Volkspartei waren vorerst nicht der Parteiobmann oder der Landespartei sekretär, sondern die Exponenten der Bünde. Ganz ähnlich war es auch in der Bundespartei gewesen. Während allerdings in der Gesamtpartei Leopold Kunschak als Ehrenobmann und Hans Pernter als geschäftsführender Obmann bereits am 11. September 1945 durch Figl als Obmann, Weinberger und Raab als seine Stellvertreter ersetzt und die faktischen Machtverhältnisse festgeschrieben wurden, blieb in Oberösterreich vorerst die Trennung von realem Einfluss in der Landespolitik und formaler, fast ehrenamtlicher Parteiführung erhalten.

Angesichts der Bedeutung, die den Frauen für die erste Wahl im November 1945 zukam, war man auch auf die Gründung einer Frauenorganisation bedacht. Im November wurde die Frauenbewegung als „Österreichischer Frauenbund“ auch in Oberösterreich konstituiert. Die provisorische Leitung übernahm Frau Prof. Olga Wolfgruber. Im Februar 1946 wurde Paula Gleißner als erste offizielle Landesleiterin gewählt. Reale Bedeutung in der Parteiorganisation aber kam den Frauen keine zu.

Auch eine Jugendbewegung wurde ins Leben gerufen, ohne dass man ihr aber vorerst größere Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Die ÖJB (Österreichische Jugendbewegung) der ÖVP war am 23. September 1945 aus einem Zusammenschluss verschiedener ÖVP-naher Jugendorganisationen, dem „Österreichischen Jugendbund, der in der sowjetischen Zone gegründet worden war, der „Österreichischen Jugend“ in der amerikanisch besetzten Zone Oberösterreichs, „Jung-Österreich“ in der Steiermark, „Österreichische Volksjugend“ in

Salzburg etc., entstanden. Bemühungen, auch in Oberösterreich eine ÖVP-Jugendorganisation aufzubauen, setzten schon im Sommer 1945 ein. Pionierarbeit für die „Österreichische Jugend“ in der amerikanischen Zone leisteten Leopoldine Kytka, Johann Haslinger, Oskar Lindbauer und einige Zeit später Rudolf Möstl, wobei Bemühungen, eine Jugendbewegung über Parteigrenzen hinweg gemeinsam mit Kommunisten und Sozialisten zustande zu bringen, rasch zum Scheitern verurteilt waren. Die Kirche hingegen drängte auf eine parteifreie Jugendbewegung. Allerdings war diese kirchliche Jugendbewegung in Form der „Katholischen Landjugend“ und der „Katholischen Arbeiterjugend“ streng ständisch orientiert und stand in diesem Sinne der bündisch aufgebauten ÖVP näher als die „Österreichische Jugend“. Erst im Juni 1946 ordnete sich die „Österreichische Jugend“ aus Oberösterreich der Österreichischen Jugendbewegung in Wien unter. Man blieb aber mit einem eigenen „Linzer Statut“ auf Distanz zur bundesweiten Jugendbewegung, aber auch zur Landes-ÖVP bedacht. Am 1. September 1946 wurde Rudolf Möstl zum Obmann der ÖJB Oberösterreich gewählt.³⁹ Die Bedeutung war aber recht gering. Den 30 ÖJB-Gruppen mit knapp 400 Aktiven im Jahr 1946 standen 30000 bis 40000 Mitglieder der Katholischen Jugend gegenüber. Die Stärke der Katholischen Aktion und ihre Nähe zur ÖVP war auch der Grund, dass sich die ÖVP um die eigene Jugendorganisation wenig kümmerte. Die parteinahe Jugendbewegung wurde erst zu dem Zeitpunkt stärker, als in den 1970er Jahren die katholische Jugendbewegung immer mehr abzubröckeln begann.

Die ersten Wahlen

Zwischen dem 17. Mai und dem 19. September 1945 waren politische Parteien in der amerikanischen Zone Oberösterreichs offiziell verboten. Das unterschied diesen Teil Oberösterreichs nicht nur von Wien und der sowjetisch besetzten Zone, also auch dem Mühlviertel, sondern auch von den westlichen Bundesländern und insbesondere auch von dem ebenfalls amerikanisch besetzten Salzburg. Nach dem Scheitern der Beamtenregierung und dem Druck, der aus dem Mühlviertel kam, mussten sich die Amerikaner, ob sie wollten oder nicht, der entstehenden politischen Parteien bedienen, um wieder eine Regierung zu bilden.

In den Spätsommer und Herbst fielen Gespräche über die formale Reaktivierung politischer Parteien, von denen vorerst nur drei in Frage kamen: die Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten. Bereits am 3. August erlaubte die Militärregierung die Bildung des Gewerkschaftsbundes. An sich war in Linz bereits am 14. Mai 1945 ein "Gewerkschaftsverband Oberösterreich" gegründet worden, wobei allerdings mangels einer Verbindung mit den Wiener Zentralstellen die Frage offen geblieben war, ob das nun eine Richtungs- oder eine Einheitsgewerkschaft sein sollte. In der ersten Vertrauensmännerversammlung waren jedenfalls ausschließlich Funktionäre der ehemaligen Freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften vertreten. Man wollte die Annahme der im Ständestaat realisierten Einheitsgewerkschaft, aber unter Hegemonie der Sozialisten. Anfang August wurde die Einheitsgewerkschaft nach Wiener Modell auch in Oberösterreich formell begründet. Schlüsselfigur für die ÖVP wurde Alfred Maleta, mit seinen guten Kontakten einerseits zur Sozialdemokratie, andererseits zur amerikanischen Besatzungsmacht. Am 15. 8. konstituierte sich ein paritätisch aus den drei an sich noch illegalen Parteien zusammengesetztes gewerkschaftliches Neunerkomitee.⁴⁰

Im September begann auch die Etablierung formeller Parteistrukturen. Der Gründungsobmann der noch illegalen ÖVP, Dr. Zehetner, trat Anfang September 1945 zurück. Nachfolger Zehetners und erster Obmann der legal werdenden ÖVP wurde der Linzer Rechtsanwalt Dr. Josef Stampfl, der von 1919 bis 1938 das Amt eines Linzer Vizebürgermeisters bekleidet hatte. Als Obmänner der Bünde setzten sich Peter Mandorfer

(Bauern- und Kleinhauslerbund), Dr. Franz Schütz (Wirtschaftsbund) und Dr. Alfred Maleta (Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbund, dann Arbeiter- und Angestelltenbund) durch, Landesparteisekretär war vorerst Franz Kriz.

Mit der Zulassung politischer Parteien am 19. September, die ein Nachziehen gegenüber der in dieser Hinsicht viel liberaleren Politik der russischen Verwaltung, aber auch gegenüber den anderen Bundesländern bedeutete, war die Ablöse des Beamtenkabinetts, das angesichts der Verhaftung des Landeshauptmanns ohnehin kaum handlungsfähig war, durch eine politisch legitimierte Regierung nur mehr eine Frage der Zeit. Am 23. Oktober 1945 einigten sich die drei zugelassenen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ auf eine neue, allerdings noch keineswegs auf Wahlen basierende Landesregierung, die aus fünf ÖVP-, drei SPÖ-Vertretern und einem Kommunisten bestand.

Die amerikanische Besatzungsmacht ernannte nach längerem Tauziehen am 26. Oktober Heinrich Gleißner zum Landeshauptmann und bestätigte die von Gleißner gebildete politische Landesregierung, die am 29. Oktober 1945 feierlich installiert wurde.⁴¹ Von der ÖVP gestellte Mitglieder dieser Regierung waren neben Gleißner der Beamte Dr. Franz Lorenzoni (als Landeshauptmannstellvertreter), der Bauer Johann Blöchl, der Fleischhauermeister Dr. Franz Schütz und der Lehrer Jakob Mayr. Damit waren alle maßgeblichen Berufsgruppierungen der ÖVP vertreten.

Demokratisch legitimierte Machtverhältnisse und die Vorstellungen der Bevölkerung repräsentierte auch diese ernannte "politische" Landesregierung nicht, in der alle drei zugelassenen Parteien in einem Dreierproporz vertreten waren, wenn auch nicht in dem krassen Missverhältnis der Dreierparität wie in dem von Karl Renner geführten Staatskabinetts, sondern mit leichter Dominanz der ÖVP, aber doch mit einem kommunistischen Landeshauptmannstellvertreter. Ganz anders war es in der am 7. August eingerichteten und parteipolitisch konstituierten „Zivilverwaltung Mühlviertel“ (ZVM) unter der Leitung des „Staatsbeauftragten“ Johann Blöchl, was für diesen Landesteil den Befugnissen eines Landeshauptmanns und einer Landesregierung gleichkam. Hier stand die ÖVP einer erdrückenden linken Mehrheit gegenüber: Die ÖVP stellte, Blöchl nicht mitgezählt, drei „Referenten“ (Hans Sebinger, Balthasar Gierlinger, Dr. Josef Sommer), die SPÖ ebenfalls drei, die KPÖ immerhin zwei, der dritte war ein Parteilooser. Dazu kamen 14 Beiräte, die ebenfalls nach diesem Proporz ausgewählt waren.⁴²

Die ÖVP drängte in dieser Situation, wo sie auf vielen Ebenen, vor allem in den sowjetisch besetzten Landesteilen, etwa in der Wiener Bundesregierung oder in der Zivilverwaltung Mühlviertel, einer erdrückenden, demokratisch nicht legitimierten linken Mehrheit gegenüberstand, auf möglichst rasch stattfindende Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen. Diese Wahlen wurden für den 25. November 1945 anberaumt, trotz aller Bedenken über fehlende Vorbereitungs- und Kommunikationsmöglichkeiten. Der Bauernbund dominierte bei der Kandidatenliste, auch angesichts der kriegs- und nachkriegsbedingten Bedeutung der Landwirtschaft. Nicht mehr in Erscheinung traten die Heimwehrpolitiker. Aus dem Landbund kam Hans Sebinger, maßgebliches Mitglied der Zivilverwaltung Mühlviertel und Nationalrat der Jahre 1949 bis 1962. Von den insgesamt 30 bei den Wahlen 1945 gewählten Landtagsabgeordneten der ÖVP waren 13 schon vor 1938 im oberösterreichischen Landtag tätig, aber nur fünf sowohl im letzten gewählten von 1931 und im 1934 ernannten.

Im Wahlaufufruf präsentierte sich die ÖVP als "neue Partei", als "junge Partei", nicht als "Partei von gestern", sondern als "eine Partei von heute und morgen.", und als eine "Partei der Gewissensfreiheit": "Als Partei der Gewissensfreiheit", hieß es im Wahlmanifest, "ist sich die ÖVP der kulturellen Aufgaben unseres Volkes und seiner langen Tradition bewusst, sie kämpft für die Freiheit der Religion, für die Freiheit der Wissenschaft, der Presse und der Kunst."⁴³ Weiter hieß es: "Die Österreichische Volkspartei will einen echten Sozialstaat, in

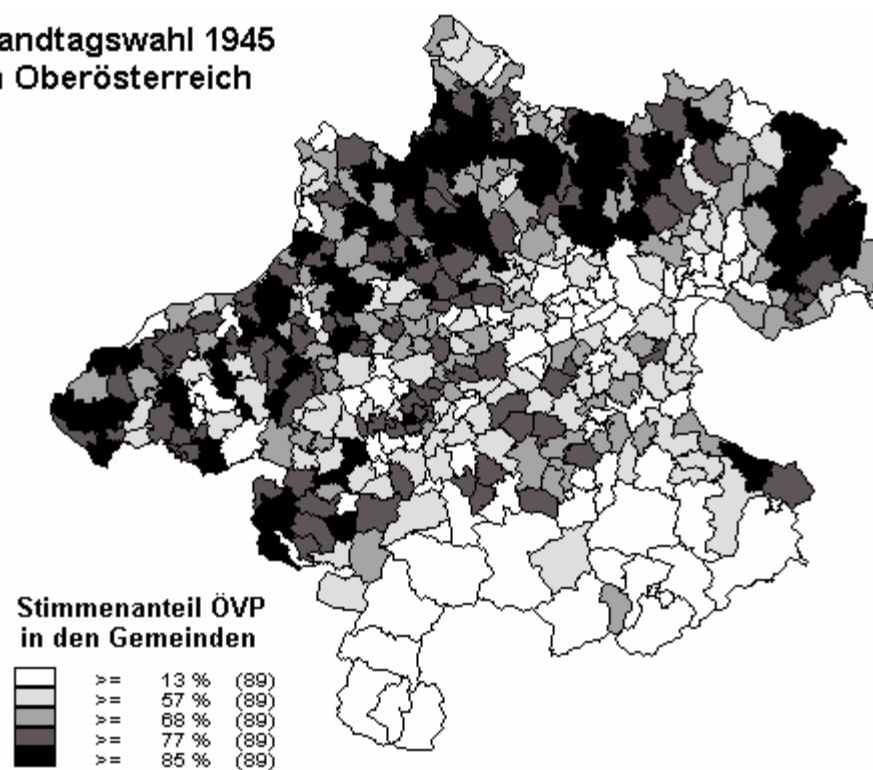
dem jedem Tüchtigen ohne Rücksicht auf Einkommen und Herkommen der Aufstieg möglich ist, sie verlangt die Anerkennung des Rechts auf den vollen Ertrag der Arbeit und auf persönliches Eigentum, auf die gerechte Aufteilung aller Lasten... Wir anerkennen das Eigentum gerade im Interesse des arbeitenden Volkes, dem die Nutzung des ehrlich erworbenen Eigentums für sich und seine Familie gesichert werden muss.... Wir bejahen die Vergesellschaftung von für die Gesamtheit notwendigen und lebenswichtigen Betrieben. Vor allem aber übertragen wir dem Staate die Verantwortung für die Vollbeschäftigung aller produktiven Kräfte, wenn dies die Privatinitiative nicht zu leisten vermag."⁴⁴

Von der SPÖ wurden die ÖVP und vor allem Gleißner im Wahlkampf ungewöhnlich scharf, aber nicht sehr erfolgreich attackiert, mit dem Verweis auf das Jahr 1934: "Die neuuniformierten Austrofaschisten in der ÖVP" oder "Austrofaschismus und Religion" waren Aufmacher aus der Feder des Tagblatt-Chefredakteurs Dr. Oberhummer.⁴⁵ Die ÖVP wurde als „Kapitalisten“- und „Faschistenpartei“ angegriffen. Die Schreibweise im Volksblatt war deutlich unaufgeregter und viel moderater. Die Plakatflut war intensiv: die KPÖ brachte nicht weniger als 107 verschiedene Plakate heraus, die SPÖ 93 und die ÖVP 72. Die ÖVP warb im Unterschied zu den beiden anderen Parteien weniger mit der Vergangenheit als mit der Zukunft: „Österreichs Weg empor“ oder „Bahn frei“, aber auch „Keine Klassen – keine Rassen“.

Trotz der Zweiteilung des Landes konnten die Wahlen am 25. November 1945 (Nationalrat, Landtag, Gemeinden) im gesamten Bundesland einheitlich abgehalten werden. Sie brachten mit dem Sieg der Sozialisten in Linz und der ÖVP im Land zwar keine grundlegende Machtverschiebung, aber doch eine Überraschung über das Ausmaß des ÖVP-Erfolgs. Für die ÖVP war es mit 59,1 Prozent der Stimmen ein Ergebnis, das vom Volksverein und den Christlichsozialen nie erreicht worden war, das aber auch bei späteren Wahlen nie mehr erreicht wurde. Die ÖVP entsandte 14 von 22 oberösterreichischen Nationalratsabgeordneten, vier von sechs Bundesratsabgeordneten und 30 von 48 Landtagsabgeordneten.

Für die ÖVP war das Wahlergebnis ein großer Erfolg, für die SPÖ eine herbe und so nicht erwartete Enttäuschung, für die KPÖ eine veritable Katastrophe. Diese Wahlen waren zu einem entscheidenden Wendepunkt und Signal geworden. Sie endeten mit einer Sensation: die kommunistische Partei blieb österreichweit mit 5 Prozent der Stimmen und nur vier Mandaten praktisch bedeutungslos. In Oberösterreich war die KPÖ mit 2,6 Prozent der Stimmen sang- und klanglos untergegangen. Im sowjetisch besetzten Mühlviertel hatte sie mit 0,9 Prozent der Stimmen noch viel katastrophaler abgeschnitten. Dass in der Tschechoslowakei die Kommunisten bei den ersten Nachkriegswahlen 38 Prozent, in Frankreich 26 Prozent, in Italien 19 Prozent und in Norwegen 11 Prozent erreicht hatten, in Österreich hingegen nur magere 5 Prozent, war die wahre Bedeutung der historischen Wahl vom 25. November 1945. Praktisch wurde die Wahl von den Frauen entschieden (wahlberechtigt waren in ganz Österreich 2,2 Millionen Frauen und nur 1,2 Millionen Männer – es fehlten nicht nur die Gefallenen und die Gefangenen, sondern auch die vom Wahlrecht ausgeschlossenen, zu zwei Drittel männlichen ehemaligen NSDAP-Mitglieder). In Oberösterreich waren 516845 Personen wahlberechtigt, davon 325451 (63 %) Frauen. Der Altersschnitt war beträchtlich nach oben gedrückt. Es fehlten mehr als 80000 Nationalsozialisten und etwa 54000 Kriegsgefangene und (vorläufig) Vermisste. Die Anzahl der Wahlberechtigten lag um rund ein Viertel niedriger als bei der nächsten Wahl im Jahr 1949.

Landtagswahl 1945 in Oberösterreich



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Die neue, aufgrund des Wahlergebnisses gebildete Landesregierung bestand aus sechs ÖVP- und drei SPÖ-Vertretern unter Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner. Von der ÖVP kamen die bisherigen Regierungsmitglieder Dr. Franz Lorenzoni als Landeshauptmannstellvertreter und Johann Blöchl, Jakob Mayr und Dr. Franz Schütz als Landesräte, neu hereingenommen wurde Felix Kern, der nach dem Tode Lorenzonis im Jahr 1948 auch zum Landeshauptmannstellvertreter ernannt wurde, während dann der Rechtsanwalt Dr. Franz Breitwieser in die Regierung nachrückte. Landtag und Landesregierung waren für ganz Oberösterreich tätig, auch wenn die "Zivilverwaltung Mühlviertel" noch bis 1955 existierte. Die aus dem Mühlviertel stammenden Abgeordneten konnten ihre Funktion in Linz ohne Probleme wahrnehmen. Um symbolisch die Verbindung zwischen Landesregierung und Zivilverwaltung zu unterstreichen, amtierte Johann Blöchl in beiden Gremien.

In der ÖVP-Fraktion des neugewählten Linzer Gemeinderats dominierten die von den Nationalsozialisten verfolgten Personen mit Vizebürgermeister Mitterbauer an der Spitze, einem von den Nationalsozialisten schwerst verfolgten Funktionär der christlichen Arbeiterbewegung. Mitterbauers Grundsatzrede bei der Konstituierung des Linzer Gemeinderats nahm Bezug auf die programmatischen Leitsätze, die von der ÖVP Mitte Juni in Wien verkündet worden waren, mit einer sehr positiven Einstellung insbesondere zu Verstaatlichungsmaßnahmen. In der Frage der Verstaatlichung der Schwerindustrie trat die ÖVP Oberösterreich für das Miteigentum der Arbeitnehmer ein. In einer Sitzung der Landesparteileitung am 29. Mai 1946 wurden die Richtlinien der Verstaatlichung gründlich erörtert. Diese Zeit markiert in diesem Sinn die "französische" Periode der ÖVP, bezugnehmend auf die M.R.P. (Mouvement Republicain Populaire), die katholische Massenpartei in Frankreich, die für eine weitgehende Verstaatlichung eintrat (der Bodenschätze, großen Verkehrsbetriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften) und für wirtschaftliche Planungsinstrumentarien und eine weitgehende Mitbestimmung plädierte.⁴⁶

Es gab auch sehr links orientierte Gruppierungen innerhalb der ÖVP, die für ein Zusammengehen mit den Kommunisten votierten. Bei den Betriebsratswahlen der VÖEST am 4./5. Dezember 1945 kandidierte die ÖVP in einer Listengemeinschaft gemeinsam mit der KPÖ als Liste der Demokratischen Einheit, was sicherlich ein Fehler war und mit einer katastrophalen Niederlage der ÖVP endete. Die FSG erzielte bei den Arbeitern 23 Mandate, bei den Angestellten 15; auf der Liste der Demokratischen Einheit entfielen bei den Arbeitern auf die KPÖ 3 Mandate, auf die ÖVP eines. Bei den Angestellten konnte die ÖVP zwei Mandate erringen. Die Kommunisten gingen leer aus.⁴⁷

Das Ringen um das "Dritte Lager"

Entscheidend für weitere Wahlerfolge war, wie das in Oberösterreich in der Zwischenkriegszeit immer fast ein Viertel des Wählerpotentials umfassende nationale Lager sich nach 1945 verhalten werde. Bauernbunddirektor Kern öffnete im Bauernbund die Tore gegenüber den ehemaligen Landbündlern, den Protestanten und auch gegenüber den "Ehemaligen" - soweit "sie nichts am Kerbholz hatten", wie sich Blöchl ausdrückte. Er gab Blöchl zufolge die Parole aus: "Geht und ladet die Frauen der anständigen ehemaligen Nationalsozialisten ein, dem Bauern- und Kleinhäuslerbund als Mitglied beizutreten." Über die ehemaligen Landbündler meinte Kern: "Derjenige Bauer, welcher sein Familienleben in Ordnung hat und sonntags in die Kirche geht, ist kein echter Landbündler, er gehört zu uns."⁴⁸

Dem "katholischen" Bauernbund aus der Zeit vor 1938 waren die Protestanten ferngeblieben. Die stärker protestantisch oder kryptoprottestantisch orientierten Regionen des Landes waren auch die, wo der Landbund und die Nationalsozialisten größeren Anklang unter den Bauern finden konnten. Blöchl verwies auf seinen Kriegskameraden und einstigen Zimmerkommandanten, den langjährigen Bürgermeister von Scharthen, Paul Eder, damals im Landbund, den er nach 1945 als Vertrauensmann der Protestanten in den Bauernbund-Vorstand und in den Landtag brachte. Mit ihm war der größte Teil der Protestanten für den Bauernbund gewonnen.⁴⁹ Ein Großteil der Funktionäre des ehemaligen Landbundes mit Eder an der Spitze trat in den O.Ö. Bauern- und Kleinhäuslerbund ein.

Nach der Gründung des nationalfreihheitlichen Verbandes der Unabhängigen (VdU) im Jahre 1949 wurde auf freiheitlicher Seite versucht, die ehemalige Anhängerschaft des Landbundes wieder zu reaktivieren und zurück zu gewinnen. Doch weder die Unabhängige Bauernschaft des VdU noch der sozialistische Arbeitsbauernbund konnten unter der oberösterreichischen Bauernschaft Fuß fassen.

Aufgrund der Amnestie für minder belastete Nationalsozialisten und der Rückkehr fast aller Kriegsgefangenen ergab sich 1948/49 eine völlig veränderte Wählerlandschaft. In Oberösterreich erhielten aufgrund der Amnestierung vom April 1948 rund 77000 (in ganz Österreich 495000) „minderbelastete“ Nationalsozialisten das Wahlrecht zurück. Etwa 6700 „Belastete“ blieben weiterhin vom Wahlrecht ausgeschlossen, ungefähr 1300 Oberösterreicher befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft. Der Frauenanteil bei den Wahlberechtigten war von 63 Prozent im Jahr 1945 auf 56 Prozent 1949 gesunken. Von den etwa 110000 neuen Wahlberechtigten in Oberösterreich 1949 waren 60 Prozent amnestierte NS-Mitglieder, 28 Prozent Kriegsheimkehrer, 9 Prozent Eingebürgerte und 3 Prozent Jungwähler. Im gesamtösterreichischen Durchschnitt lag der Anteil der ehemaligen Nationalsozialisten an den Neuwählern 1949 nur bei 46 Prozent.⁵⁰

Das Wählerreservoir des VdU (Verband der Unabhängigen), der bei der Wahl 1949 als WdU ("Wahlpartei der Unabhängigen") antrat, rekrutierte sich nicht nur aus Nationalsozialisten und ihren Angehörigen, die die Großparteien für die diskriminierende NS-Gesetzgebung verantwortlich machten, sondern auch aus Kriegsteilnehmern, Jungwählern und Volksdeutschen. Die Degradierung des Problems der "Ehemaligen" zu einer Frage der

Wahltaktik führte zu den Versuchen der SPÖ, soweit diese Stimmen nicht ins eigene Lager zu ziehen waren, zumindest die Etablierung einer vierten Partei zu protegieren, von der man hoffte, dass sie der ÖVP Konkurrenz machen würde.

Die ÖVP versuchte die Gründung einer vierten Partei zu verhindern oder zumindest möglichst viele Sympathisanten dieser neuen Partei vorher schon ins eigene Boot zu holen. In der Nationalratssitzung vom 9. Dezember 1948 richtete Alfred Maleta einen Appell an die, wie er sagte, "freien Geister der Nation, an alle die, die freies Denken und freies Urteil sich bewahrten", an die "Christen, die ihre Erfüllung nicht in der Selbstabkapselung eines klerikalen Parteigetriebes finden können", an die "Liberalen, die dem zügellosen Liberalismus abgeschworen hatten", und an die "Nationalen, deren Geschichtsbild sein Fundament verloren hatte." Und schließlich wendete er sich an die Heimkehrer, und lud sie alle ein, eine gemeinsame geistige Plattform zu schaffen, die sie in der Volkspartei verwirklichen könnten.⁵¹ Maleta glaubte, dass der Wahlerfolg von 1945 vor allem auf die Unterstützung durch die Angehörigen der inhaftierten und durch die NS-Gesetze benachteiligten einstigen Parteigenossen zurückzuführen gewesen sei.⁵²

In dieser Konstellation kam es auch zu Kontakten der ÖVP mit ehemaligen, aber "vertrauenswürdigen" Nationalsozialisten, von denen man hoffte, dass mit ihrer Hilfe Wähler aus dem nationalen Lager angesprochen werden könnten und die Gründung einer eigenen nationalen Partei verhindert werden könnte. Eine dieser Persönlichkeiten war Manfred Jasser, der eigentliche Kopf des "Alpenländischen Heimatrufs". Die Volkspartei schuf ihm nach Meinung Viktor Reimanns die Möglichkeit, in Linz eine neue Wochenzeitung, die 'Freien Stimmen', herauszubringen. Diese Zeitung spielte dann später im Wahlkampf eine gewisse Rolle. Sie vertrat die Ansicht, dass im gegenwärtigen Augenblicke keine neue Partei gegründet werden sollte. Vielmehr müsste die ÖVP eine mit Mandaten und Spitzenfunktionären ausgestattete nationale Gruppe innerhalb ihrer Parteiorganisation aufstellen...Als Mitarbeiter gewann Jasser den ehemaligen HJ-Führer Doktor Walter Pollak, der unter den Pseudonymen Wolf Glasenburg und Michael Franer Artikelserien schrieb, in denen er den Standpunkt der ehemaligen Nationalsozialisten darlegte. In einer Denkschrift an Julius Raab schlug er vor, die ÖVP sollte die ehemaligen Nationalsozialisten, 'diese quantitativ und vielfach auch qualitativ wesentliche Menschenschicht' wieder in das politische Spiel bringen, 'um sie der konservativen Politik dienstbar zu machen'.⁵³

Es kam zu den bekannten Kontakten in Oberweis: Julius Raab, Alfred Maleta, der steirische Landesrat Karl Brunner, der Landesparteiobmann von Oberösterreich Dr. Schöpf, der oberösterreichische Landespartei sekretär Resinger und der ehemalige Gesandte Theodor Hornbostel trafen am Christi-Himmelfahrts-Tag des Jahres 1949, dem 28. Mai, in Schloss Oberweis bei Gmunden, dem Landsitz Alfred Maletas, mit einigen ehemals engagierten Nationalsozialisten zusammen, darunter Dr. Manfred Jasser, der Verleger Friedrich Heiß, der Staatsrechtler Doktor Hermann Raschhofer, der Historiker Taras Borodajkewycz, Walter Pollak, später Chefredakteur der 'Oberösterreichischen Nachrichten', und von den steirischen Amnestieausschüssen Dr. Allitsch und Dr. Strohschneider. An den Vorbereitungen zu diesem Treffen hatte außerdem auch noch Rechtsanwalt Dr. Führer teilgenommen. Alfons Gorbach war an der Teilnahme verhindert. Das Treffen war das Ergebnis von Kontakten, die rund ein Jahr zurückreichten. Vor allem Raab neigte dazu, die Nationalen zu inhalieren. Fixe Absprachen wurden aber keine getroffen, wohl vor allem deshalb, weil der ÖVP der Preis zu hoch war. Es hätte auch den Zerfall der ÖVP bedeuten können, wie das Friedrich Funder gegenüber Alfred Maleta sehr deutlich zum Ausdruck brachte.⁵⁴ "Das Gespräch war als Geheimgespräch geplant, doch durch eine Information von Erich Kernmayer an die 'Neue Front' in dieser schon vorher angekündigt worden. Es sollte informativen Charakter haben. Allerdings genügte schon die Tatsache der Besprechung und der unbestreitbare Versuch der

ÖVP, mit Hilfe der 'Ehemaligen' die Nationalsozialisten als Gruppe anzusprechen, dass SPÖ und KPÖ in ein Indianergeheul ausbrachen", schreibt Viktor Reimann⁵⁵

Das Antreten der vierten Partei konnte nicht verhindert werden. Die Versuche, die nationalen Gruppierungen ins ÖVP-Lager zu ziehen, die es unbestreitbar gab, scheiterten. Aber auch die Rechnung der SPÖ, dass die vierte Partei vor allem der ÖVP Stimmen wegnehmen werde, ging nicht auf. In Oberösterreich waren die Beziehungen zwischen SPÖ und VdU besonders gut. Zum Teil war dies auf den großen Respekt zurückzuführen, den der Linzer Bürgermeister Ernst Koref bei den Liberalen des VdU, Kraus und Reimann, genoss, wobei letzterer immer wieder Korefs versöhnliche Haltung in der NS-Frage betonte. Auch waren ein paar Besuche Korefs beim großen alten Mann der ehemaligen Großdeutschen, Franz Langoth, dazu angetan, seine Toleranz zu demonstrieren.

Es gab aber auch undurchsichtige Verbindungen zwischen dem Parteisekretär der oberösterreichischen Sozialisten Karl Krammer und dem sogenannten Gmundner Kreis schwerbelasteter Nationalsozialisten, etwa zu Stefan Schachermayr, dem ehemaligen Gauinspektor der NSDAP in "Oberdonau" und zu Erich Kernmayer (mit Schriftstellernamen Erich Kern). Dieser war Pressechef bei Gauleiter Bürckel sowie Mitglied der SS und des SD gewesen. Jetzt hatten beide gute Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIC und zur SPÖ. Das Resultat all dieser Kontakte und Verhandlungen war eine extensive, auch finanzielle und materielle Schützenhilfe der SPÖ für den in Geldschwierigkeiten befindlichen VdU und auf der anderen Seite ein Versprechen der neuen Partei, im Wahlkampf hauptsächlich die ÖVP anzugreifen.⁵⁶

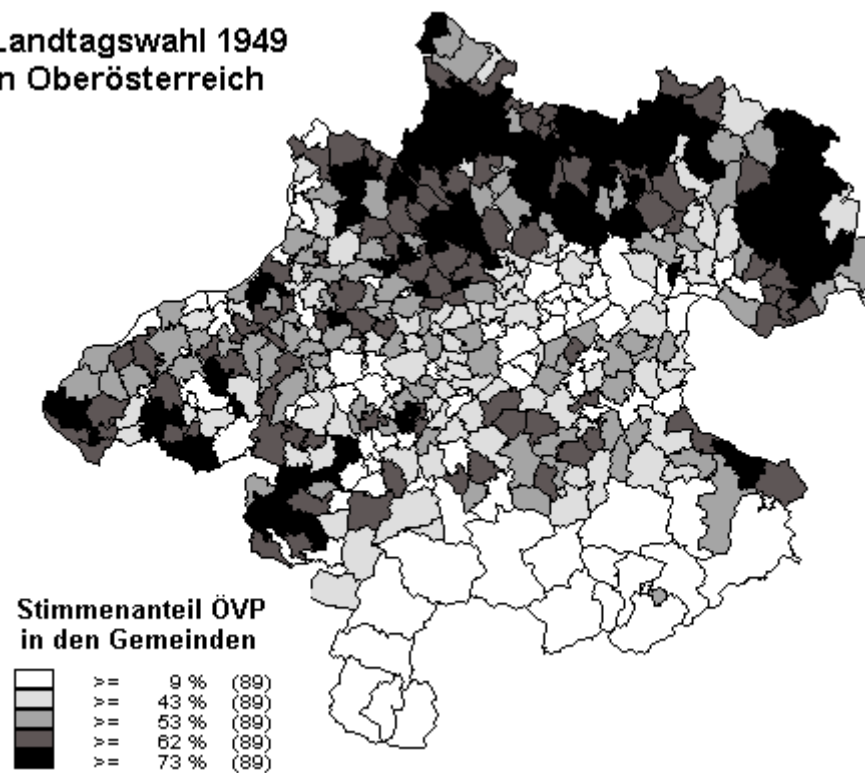
Gustav A. Neumann, der damals erst 25jährige und aggressive Landesobmann des VdU und Herausgeber des „Echo der Heimat“, schrieb dazu in einer höhnischen Abrechnung mit den Sozialisten: "Als einzige Vergütung verpflichtete ich mich, im Wahlkampf hauptsächlich die ÖVP anzugreifen, eine Verpflichtung, der ich gewissenhaft nachkam. Nur in Oberösterreich wurde der Wahlkampf ausschließlich gegen die ÖVP geführt, und nur in Oberösterreich nahm der VdU die Entwicklung einer wählbaren zweiten Arbeiterpartei als Folge dieser von der SPÖ geforderten Leistung. Alle Plakate des VdU Oberösterreich waren von der SPÖ besorgt worden, alle Stimmzettel, mit Hilfe derer die Sozialisten eine katastrophale Niederlage bei den Arbeiterkammerwahlen erlitten, stammten von ihnen selbst..."⁵⁷ Der Innenminister Oskar Helmer wird von Neumann bei einem Treffen in Gmunden, in der 'Villa Maria Luise', mit der Bemerkung zitiert: "Schaun's, Herr Neumann, Sie sind noch zu jung für solche Überlegungen. Aber wenn ich diese Nazi net betreu, betreut sie der Maleta in Oberweis."⁵⁸

"Der oberösterreichische VdU stand am meisten links von allen Landesorganisationen. Das lag an der engen Zusammenarbeit zwischen dem jungen VdU -Landesobmann Gustav A. Neumann mit dem sozialistischen Landesparteisekretär Krammer, das lag aber auch an den vielen Großbetrieben, in denen zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten und geflüchtete Volksdeutsche als Arbeiter und Hilfsarbeiter tätig waren..."⁵⁹

Das Auftreten einer zweiten bürgerlichen Partei, des Verbands der Unabhängigen (VdU) hatte der ÖVP erhebliche Stimmeneinbrüche beschert. In Oberösterreich gelang dem VdU aber nicht nur ein tiefer Einbruch in die Wählerschichten der ÖVP, sondern ebenso in die der SPÖ, der Arbeiter und Angestellten. 1949 rutschte die ÖVP bei den vorzeitig angesetzten Landtagswahlen, die wiederum gemeinsam mit den Nationalratswahlen durchgeführt wurden, auf 45,0 Prozent ab. Die gleichzeitig starken prozentuellen Verluste der SPÖ ließen allerdings die Führungsposition der ÖVP unangetastet. Aber die absolute Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung war verloren gegangen. Die ÖVP hatte 23 Mandate, SPÖ (15) und VdU (10) hatten zusammen 25. Aufgrund des Wahlergebnisses verlor die ÖVP im Land zwei Regierungssitze und stand mit vier Regierungssitzen drei von der SPÖ und zwei vom VdU besetzten gegenüber. Die Landesräte Dr. Schütz und Mayr

schieden aus. Nach dem Tode von LR Breitwieser im Jahr 1954 folgte der Krankenkassendirektor Hermann Kletzmayer als Landesrat.

Landtagswahl 1949 in Oberösterreich



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Die WdU wurde in Linz, Wels und Steyr zur zweitstärksten Partei hinter der SPÖ. Die WdU war einerseits zum Sammelbecken des in Oberösterreich vor dem Krieg starken nationalen Lagers, andererseits aller unzufriedenen Kräfte und Protestwähler geworden. In Linz war das Wahlergebnis ein Schock für beide Großparteien. Mit 28 Prozent der Stimmen drang der VdU tief in die Wählerschichten der ÖVP und SPÖ ein. Die Linzer ÖVP war auf den Platz der drittstärksten Partei abgesunken. Aber die SPÖ hatte die absolute Mehrheit in Linz verloren und benötigte zur Bürgermeisterwahl die Stimmen der ÖVP. Zwischen den Koalitionsparteien wurde der sogenannte Resinger—Krammer Pakt abgeschlossen, benannt nach den beiden Landesparteisekretären, um auf der Ebene der Gemeinden Koalitionen mit dem VdU zu verhindern und die Zusammenarbeit der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ abzusichern.

Ein ähnlicher Schock für beide Parteien war das Ergebnis der Arbeiterkammerwahlen vom 23. Oktober 1949, bei denen der VdU mit einem Stimmanteil bei den Arbeitern von 32 Prozent (Angestellte 35 %) zweitstärkste Partei geworden war. Bei den Betriebsratswahlen in der VÖEST überholte der VdU mit 47 Prozent der Stimmen die Sozialistischen Gewerkschafter und kam auf 14 Mandate, gegenüber 12 für die Sozialisten. Die SPÖ konnte den Vorsitz im Arbeiterbetriebsrat nur mit Hilfe der Kommunisten verteidigen. In den Stickstoffwerken erreichte der VdU sogar 55 Prozent, in Ranshofen immer noch 35 Prozent der Stimmen.⁶⁰ Die Christgewerkschafter waren ganz an den Rand gedrängt. 1949 stellte sich der ÖAAB in der VOEST den Wahlen, ging aber bei den Arbeitern ganz leer aus und musste sich bei den Angestellten mit einem einzigen Mandat zufrieden geben.

Die Verluste für die ÖVP auf Landesebene oder auch in Linz oder in der VÖEST waren der Anstoß für eine systematische Organisations- und Aufbauarbeit innerhalb der Partei und für ein deutlich besseres Abschneiden bei den nächsten Wahlen.

III. Heinrich Gleißner oder „dem Land Zukunft geben“

Unsere ganze Kraft gehört der Heimat, unsere ganze Arbeit den Sorgen jedes einzelnen.
Heinrich Gleißner

Das „oberösterreichische Klima“

Die Herausforderungen des Jahres 1945 waren enorm, die Probleme schienen übermächtig: es galt ein stabiles demokratisches System aufzubauen, Rechtssicherheit herzustellen, den Menschen die Nahrungsversorgung zu sichern und ihnen Wohnungen und Arbeit zu geben. Das alles unter schwierigsten Umständen. Politik war überall zugleich gefordert, mit Worten und Taten. Gemeinsam mit anderen Männern der ersten Stunde – wie den Landesräten Johann Blöchl, Felix Kern, Dr. Franz Lorenzoni, Jakob Mayr, Dr. Franz Schütz, Hermann Kletzmayer und Theodor Pritsch sowie den Landtagspräsidenten Peter Mandorfer und Matthias Hödlmoser hat Heinrich Gleißner es verstanden, Oberösterreich ein Fundament für die Zukunft zu geben.

Dr. Heinrich Gleißners politisches Credo wurde Versöhnen und Zusammenführen, sein Ziel: Oberösterreich und seine Menschen aus den Zerstörungen des 2. Weltkriegs in eine gute stabile Zukunft zu führen. Der materielle Wiederaufbau stand zunächst im Zentrum seiner Politik. Seine Politik legte ein stabiles wirtschaftliches Fundament, verlor darüber aber nie die Sorge um das Zusammenleben der Menschen, um moderne Aus- und Weiterbildung und um die kulturelle Vielfalt aus den Augen.

Gleißner wusste eines: Die riesigen Probleme des Wiederaufbaus ließen sich nur in konsequenter Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien lösen. Das schloss politische Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht aus. Wahlkämpfe zum Beispiel wurden mit voller Härte und deutlichen Worten geführt. Der Gesprächsfaden riss aber nie, man konnte auf die Handschlagqualität der Partner aus den anderen demokratischen Parteien vertrauen. Dr. Heinrich Gleißner hat diese Politik der loyalen Zusammenarbeit geprägt. Er konnte das Vertrauen aller Parteien erringen. Sowohl 1945 als auch 1949 wurde er einstimmig vom Landtag zum Landeshauptmann gewählt. Von 1945 bis 1949 wurden sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung alle Beschlüsse einstimmig gefasst, obwohl die ÖVP in beiden Gremien eine klare absolute Mehrheit hatte. Dieses Konsensklima war der Rahmen für die erfolgreiche Politik der Jahre 1945 bis 1955.

Parteiarbeit im Wiederaufbau

Sechs Jahre dauerten die Gründungs- und Aufbauphase der ÖVP. In diese Zeit fielen die Gründung einer Jugend- und einer Frauenorganisation sowie der Aufbau im Mühlviertel unter der Leitung von Dr. Hans Sebinger. Die Organisation war unübersichtlich, man hatte kein Geld, kaum Personal und nicht einmal ein passendes und stabiles Büro. In den ersten sieben Jahren musste der Sitz des Parteisekretariats mehrmals verlegt werden. Begonnen hatte die Parteiarbeit in der Privatwohnung von Dr. Josef Zehetner in der Linzer Museumsstraße. Ende November 1945 übersiedelte die Partei in die Bethlehemstraße, später auf die Spittelwiese, 1952 endlich in das heutige Gleißnerhaus.

Praktisch ging es in der Parteiarbeit in den ersten Monaten um Organisationsfragen, wo die Mitgliederverwaltung und Evidenz angesiedelt wurde, bei den Bünden oder in der Gesamtpartei, wohin Mitglieder ihre Beiträge entrichteten, wie Mitglieder und Funktionäre rekrutiert wurden, wer über Büros verfügte und wo diese eingerichtet wurden, wer besoldetes Personal bestimmte...

Am wichtigsten war die Wiederaufnahme der Öffentlichkeitsarbeit. Bis Oktober 1945 war das Erscheinen von Parteizeitungen von der Besatzungsmacht untersagt. Als Informationsmedium waren vom 11. Juni bis 8. Oktober 1945 nur die Oberösterreichischen Nachrichten zugelassen, die zuerst von der US-Armee herausgegeben wurden und unter Zensur der Militärbehörden standen. Von ÖVP-Seite war vorerst Willibald Salzer im Redaktionsstab vertreten. Als faktischer Chefredakteur konnte sich der im rechten Flügel der Sozialdemokratie angesiedelte Journalist Franz Lettner durchsetzen, der sich während des Krieges als freier Mitarbeiter und Redakteur verschiedener NS-Zeitungen durchgeschlagen hatte.

Ab 6. Oktober 1945 fungierte die „Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft“ als Herausgeber der Oberösterreichischen Nachrichten. Im sechsköpfigen Gesellschaftergremium der „Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft“ war die ÖVP-Seite nur durch Dr. Alfred Maleta (ÖVP) vertreten, dazu kamen der zum „Pressezaren“ sich aufspielende Abenteurer Hans Behrmann, der völlig unpolitische Landesbeamte Dr. Otto E. Nicoletth, die beiden Sozialdemokraten Dr. Ernst Koref und Franz Lettner (SPÖ) und Franz Haider, der ab Juni 1945 Landesobmann der KPÖ war und vom 26. Oktober bis 12. Dezember 1945 als stellvertretender Landeshauptmann in der von den Amerikanern ernannten Regierung Gleißner amtierte. 1950 gelang es Behrmann und Maleta, die anderen Gesellschafter hinauszudrängen, Behrmann kam auf 55 Prozent, Maleta auf 40 Prozent der Gesellschafteranteile. 1952 musste Behrmann wegen undurchsichtiger Manipulationen ins Gefängnis, seine Anteile gelangten über Zwischenstufen an Maleta, der bis 1955 zum Alleineigentümer und Alleinherausgeber aufgerückt war.⁶¹ Maleta hatte die Chancen, die die Zeitung bot, klar erkannt, nützte ihre Möglichkeiten sowohl für seine eigene politische wie finanzielle Karriere, betonte aber auch immer den Nutzen für die Partei, der sich aus der Kontrolle über eine parteiunabhängige Zeitung statt einer reinen Parteizeitung ergab. In der Chefredaktion, die bis 1967 von Walter Pollak, einem Teilnehmer von Maletas Oberweis-Runde von 1949 und Vertreter des nationalen Lagers, geprägt war, kam mit Hermann Polz, dem Schwager von Landeshauptmann Ratzenböck, dann stärker die FPÖ-kritische Linie zum Tragen. Mit einer Auflage von rund 200000 Exemplaren im Jahr 1947, etwa 70 Prozent der Auflage aller oberösterreichischen Tageszeitungen, war die Dominanz der OÖ. Nachrichten überragend.

Ab 8. Oktober 1945 konnte auch das "Linzer Volksblatt" als offizielles Parteiorgan erscheinen, zum gleichen Tag wie das sozialdemokratische „Tagblatt“. Von 8. Oktober 1945 bis 1948 war die oberösterreichische Volkspartei, die ebenso wie die anderen von der amerikanischen Besatzungsmacht zugelassenen politischen Parteien eine Zeitungslizenz erhalten hatte, Herausgeber des "Linzer Volksblattes", da die amerikanische Besatzungsmacht dem Katholischen Pressverein, der bis 1938 im oberösterreichischen Presse- und Verlagswesen eine führende Rolle gespielt und das Volksblatt herausgegeben hatte, die Rückgabe seines Eigentums vor allem deswegen verweigerte, weil er nach 1934 auch Besitzstände damals enteigneter sozialistischer Verlage und Druckereien übernommen hatte, die 1945 wieder zurückgegeben werden mussten. Diese notwendige Entflechtung dauerte bis 1948. Im Jahr 1948 ging das Volksblatt wieder in den Besitz des OÖ. Landesverlags über, der neben der Tageszeitung auch ein Netz von regionalen Wochenzeitungen auf- und ausbaute. Das Übereinkommen zwischen Landesverlag und Volkspartei bezüglich des Volksblattes endete am 30. September 1950. Ab diesem Zeitpunkt erschien das "Linzer Volksblatt" wieder

als parteiunabhängige Zeitung des katholischen Pressvereins der Diözese Linz, und erst ab 1971 wieder als Parteiorgan der Österreichischen Volkspartei, Landesleitung Oberösterreich. Dazwischen hatte die ÖVP keine eigene Parteizeitung in Oberösterreich. Das „Linzer Volksblatt“ erreichte 1947 eine Auflage von ca. 35000 Stück, sank bis 1951 aber auf 11000. Das sozialistische „Tagblatt“ erreichte 1947 etwa 36000 und 1951 etwa 26000 Stück, die kommunistische „Neue Zeit“ in beiden Jahren etwa 16000.

Im sowjetisch besetzten Mühlviertel konnte bereits ab 28.8.1945 die von den drei Parteien initiierte „Mühlviertler Post“ erscheinen. Chefredakteur war vorerst der Sozialist Franz Blum.

Da die ÖVP ab 1950 mit der Abgabe des Volksblattes an den Landesverlag kein Parteiorgan mehr besaß, brachte Erwin Wenzl ab 1955 den „Heimatruf“, der zuerst als Postwurfsendung verschickt wurde, als Parteizeitung heraus, der an 350000 Haushalte ging. Zu weiteren Medienaktivitäten zählte die im Mai 1977 gegründete „Landeszeitung“, heute „Wir Oberöreicher“, die vierteljährlich in einer Auflage von 525000 Stück erscheint.

Wie sehr politischer Einfluss über die Medien geltend gemacht werden konnte, hatte Alfred Maleta gezeigt. Von Maleta inspiriert, engagierte sich auch der oberösterreichische Nationalratsabgeordnete Leopold Helbich im Zeitungsgeschäft: Er wurde 1958 für zehn Jahre stiller Gesellschafter des von Ludwig Polsterer herausgegebenen „Neuen Kurier“, im politischen Abtausch gegen eine vorherige indirekte Beteiligung des ÖAAB an dieser Zeitung und an der Druckerei Waldheim-Eberle. In einer vertraulichen Vereinbarung vom 11. Februar 1958 wurde eine entsprechende Zeitungslinie abgesichert.⁶² 1972 konnte Helbich so viel Kapital mobilisieren, dass die Übernahme der von Polsterer abgegebenen Zeitung gegen das Konkurrenzgebot der Kronenzeitung verteidigt werden konnte. Er konnte allerdings den Einfluss nicht recht lange halten.

Parteireform in schwierigen Zeiten

Am 2. Landesparteitag der ÖVP Oberösterreich vom 28. bis 30. Nov. 1947 war Dr. Stampfl als Landesparteiobmann zurückgetreten. Stampfl, von Johann Blöchl als "ehrfurchtgebietende Gestalt" charakterisiert, "der aber zur Führung einer politischen Partei der jugendliche Elan fehlte", gab die Obmannstelle an den Linzer Magistratsbeamten Obersenatsrat Dr. Albert Schöpf ab, der auch Direktor der WAG (Wohnungs-Aktiengesellschaft) und damit auch Wirtschaftsbandmitglied war. "Dieser", wieder Blöchl folgend, "war ein trockener Vorarlberger, der keinen Oberöreicher für seine politischen Ideen begeistern konnte, so ehrenwert er persönlich war."

Auch mit dem Landespartei sekretär war Blöchl wenig zufrieden: „Wir hatten einen Parteisekretär, dem das steife Rückgrat einer politischen Überzeugung fehlte.“⁶³ Walter Resinger, der am 20. Oktober 1945 provisorischer Landespartei sekretär geworden war, war vielen Zeugnissen zufolge nicht die optimale Besetzung. Ihm fehlte es nicht nur an organisatorischem Geschick, sondern auch an politischem Engagement. Nach seinem Ausscheiden aus der Parteiführung orientierte er sich zunehmend am VdU.

Die Wahlniederlage 1949 zeigte nicht nur ideologische Positionierungsprobleme, sondern auch organisatorische Schwächen auf. Auch die organisatorische Teilung in Parteivorstand und Landesspitze war nicht in allem glücklich. In unmittelbarer Folge des 9. Oktober 1949 wurden im Zuge der Sparmaßnahmen die Bezirkspartei sekretäre gekündigt. Die bisher von den Sekretären zu leistende Arbeit musste vom Landespartei sekretär übernommen werden. Die Führung des Landespartei sekretariats wurde an Stelle des zurückgetretenen Walter Resinger am 1. August 1950 interimistisch dem pensionierten Regierungsrat Josef Makk übertragen. Die Krise der Parteiorganisation war damit verlängert. Die bündischen Sekretariate hatten das Sagen.

"Wenn die Organisation schlagkräftig sein oder werden sollte, dann war und ist es notwendig, die oft zufälligen Besetzungen aus dem ersten Bedarf 1945 zu liquidieren und durch planmäßige Regelungen zu ersetzen...", meinte auch Dr. Schöpf am 3. Landesparteitag. Aufgezählt wurden die jungen Jahrgänge, die Frauen, die Heimkehrer und "alle jene gut eingestellten Kräfte, die nach dem Zusammenbruch des totalitären Regimes eine positive Einstellung zu Österreich wiederfanden oder suchten..."⁶⁴

Johann Blöchl meinte dazu: "Die monatlichen Sitzungen der Parteileitung waren zu 95 Prozent mit den finanziellen Nöten der Partei ausgefüllt, man wusste von einem zum anderen Mal nicht, wie die paar Beamten im nächsten Monat bezahlt werden können. Das war die 'Kapitalisten-Partei'! Kern meinte manchmal: 'Schauen wir auf den Bauernbund, die Partei geht sowieso zugrunde.' So mies schätzte dieser ausgesprochene Fachmann in Fragen der Organisation die Lage der Partei ein. In einer erweiterten Parteivorstandssitzung im Saal des Raiffeisenhofes anlässlich einer miesen Debatte stellte ich folgende Anträge: 1. Als Parteiobmann wäre Landeshauptmann Dr. Gleißner, 2. als Landespartei sekretär wäre Herr Dr. Wenzl zu wählen. Dr. Wenzl, der bis dahin Beamter der Anwaltschaft war, dessen politisches Fingerspitzengefühl mir sehr bald aufgefallen war, hat früher schon Kern über meinen Rat aus der politischen Versenkung geholt. 3. Von jedem Parteimitglied sind 12 Schilling Mitgliedsbeitrag einzuheben. Alle drei Anträge wurden realisiert. Die Verhältnisse in der Parteileitung veränderten sich nunmehr schlagartig zum Besseren. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Partei gewann unter der neuen Führung an Ansehen und Schlagkraft. Im Vorstand konnte nun wieder positive Arbeit geleistet werden. Auch die Zusammenarbeit der Bünde gestaltete sich nunmehr unter der Führung unseres unvergesslichen Landeshauptmannes Dr. Gleißner und des neuen Parteisekretärs Dr. Wenzl überaus vertrauensvoll zum Vorteil der Gesamtpartei."⁶⁵

Blöchls Vorschläge stießen auf allgemeine Zustimmung. Am 5. Landesparteitag am 14. Oktober 1951 übernahm Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner die Führung der Partei und löste Dr. Albert Schöpf ab, der seit 30. 11. 1947 Landesparteiobmann gewesen war.⁶⁶ Es war an sich in Oberösterreich nicht Tradition, dass der Landeshauptmann auch Parteiobmann war. Nur für wenige Jahre, von 1891-1898, war dies der Fall gewesen.

Wie die persönliche Lebensplanung Gleißners war, lässt sich nicht definitiv sagen. Jedenfalls hatte er 1951 in Nachfolge des Ende 1950 verstorbenen Karl Renner als Bundespräsident kandidiert, und dies mit durchaus guten Erfolgsaussichten. Wenngleich Gleißner im ersten Wahlgang am 6. Mai 1951 die Mehrheit der Stimmen erhalten hatte, unterlag er im zweiten Wahlgang in der Stichwahl gegenüber Theodor Körner um 168000 Stimmen. Die Stimmen des VdU-Kandidaten Burghard Breitner waren zu 60 Prozent zu Körner gewandert. Heinrich Gleißner gab sich erleichtert: „Ich bin doch so gern Landeshauptmann von Oberösterreich.“ Und widmete sich mit neuem Elan dem Aufbau der Partei. Mit ihm und seinem Landespartei sekretär Dr. Erwin Wenzl begann der Aufstieg der ÖVP zur modernen Oberösterreich-Partei.

Auch auf Bundesebene leitete die unerwartete Niederlage Gleißners ein Revirement ein: Am 14. Juni 1951, 18 Tage nach der verlorenen Bundespräsidentenwahl, wurden Julius Raab und Alfred Maleta zu geschäftsführenden Vertretern des Bundesparteiobmanns bzw. des Generalsekretärs nominiert und damit die Macht ablösung in der Bundes-ÖVP vorprogrammiert. Die Parteiorganisation sollte gestrafft und schlagkräftig gemacht werden. Mit Raab wurde die ÖVP zur Obmann-Partei. Durchaus Analoges vollzog sich in Oberösterreich auf Landesebene.

Mit 1. Jänner 1952 wurde der damals 31 jährige Jurist Dr. Erwin Wenzl auf Vorschlag Gleißners zum Landespartei sekretär bestellt. Modernes Management prägte ab nun die ÖVP-Arbeit. Organisatorische, politische und propagandistische Arbeit standen im Vordergrund. Wenzl sorgte für eine straffe, schlagkräftige Organisation bis in die Gemeinden, integrierte

die Bünde in die Parteiarbeit und stellte die ÖVP auf eine solide finanzielle Basis. In den 15 Bezirken wurden „Hauptbezirksreferate“ mit hauptamtlichen Mitarbeitern aufgebaut, ein Mitgliedsbeitrag und der Beitrag, den Mandatäre zu leisten haben, wurden eingeführt. Erwin Wenzl ging aber auch im Marketing völlig neue Wege. Landesweite Wahlzeitungen und Wahlfilme wurden erstmals unter seiner Führung erfolgreich in den Wahlkämpfen eingesetzt.

Der 5. Landesparteitag am 14. Oktober 1951 bedeutete in finanzieller und organisatorischer Hinsicht einen entscheidenden Wendepunkt für die Partei. Für jedes ordentliche Parteimitglied wurde ein Parteibeitrag von jährlich S 12.- eingeführt, ferner am 20. Februar 1952 Parteiumlagen für alle Abgeordneten zum Nationalrat, Bundesrat, Landtag und Stadtrat von Linz in Höhe von 10 Prozent ihrer Bezüge. Die Einführung eines ÖVP-Beitrags brachte Ordnung in die Parteifinanzen, auch wenn die Modalität der Durchführung nach Aussage des späteren Landeshauptmanns Josef Ratzböck nicht wirklich sinnvoll war. Da es ja kaum Parteimitglieder, sondern nur Mitglieder der Bünde gab, hatte jede Ortsgruppe ihren Beitrag proportional zur Zahl der erreichten Wählerstimmen zu entrichten, was von vielen erst recht wieder als kontraproduktiv empfunden wurde, weil die erfolgreichen Ortsgruppen am stärksten zur Kasse gebeten wurden. Erst mit der Parteienfinanzierung, die nach der Landtagswahl 1973 parallel zu der unter der Regierung Kreisky auf Bundesebene vorgenommenen Regelung auch im Land eingeführt wurde, war diese Art der Finanzierung entbehrlich geworden. Die Bünde, die immer Mitgliedsbeiträge eingehoben und auch potentiell Zugang zu mehr Förderern hatten, waren, zumindest was Wirtschaftsbund und Bauernbund betraf, finanziell viel unabhängiger.

Auch die Frage des Parteisitzes konnte gelöst werden. Im Dezember 1952 zog die ÖVP in den „Raiffeisenhof“ des Bauernbundes in Linz, Obere Donaulände 7 ein. 1984 ging das Haus in das Eigentum der Landespartei über und wurde seitdem zur modernen Parteizentrale umgebaut.

Gleißner und Wenzl übernahmen eine Partei, die im Bauernbund etwa 65000 Mitglieder zählte, im Wirtschaftsbund 13028, im AAB 11982, in der Frauenbewegung etwa 8000 und in der Jugendbewegung 1480. Außerhalb der Bünde gab es 1701 ÖVP-Mitglieder, insgesamt zählte man 101191 Mitglieder.

Nun konnte der Aufbau einer schlagkräftigen Parteiorganisation in Angriff genommen werden. Der neue Landespartei sekretär Dr. Wenzl begann ab 1952 mit der systematischen Einrichtung von Bezirkssekretariaten, die mit jungen Sekretären besetzt und mit Motorfahrzeugen ausgestattet wurden. Es gab wieder hauptamtliche Sekretäre. Es wurden Einheitssekretariate für die Partei und die Bünde beschlossen. Junge Funktionäre wurden rekrutiert. Die Zeit der Improvisation war vorbei. Neue Mitarbeiter wurden aufgenommen, Schulungsprogramme, vor allem für Gemeindefunktionäre, wurden initiiert, sowie die Wahlkämpfe nach neuen Erkenntnissen des Marketings, der Psychologie und Meinungsforschung geplant und durchgeführt. Statistik wurde zu einem der entscheidenden Instrumente der Planung.

Die Früchte zeigten sich rasch. Die Nationalratswahlen am 22. Februar 1953, obwohl bundesweit für die ÖVP eine Niederlage, verliefen für die ÖVP Oberösterreich recht günstig. Oberösterreich war das einzige Bundesland, in welchem die ÖVP von 1949 bis 1953 ihren Stimmenanteil vergrößern konnte. Der Stimmenanteil des VdU fiel auf 12,2 Prozent.

Der Landeshauptmann des Wirtschaftswunders

Heinrich Gleißner war mit Leib und Seele Landeshauptmann von Oberösterreich. Er glaubte an dieses Land und suchte den direkten Kontakt zu seinen Menschen, wann immer es ging. So war es nur logisch, dass er wesentlich dazu beigetragen hat, dass Oberösterreich eine Landeshymne erhielt: 1952 wurde das „Hoamatland“ nach den Worten von Franz Stelzhamer

und der Musik von Hans Schnopfhagen zur öö. Landeshymne erklärt. Als begeisterter Oberösterreicher war Gleißner auch ein konsequenter Kämpfer für den oberösterreichischen Föderalismus. Österreich war für ihn nur als Bundesstaat denkbar, in dem Bund und Länder ihre Aufgaben partnerschaftlich wahrnehmen. Sichtbarer Ausdruck der engen Verbindung Oberösterreichs zur Bundeshauptstadt war die „Pummerin“. Im Jahr 1951 wurde in Sankt Florian die neue Pummerin aus den Trümmern der alten Glocke als Geschenk des Bundeslandes Oberösterreich gegossen. Ein jubelnder Festzug begleitete sie quer durch die sowjetische Besatzungszone bis nach Wien. Das erste Mal wurde sie am 27. April 1952 wieder geläutet. Der Stephansdom war aufgebaut und wieder ganz: Und Österreichs Einheit, Freiheit und Wiederaufbau wurden machtvoll demonstriert. Dass die Pummerin, die sonst nur zu den höchsten kirchlichen Festtagen und beim Tod oder der Inthronisation eines Papstes oder Wiener Erzbischofs zu hören ist, am 15. Mai 1955 die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages verkündete, hatte hohe Symbolkraft.

„Die Lebenskraft eines Zeitalters liegt nicht in seiner Ernte, sondern in seiner Aussaat“. In seiner Kulturpolitik hat Heinrich Gleißner diesen Satz verwirklicht. 22 Jahre war er Kulturreferent des Landes. Die Gründung des Stifter-Instituts, die Landesausstellungen, der Umbau des Landestheaters, zahlreiche Stipendien und Preise für Künstlerinnen und Künstler aller Altersgruppen sowie die Initiative zur Gründung des Volksbildungswerkes gingen von ihm aus: ihm war es wichtig, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass sich Kunst und Kultur in Oberösterreich gut entfalten konnten.

Der Erfolg eines Landes beruht auf vielen Säulen. Ein modernes Schulwesen und Universitäten gehören dazu. Um beides hat sich Heinrich Gleißner für Oberösterreich bemüht. Die Idee zur Gründung einer technischen Hochschule war in Oberösterreich seit Kriegsende lebendig. Letztendlich dauerte es 20 Jahre, bis sie verwirklicht werden konnte. Erst 1965 kam es zum Spatenstich für das erste Hörsaal- und Institutsgebäude der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, der heutigen Johannes Kepler Universität Linz – Linz und Oberösterreich hatten damit den Grundstein für ein erfolgreiches wissenschaftliches Zentrum gelegt.

Die Wirtschaftspolitik folgte klaren Konzepten: eine marktwirtschaftlich orientierte Politik mit einer starken sozialen Komponente. Es ging darum, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, u.a. auch im Fremdenverkehr, den Oberösterreich als erstes Bundesland zeitgemäß geregelt hat. Gleißner hat sich vehement für den Wiederaufbau der Linzer Schwerindustrie eingesetzt, genauso aber für einen leistungsfähigen Mittelstand. Oberösterreich wurde zur dynamischsten und exportintensivsten Wirtschaftsregion Österreichs. Der Raab-Kamitz-Kurs, der mit dem Jahr 1953 eingeleitet wurde, bereitete die wirtschaftspolitische Grundlage für das Wirtschaftswunder. Auch an den weiteren Ausbau des Sozialstaates konnte gedacht werden. Ein wichtiger Schritt war das ASVG. Für die Bauern brachten die Zuschussrenten den Anfang einer Altersabsicherung. Im gewerblichen Bereich war der 1951 gefasste Beschluss, in den Handelskammern einen „Altersunterstützungsfonds“ einzurichten, der erste Schritt zu einer gesetzlich geregelten Altersversorgung. Erster Vorsitzender dieses Fonds wurde der Wirtschaftsbündler und Trauner Schneidermeister Josef Pühringer, der Vater des heutigen Landeshauptmanns.

Am 8. Landesparteitag am Dreikönigstag des Jahres 1955, noch in Unkenntnis der sich so plötzlich ergebenden Chance der Finalisierung der Staatsvertragsverhandlungen, konnte Landeshauptmann Dr. Gleißner den Delegierten eindringlich die großen Leistungen der ÖVP im Lande und in den Gemeinden vor Augen führen. Er zog eine Zehnjahresbilanz: "Zehn Jahre Wiederaufbau unter der ausschlaggebenden Führung der Österreichischen Volkspartei haben unserem Bundesland einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben, der in ganz Österreich Anerkennung findet. Im kommenden Herbst wird die Bevölkerung unseres Bundeslandes zur Wahl des Landtages und der Gemeindeausschüsse aufgerufen. Mit

Sicherheit und Zuversicht kann dann die Wählerschaft wieder die Führung des Landes jener Partei anvertrauen, die durch die Erfolge allen Bevölkerungsschichten die Gewissheit gibt, dass sie als Österreichische Volkspartei der feste Garant für eine Politik des zunehmenden Wohlstands ist."

Die ÖVP konnte sich anschicken, aus dem Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, dem Staatsvertrag, der wieder errungenen Souveränität und der Sicherung der Einheit des Landes den verdienten Lohn einzufahren. Der Wahlerfolg bei den Landtagswahlen des Jahres 1955 musste aber erkämpft werden. Die über Jahre hinweg vorangetriebene Aufbauarbeit im Parteiapparat konnte genutzt und eingesetzt werden. Man begann sich neuer Formen der Wahlwerbung zu bedienen. Die neu geschaffene Wahlzeitung "Heimatruf", welche in drei Tiefdruck- und vier Rotationsausgaben herauskam und jeweils an alle 360000 oberösterreichischen Haushalte per Postwurf zum Versand kam, wurde zum Hit. Ein eigener Wahlfilm "Die Heimat ruft" war ebenfalls so erfolgsträchtig, dass er ein Jahr später von der Bundesparteileitung auf gesamtösterreichische Verhältnisse umgearbeitet und für die Nationalratswahl 1956 eingesetzt wurde.

Bei den Landtagswahlen im Staatsvertragsjahr 1955, die nicht mehr gemeinsam mit den Nationalratswahlen stattfanden, konnte die ÖVP mit einem Plus von drei Prozent (48,1 Prozent) die Verluste von 1949 etwas wettmachen. Die absolute Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung wurde wieder erreicht. Die zur "Freiheitlichen Wählergemeinschaft" mutierte WdU erzielte nur mehr 9,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der positive Trend konnte bei den Nationalratswahlen 1956 verfestigt werden: Erstmals seit 1945 gelang es am 13. Mai 1956 der ÖVP Oberösterreich, mit 50,4 Prozent wieder mehr als die Hälfte der Stimmen zu erringen. Für die Bundespräsidentenwahl 1957 präsentierte die ÖVP einen gemeinsamen Bundespräsidentenskandidaten mit der FPÖ, den Linzer Mediziner Prof. Wolfgang Denk. Doch Denk blieb am 5. Mai 1957 um knapp 100.000 Stimmen hinter dem SPÖ-Kandidaten Adolf Schärf zurück. Wie schon 1951 neigten die freiheitlichen Sympathisanten nicht zu einem ÖVP-Kandidaten und folgten ihrer Parteilinie nicht. Die Flüsterparole: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“, habe ihre Wirkung getan, meinten manche; andererseits war es auffällig, dass Denk gerade in manchen Hochburgen der ÖVP unterdurchschnittlich abgeschnitten hatte. Spötter sprachen damals von einem „Denk-Fehler“ Raabs.

1955 gab es entscheidende personalpolitische Weichenstellungen: Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Kern war am Vormittag des Wahltages, dem 23. Oktober 1955, einer zehn Tage vorher erlittenen Herzattacke erlegen. Als sein Nachfolger als Bauernbunddirektor wurde 1956 Georg Schreiner bestellt. Landeshauptmannstellvertreter wurde Johann Blöchl. Kerns Position als Landesrat erhielt der junge Dr. Erwin Wenzl, der die Partei so erfolgreich reorganisiert hatte. Neu in der Landesregierung war auch der Beamte Theodor Pritsch. Die neue Landesregierung hatte wieder fünf ÖVP-Mitglieder: Dr. Heinrich Gleißner, Johann Blöchl, Hermann Kletzmayer, Theodor Pritsch und Dr. Erwin Wenzl.

Als Krönung des Staatsvertragsjahres und große politische Hauptaktion im Wahljahr war das große Erntedankfest 1955 mit der Weihe der neuen Bauernbund-Landesfahne gedacht: Es sollte vor allem ein Fest des wieder freien und völlig vereinten Oberösterreich sein. Im Vorsommer des Jahres 1955 standen die Anschaffung einer Landesfahne und ihre Weihe auf der Tagesordnung einer Bauernbund-Vorstandssitzung. Felix Kern stellte den Antrag, dass der Bauernbund eine große Wallfahrt auf den Pöstlingberg veranstalten solle, bei der auch die Fahne geweiht werden möge. Blöchl widersprach, wie er selbst in seinen Erinnerungen schrieb: "'Erstens', sagte ich, 'der Bauernbund hat sich bisher mit großem Erfolg bemüht, auch die Protestanten in seine Reihen zu bringen. Wenn nun die Landesfahne an einem Marien-Wallfahrtsort geweiht werden soll, nimmt kein protestantischer Bauer an der Feier teil und, was schlimmer ist, wir stoßen unsere protestantischen Mitglieder vor den

Kopf."⁶⁷ Kern und Schreiner verteidigten den Pöstlingbergplan. Aber dann wurde doch einstimmig der Beschluss für ein neutrales Erntedankfest gefasst. Das für Oberösterreich sprichwörtliche Konsensklimate behielt die Oberhand.

Der Parteiapparat wurde systematisch verbreitert. Der Oö. Pensionisten- und Rentnerbund, bzw. der Oö. Rentnerbund, so sein erster Name, der Vorläufer des Oberösterreichischen Seniorenbundes, wurde am 26. Juni 1956 gegründet, durchaus früh im Vergleich zu anderen Bundesländern. Es dauerte geraume Zeit, bis über das ganze Land ein Netz von Bezirksleitungen und Ortsgruppen gezogen war. Einfacher war das auf dem Lande, schwieriger in den Städten und insbesondere in der Landeshauptstadt Linz. Sich gegenüber dem sozialistischen "Pensionistenverband", der sich offiziell als überparteilich deklarierte, durchzusetzen, war nicht leicht. Josef Ratzenböck, der ab 1955 de facto für Wenzl die Agenden des Parteisekretärs führte, auch wenn Wenzl sich alle wesentlichen Entscheidungen als Parteisekretär vorbehielt, wurde auch zum Motor des Rentnerbunds. Die Gründung war notwendig geworden, als die neuen Sozialgesetze kamen und der Beratungsbedarf für ältere Menschen enorm anstieg.

Ende der 50er Jahre gehörten dem O.Ö. Bauern- und Kleinhäuslerbund etwa 51000 Stammmitglieder an. Bei den Landwirtschaftskammerwahlen am 30. Oktober 1955 erzielte der Bauernbund bei 117640 abgegebenen gültigen Stimmen 110146 Stimmen und damit fast 94 Prozent und konnte damit gegenüber 1949 fast 18000 Stimmen dazu gewinnen. Der Arbeitsbauernbund und die VdU-Bauernschaft, die zusammen mit dem Allgemeinen Bauernverband unter der Listenbezeichnung "Überparteiliche bäuerliche Wahlgemeinschaft" kandidiert hatten, erreichten mit 7494 Stimmen etwa 6 Prozent der abgegebenen Stimmen und statt der früheren insgesamt 4 Mandate nur 2 Mandate. Der O.Ö. Bauern- und Kleinhäuslerbund konnte seine Mandatszahl auf 29 erhöhen.

Die bündische Struktur der Partei, die in Oberösterreich neben den Bauern auch die "Kleinhäusler" ausdrücklich hervorhob, bewährte sich: Am 18. Dezember 1957 wurde im Nationalrat das Gesetz über die landwirtschaftlichen Zuschussrenten beschlossen. Johann Blöchl war einer der Vorkämpfer dafür. Der Direktor des Österreichischen Bauernbundes, Bundesminister Ferdinand Graf, nahm anlässlich des Welser Volksfestes 1956 zur Zuschussrente eine negative Position ein. Blöchl meinte in seinem Schlusswort dazu: "Jene Standeskollegen, die auf die paar Schillinge im Alter nicht anstehen, für die ist's um so besser. Aber es sind Tausende unter uns, die, wenn sie alt geworden sind, um diese Schillinge froh sein werden. Denn auch die Großmutter der Kleinen unter uns wird eine Freude haben, am Sonntag ihren Enkeln etwas mitbringen zu können. Und - vergessen wir nicht: die Kleinen unter uns sind die politischen Feldwachen unserer stolzen Vierkanter."⁶⁸ Im übrigen war es laut Blöchl der Oberösterreichische Bauern- und Kleinhäuslerbund, der zusammen mit der Landwirtschaftskrankenkasse die entsprechenden Unterlagen für das Gesetz ausarbeitete. "Dass ich den Kleinhäuslern aus der Seele gesprochen habe, dessen wurde ich von ihnen lange noch stets versichert", schrieb Blöchl Jahre später.⁶⁹

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 10. Mai 1959, bei der die oberösterreichische ÖVP etwa 3 Prozent der Stimmen einbüßte, den Mandatsstand aber halten konnte, lag besser als der Bundestrend. Das Ergebnis bei der Landtagswahl 1961 wurde von Wenzl so kommentiert, dass "weder der starke Strukturwandel und die zunehmende Verstädterung, von deren weiterem Fortschreiten sich die SPÖ sozusagen automatisch und zwangsläufig die zur Erlangung der Mehrheit nötigen Stimmen erhoffte, noch die tiefgreifende Verjüngung des Wählerstockes die Stellung der Volkspartei im Lande erschüttern konnten."

Die Wahlniederlage 1959 gab den Anstoß zu einer österreichweiten Reform der Jugendorganisation. War bislang der Jugend wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, so rückte die Jugendarbeit nunmehr stärker in den Vordergrund. 1959 war Hans Winetzhammer zum Landesobmann der ÖJB gewählt worden, und blieb es neun Jahre. Die Umbenennung

auf „Junge Generation in der Volkspartei“ war ein Signal. Die Erfindung der „Jugendparlamente“ im Jahr 1961, bald in ganz Österreich nachgeahmt, lockte nicht nur viele junge Leute an, sondern machte auch Politikstars.

Der Erfolg bei der Landtagswahl vom 22. Oktober 1961 konnte bei der Nationalratswahl am 18. November 1962 praktisch wiederholt werden. Das war auch das Resultat einer erfolgreichen Nachwuchsarbeit. Die Förderung der Jugend war Dr. Erwin Wenzl immer ein besonderes Anliegen. Die von ihm und Winetzhammer ins Leben gerufenen „Jugendparlamente“, bei denen sich Bundes- und Landespolitiker den kritischen Fragen junger Menschen stellten, waren ein voller Erfolg für beide Seiten: Jugendliche konnten unmittelbar mit Politikern über alles diskutieren, was ihnen wichtig war. Und Politiker hörten direkt, was junge Menschen über die Entwicklung des Landes dachten. Die „Jugendparlamente“ haben viel dazu beigetragen, die ÖVP für junge Menschen zu öffnen und ihr somit eine gute Basis für die Zukunft zu legen. 1963 konnte die ÖVP stolz berichten: Unter allen Großparteien hat die Volkspartei den höchsten Anteil an Gemeindefunktionären im Alter von 25 bis 30 Jahren.

IV. Erwin Wenzl oder „der Wille zur Tat“

Ich habe mich nie gescheut, Verantwortung zu tragen
Erwin Wenzl

Wenzl der Schrittmacher

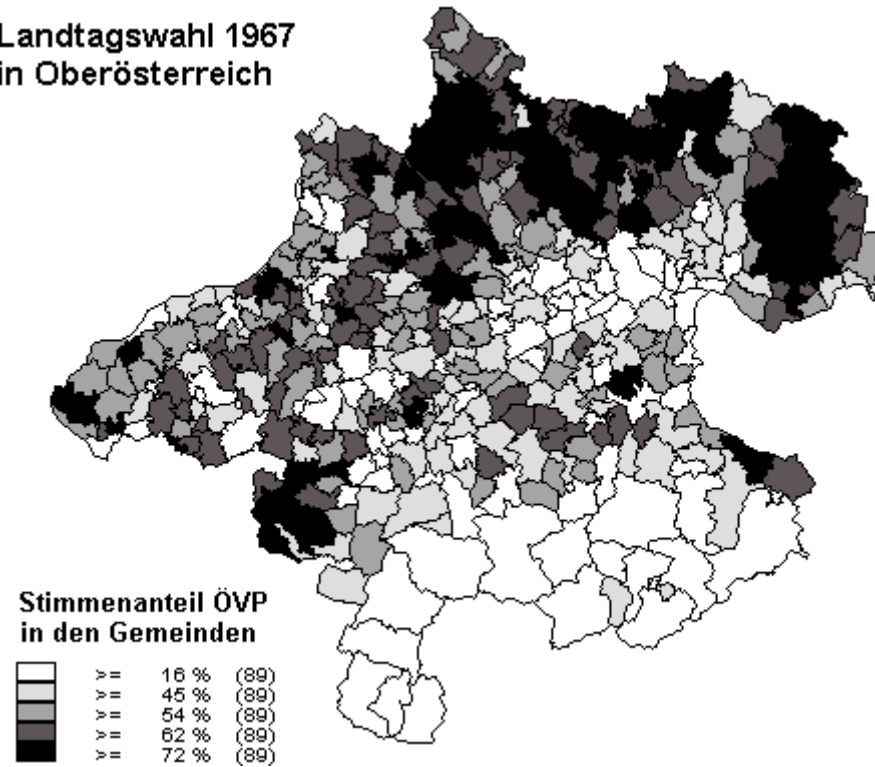
Die sechziger Jahre waren eine Zeit des Umbruchs. Die erste Phase des Wirtschaftswunders, des Raab-Kamitz-Kurses und der Etablierung des Sozialstaats, ging dem Ende zu. Strukturänderungen waren gefordert. In der Bundespolitik wurden die großen alten Männer der Volkspartei, die aus ihrem politischen Gefühl heraus regiert hatten, von jüngeren Kräften abgelöst, die sich immer mehr die Instrumente der neuen Sozial- und Kommunikationswissenschaften und deren zugehörige Techniken zunutze machten. Ein Generationenwechsel erfolgte auch in der oberösterreichischen Landespolitik. LR Kletzmayer schied 1961 aus der Landesregierung aus, statt ihm rückte der Rechtsanwalt Dr. Heinrich Wildfellner nach. Ök.-Rat Johann Blöchl legte am 15. Jänner 1966 sein Landtagsmandat zurück und trat gleichzeitig aus der Landesregierung aus. Das Referat in der Landesregierung übernahm der Präsident der oö. Landwirtschaftskammer Johann Diwold (1911-1978), der schon am 29. März 1965 Blöchl auch als Obmann des OÖ. Bauern- und Kleinhauslerbundes nachgefolgt war. Mit 19. Oktober 1966 trat Landesrat Theodor Pritsch in den Ruhestand. Sein Referat übernahm der Landesbeamte Gerhard Possart, der Pritsch mit 30. April 1966 schon als Landesobmann des ÖAAB abgelöst hatte. In die Position des Landeshauptmannstellvertreters rückte Landesrat Dr. Erwin Wenzl nach.

Wenzl machte Statistik, Politologie und Marktforschung für seine politischen Aktivitäten nutzbar. So kam es Anfang 1961 zum Kontakt mit dem Meinungsforscher Erich Peter Neumann (Institut für Demoskopie Allensbach), der für Wenzls weiteren Aktivitäten bestimmend wurde. Das ging so weit, dass Wenzl, der später in einem fulminanten Persönlichkeitswahlkampf einen eindrucksvollen Wahlsieg einfuhr, vorerst eher mit dem Image des trockenen Technokraten zu kämpfen hatte. Er begründete den Statistischen Dienst im Amt der Landesregierung und passte Programm und Praxis der Volkspartei der geänderten Bevölkerungsstruktur an. Auch die Wahlprognose wurde zum Instrument. Der

Landesstatistiker Hofrat Dr. Otto Lackinger machte sich hier unentbehrlich. Das war nicht nur ein Mittel, die Neugier am Wahltag möglichst früh zu befriedigen, sondern machte es möglich, mit dem gewonnenen Informationsvorsprung früher als die anderen auf das Ergebnis zu reagieren.

Die Landtagswahl vom 22. Oktober 1967, als Gegenbewegung zum großen Wahlsieg der ÖVP bei der Nationalratswahl vom 6. März 1966 und der darauf folgenden ÖVP-Alleinregierung, hatte der ÖVP Oberösterreich einen Rückschlag auf 45,2 Prozent der Stimmen gebracht. Erstmals wurde die ÖVP in Oberösterreich von der Sozialistischen Partei mit 46 Prozent der Stimmen überholt. Die ÖVP hatte nicht bloß die absolute, sondern zum ersten und einzigen Mal bei Landtagswahlen in Oberösterreich auch ihre relative Mehrheit eingebüßt. Die ÖVP verlor zwei Landtagsmandate. Es kam mit je 23 Mandaten zu einem Mandatsgleichstand der beiden Großparteien. Die ÖVP verfügte über 23 Mandate, SPÖ und FPÖ zusammen über 25.

Landtagswahl 1967 in Oberösterreich



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Die an sich auf zwei Mandate zusammengeschrumpfte FPÖ wurde bezüglich der Wahl des Landeshauptmanns zum Zünglein an der Waage. Verhandlungen wurden von beiden Großparteien geführt. Doch konnte die ÖVP das in zahlreichen Situationen aufgebaute gute Verhältnis zur FPÖ ausspielen und auch ihren Informationsvorsprung ausnutzen.

Schon um 15 Uhr konnte Otto Lackinger dem Landespartei sekretär Wenzl erste präzise Voraussagen liefern und melden: „ÖVP nach Stimmen deutlich hinter der SPÖ, nach Mandaten bestenfalls Gleichstand“ Darauf Dr. Wenzl: Ist das sicher?“ – „Zu 95 Prozent“ – „Dann heißt es rasch handeln!“ Ein erstes vertrauliches Gespräch mit FPÖ-Obmann Friedrich Peter kam schon am Nachmittag zustande, und noch am Wahlabend wurden die entscheidenden Weichenstellungen und Abmachungen getroffen.⁷⁰ Erwin Wenzl und

Friedrich Peter, die sich aus der Jugendzeit, die beide im Wolfsegger Revier verbracht hatten, gut kannten, machten noch in der Wahlnacht von 1 Uhr bis 5 Uhr früh zusammen mit Leopold Helbich den sogenannten Gleissner-Peter-Pakt, eigentlich Wenzl-Peter-Pakt perfekt. Auch spätere persönliche Interventionen des SPÖ-Bundesparteiobmanns Bruno Kreisky bei Friedrich Peter konnten daran nichts mehr ändern (im Unterschied zur Achse Kreisky-Peter auf Bundesebene in den Jahren 1970/71).

So konnte Dr. Wenzl in einer Blitzaktion nicht nur für Dr. Gleißner die Unterstützung durch die FPÖ sichern, mit Zugeständnissen an Friedrich Peter und die FPÖ (Alois Bachinger als 3. Landtagspräsident, Karl Maier amtsführender Präsident des Landesschulrates, Friedrich Peter Landesschulinspektor), sondern dieses Abkommen für die gesamte Legislaturperiode abschließen, so dass auch Dr. Wenzl selbst als Nachfolger Gleißners mit der Unterstützung durch die FPÖ rechnen konnte, was dann 1971 zum Tragen kam.⁷¹

Viele kritisierten die Zugeständnisse an die FPÖ als zu hoch. Entscheidend aber war, in der Übergangssituation der Wahljahre nicht nur 1967, sondern auch 1973, als es nicht mehr um die weitgehend unangreifbare Person Gleißners, sondern um den nachgerückten Wenzl ging, die Position des Landeshauptmanns nicht zu verlieren. So konnte die 1967 getroffene Absprache zwischen Gleißner und Peter 1973 in einem Abkommen zwischen Erwin Wenzl und Horst Schender wieder aufgenommen werden. Die FPÖ als Zünglein an der Waage stimmte jeweils für den ÖVP-Kandidaten.

Die Zusammensetzung der ÖVP-Landesregierungsmannschaft blieb 1967 vorerst unverändert. Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner, der am 5. April 1971 das 78. Lebensjahr überschritt und die Funktion des Landeshauptmanns von 1934 bis 1938 und von 1945 bis 1971 ausgeübt hatte, legte in diesem Jahr sein Amt zurück. Die Nachfolge trat sein über zwei Jahrzehnte hinweg engster Mitarbeiter Dr. Erwin Wenzl an, der am 1. Dezember 1968 bereits die Funktion des Landesparteiobmanns von ihm übernommen hatte und bereits seit 1966 Landeshauptmannstellvertreter war. Er wurde am 3. Mai 1971 mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ gewählt. Mit 1. Jänner 1969 erfolgte die Bestellung von Dr. Josef Ratzenböck zum neuen Landesparteisekretär. Insgesamt war bis 1971 die Generationenablöse abgeschlossen. Das Revirement an der Landesspitze löste auch eine große Umgruppierung in der Landesregierung aus. Neuer Landeshauptmannstellvertreter wurde Gerhard Possart. Auch der Präsident der OÖ. Handelskammer Dr. Franz Schütz legte sein Landtagsmandat zurück. Sein Nachfolger wurde der Landesobmann des Wirtschaftsbundes Rudolf Trauner. Er übernahm auch den Sitz in der Landesregierung, den der bisherige Landesrat Dr. Heinrich Wildfellner innegehabt hatte. Wenzls Regierungssitz übernahm Dr. Lelio Spannocchi, der zum Landesrat für Finanzen und Kultur bestellt wurde.

Der Umbau der Partei zu einer Serviceeinrichtung wurde in den siebziger Jahren unter Landeshauptmann Wenzl systematisch in Angriff genommen: Der Kontakt mit dem Wähler und Mitbürger sollte enger, direkter und unmittelbarer werden: Lange bevor es den „Ombudsmann“ und die „Landes-Informations- und Beratungsstelle“ gab, forderte Landesparteiobmann Wenzl am 20. Landesparteitag 1971 staatliche Service-Einrichtungen. Der 21. Landesparteitag am 23. April 1972 wurde unter das Motto „Dienst am Menschen in Oberösterreich“ gestellt. Es war ein Parteitag neuen Stils. Mit dem „Wählerservice der Volkspartei“, das vor allem in Wohnbauangelegenheiten, in Fragen der Familienförderung, des Pflegegeldes und bei zahlreichen Spezialthemen dem Wähler Rat und Hilfe bieten sollte, wurde die oberösterreichische Volkspartei für andere Parteien modellgebend, nicht nur in Österreich, sondern weit über die Landesgrenzen hinaus bei der bayerischen CSU und baden-württembergischen CDU. Voraussetzung war eine gründliche Schulung und Vorbereitung der örtlichen Funktionäre. Die innerparteiliche Demokratie sollte durch geheime Abstimmungen gestärkt werden. Richtungsweisend wurden auch die „Jugendparlamente“.⁷²

Wenzls besondere Vorliebe galt der Statistik und Planung. Die von ihm schon als Landespartei sekretär begonnene wissenschaftlich-statistische Reflexion der Parteiarbeit wurde in seiner Parteiobmann- und Landeshauptmannzeit systematisch fortgesetzt: In der Festschrift zum 19. Landesparteitag veröffentlichte Landespartei sekretär Dr. Ratzenböck eine eingehende Analyse aller Arbeiterkammerwahlen. Dieser 19. Landesparteitag stand unter dem Generalthema Raumordnung und stimmungsmäßig ganz im Zeichen der bevorstehenden Nationalratswahlen. Zur Landtagswahl 1973 wurden die neun Landespläne erstellt. 1976 folgte die Halbzeitbilanz ihrer Verwirklichung, 1979 das Schlussresumee. Der Parteitag 1974 stand unter dem Motto "Die Pläne verwirklichen". Die ÖVP verstand sich als "Schrittmacher moderner Politik", wie ein besonders erfolgreiches Wahlplakat mit Dr. Wenzl übertitelt war.

Wenzl der Löwe

Bei der Landtagswahl 1973 stellte die ÖVP bewusst Erwin Wenzls Persönlichkeit in den Vordergrund. Die ÖVP präsentierte ihn, der im Sternzeichen des Löwen geboren war, in bis heute unvergessenen Plakaten und Broschüren als Löwen, auf einer Honda und mit seinem Regierungsteam im geländetüchtigen Haflinger. Dem "Löwen" als Symbolfigur, der die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten in ein dynamisches Licht rückte, hatte die Sozialistische Partei nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Eine demoskopische Erhebung der Wählererwartungen, die im März 1972 durchgeführt worden war, hatte Dynamik, Entscheidungsfreude, Flexibilität und Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen als Haupterwartungen, die an die politischen Spitzenakteure gestellt wurden, erbracht. Mit dem "Wenzl-Honda-Plakat" ("Unser LH dreht voll auf") wurde die Personifizierung des Wahlkampfes eingeleitet. Diese Strategie erfuhr mit den legendären "Löwen-Plakaten" eine konsequente Fortsetzung und wurde mit "Wenzl, dem Schrittmacher" abgeschlossen: „Erwin Wenzl – der Schrittmacher einer sicheren Zukunft!“⁷³ Neu war auch die Bekenntnisstrategie: "Wenzl-Löwen-Leibchen", Autoplaketten "I like Wenzl den Löwen" oder das Wenzl-Personen-Komitee suggerierten der Öffentlichkeit die quantitative Dominanz und Durchschlagskraft der ÖVP-Anhänger. Eigene Jugend-Komitees wurden gegründet. Ideenreich war auch die JVP: Angefangen bei den Diskussionen unter dem provokanten Motto „Politiker in der Zange“ bis hin zu der Wenzl-Ralley „Auf der Spur des Löwen“ ließ sie der Kreativität freien Lauf. Es gab sogar einen eigenen Wenzl-Song!

Es war eine Wahl der Jugend. Über das Vorwahlmodell, das erstmals in Oberösterreich durchgeführt wurde, kamen über 500 ÖVP-Jugend-Vertreter zwischen 21 und 30 Jahren in die Gemeinderäte. Nutznießer dieser neuen Regelung war z.B. auch Josef Pühringer, der aufgrund der Vorwahlergebnisse in Traun nicht nur in den Gemeinderat einziehen, sondern sofort auch eine Stadtratsfunktion bekleiden konnte.⁷⁴ Die JVP wurde unter ihrem Obmann Werner Wigelbeyer zu einer starken Organisation. Die Zahl der Mitglieder stieg von 4000 auf 16000, unter seinem Nachfolger Pühringer bis 1980 auf über 36000.

Die Landtagswahl am 21. Oktober 1973 wurde für die Österreichische Volkspartei nach dem Landeshauptmannwechsel und dem Neuantreten des im Vergleich zu Gleißner von vielen Beobachtern als "farblos" oder "trocken" eingeschätzten Wenzl zu einem in diesem Ausmaß nur von den größten Optimisten erwarteten Erfolg. Das Wahlziel, stimmen- und mandatsstärkste Partei zu werden, wurde voll erreicht, auch wenn zur absoluten Mehrheit mit 28 Mandaten in dem von 48 auf 56 Mitglieder aufgestockten Landtag ein Mandat fehlte. Sicherlich war der Wahlerfolg 1973 auch eine Reaktion auf das ungünstige Ergebnis der Nationalratswahl 1971 und die absolute Mehrheit der SPÖ im Bund. Aber es war auch das Ergebnis konsequenter Arbeit im Lande, mit der bereits 1971 begonnen worden war, und das Resultat einer ausgesprochen innovativen und geglückten Wahlkampagne, die Sachthemen

und Persönlichkeitswahlkampf auf sehr attraktive Weise vereinte. Die Sensation und Folge dieser Wahl war die grundlegende Verjüngung der Mandatarsstruktur der Volkspartei.

Während bis zum Jahr 1967 die ÖVP Oberösterreich auf Bundesebene stets bessere oder nur marginal schlechtere Ergebnisse erzielt hatte als auf Landesebene, kehrte sich ab 1967 dieser Trend um. Seit dem Jahr 1955 schnitt die ÖVP stets auf Landesebene auch besser ab als auf kommunaler Ebene, einerseits wohl wegen des Landeshauptmann-Bonus, andererseits auch aus einer gewissen "kommunalen Schwäche", obwohl die Partei in etwa 80 Prozent der Gemeinden den Bürgermeister stellte, aber nur in etwa der Hälfte der Landesbevölkerung. Die ÖVP konnte nur in ganz wenigen größeren Gemeinden den Bürgermeistersessel für sich verbuchen. Die ÖVP dominierte in den kleinen Landgemeinden, während es ihr nicht gelang, sich in den größeren Orten bzw. Städten durchzusetzen.

Die Bundespartei kopierte die erfolgreiche Wahlkampfführung des Jahres 1973. Am Jubiläumsparteitag am 17. April 1975 präsentierte Karl Schleinzer für die bevorstehende Nationalratswahl sein Team der „Jungen Löwen“: Alois Mock, Erhard Busek, Sixtus Lanner, Bertram Jäger, Josef Taus, Josef Krainer jun. und aus Oberösterreich Josef Ratzenböck. Dass es für die ÖVP im Bund nicht so erfolgreich ausging wie auf Landesebene, hatte viele Ursachen.

Trotz des Wahlerfolgs gab es 1973 immer noch einen Mandatsgleichstand zwischen ÖVP einerseits und SPÖ und FPÖ andererseits und damit eine Patt-Situation, die neuerlich die Zustimmung der FPÖ für die Landeshauptmannwahl notwendig machte. Große personelle Veränderungen gingen aber weder mit der Landtagswahl noch mit der Amtsübergabe einher: Die Landesräte Possart und Trauner arbeiteten weiter tatkräftig. Dr. Spannocchi wurde 1973 Erster Präsident des Landtages. Seine Ressorts Finanzen und Kultur übernahm Dr. Josef Ratzenböck.

Seine Ziele, die er 1973 in einer Grundsatzerklärung darlegte, formulierte Wenzl mit der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte, der Förderung des Föderalismus, der Etablierung einer Raumordnung, die die Entvölkerung des ländlichen Raumes verhindert, der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, dem Umweltschutz und der Wohnraumbeschaffung.

Mit einem feinen Gespür für kommende Entwicklungen rückte LH Dr. Wenzl bald nach seinem Amtsantritt den Umweltschutz ins politische Blickfeld: „Beispielgebend für das ganze Bundesgebiet“ (OÖN, 7.12.1971) wurde in Oberösterreich das Jahr 1972 zum weltweit ersten Umweltschutzjahr erklärt. Im Mittelpunkt stand die Sanierung der Seen und Flüsse, was auch umfangreiche und teure Ortskanalnetze erforderlich werden ließ. Aber auch die hundert Orts- und Stadtfahrten leisteten einen enormen Beitrag zur Lärm- und Abgasverminderung.

In punkto Arbeitsplatzsicherung machte sich Wenzl bereits 1972 für den Verbleib der VOEST- Generaldirektion in Linz stark. Auch Raumplanung war ihm stets ein großes Anliegen: Auf seine Veranlassung hin beschloss der Landtag 1972 das Raumordnungsgesetz. Die Erstellung von Flächenwidmungsplänen in den Gemeinden förderte er durch Zuschüsse zu den Planungskosten.

Erwin Wenzl war in seiner politischen Tätigkeit durch die von ihm seit 1955 durch 22 Jahre hindurch ausgeübte Funktion als Landesrat und Leiter des größten Referats, des Baureferats, geprägt, das er nach dem überraschenden Tod seines Mentors Felix Kern übernommen hatte und das er seinerseits wiederum durch seine Dynamik und Sachlichkeit prägte. Getreu der Maxime, dass Bauen ein Dienst für den Bürger sei und gute Straßen eine Voraussetzung für Lebensqualität und eine florierende Wirtschaft bilden, initiierte Wenzl den Bau von Straßen und Infrastruktureinrichtungen: Über 100 Ortsumfahrungen, sechs der acht Donaubrücken, 1844 sonstige Brücken, der Autobahnbau, die Neuerrichtung von Bundesstraßen wie Güterwegen und bäuerlichen Zufahrtsstraßen, die Staubfreimachung, die Ortsplatzgestaltungen, die Orts- und Ringkanalisationen, die Wasserleitungen, der

Hochwasserschutz, der Kraftwerksbau und generell die Stärkung der Infrastruktur des Landes, das waren die großen Errungenschaften dieser Ära.⁷⁵ Wenzl schaffte es, sämtliche Bundes- und Landesstraßen Oberösterreichs staubfrei zu machen: immerhin eine Steigerung von 12 Prozent auf 100 Prozent in gut 20 Jahren.

Als erster Landeshauptmann unterstützte er die Regionalisierung des ORF zur Stärkung der Landesstudios. Ein besonderer Erfolg Wenzls war auch die 1974 vorgeschlagene Objektivierung der Bestellung von Lehrer- und Schulleiterposten.

Zentraler und klarer als die Bundespartei erkannte Wenzl die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit über die Medien. In den 60er Jahren war der Verlust des vom katholischen Pressverein geführten "Volksblatt" derart angestiegen, dass die Umwandlung in ein Wochenblatt oder die Weiterführung in Kooperation mit einem anderen Verlag überlegt wurde. Unter diesen Umständen beschloss das Pressvereinskomitee, Vorbereitungen dafür zu treffen, dass "das Linzer Volksblatt im Jahre 1969 in eine andere Tageszeitung übergeführt oder in eine Wochenzeitung umgewandelt werden" könne. Schließlich gelangte ein Vertrag mit dem Grazer Styria-Verlag zur Unterschriftsreife, der das "Linzer Volksblatt" in eine Oberösterreich-Ausgabe der Tageszeitung "Kleine Zeitung" überleiten sollte.

Zur größten Überraschung aller Beteiligten wurde in jenen Tagen bekannt, dass die oberösterreichische ÖVP interessiert sei, das 'Linzer Volksblatt' zu übernehmen und als offizielle Parteizeitung weiterzuführen. Bei der Pressvereinskomiteesitzung am 16. Juni 1970 schlug Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin Wenzl vor, den vorliegenden Vertragstext mit der Styria nicht zu beschließen, sondern das 'Volksblatt' zu ähnlichen Bedingungen an die oberösterreichische ÖVP zu übergeben. Bei einem Teil der Komiteemitglieder stieß dieser Vorschlag auf Ablehnung: denn in kirchlichen Kreisen hatte das Projekt einer unabhängigen christlichen 'Kleinen Zeitung' viel Sympathie gefunden; mehrere Komiteemitglieder bezweifelten, dass die ÖVP auf Dauer den Verlust der Zeitung tragen könne, während man der Styria mit dem Projekt 'Kleine Zeitung' viel eher zutraute, sich auf dem Markt durchzusetzen, so dass der Landesverlag langfristig mit diesem Druckauftrag rechnen könne.⁷⁶

In der Erinnerung von Zeitzeugen aus der ÖVP stellte sich die Entwicklung etwas anders dar: Aufgrund der wirtschaftlich schwachen Basis des Volksblattes seien von kirchlicher Seite Vertragsverhandlungen mit Styria geführt worden, allerdings ohne Kontaktierung und Einbeziehung der Laienvertreter im Pressverein. Wenzl und Gleißner äußerten sich darüber verwundert bis empört und drängten auf eine "oberösterreichische" Lösung. Wenzl gelang zusammen mit Wirtschaftsbundobmann Rudolf Trauner und Landtagsabgeordneten Hans Winetzhammer mit der Gründung der "Oberösterreichischen Zeitungs-, Verlags- und Vertriebsgesellschaft m.b.H." mit vier Gesellschaftern zu je 25 Prozent (vertreten durch die Landesleitung der ÖVP und die drei Bünde) eine Lösung, die einen Kauf das "Linzer Volksblatt" aus dem Besitz und der Herausgeberschaft des OÖ. Landesverlags möglich machte.⁷⁷ Ab 2. Jänner 1971 erschien das "Linzer Volksblatt" als Parteiorgan der Österreichischen Volkspartei, Landesleitung Oberösterreich, von April 1971 bis 1974 gemeinsam mit der Landesparteileitung Niederösterreich, ab 1974 wieder ohne Niederösterreich und unter dem Titel "Neues Volksblatt".

Auch in der Plakatwerbung setzte die ÖVP auf eigene Stärke. Den Schlusspunkt hinter das immer wieder auftauchende Plakatierungsproblem setzte die OÖ. Volkspartei mit der Reorganisation des Werbeunternehmens "Heimatwerbung". Am 1. Jänner 1973 wurde zwischen der "Heimatwerbung", dem von Dr. Wenzl initiierten, sehr erfolgreichen Plakatierungsunternehmen der ÖVP, und dem "Zeitungsverlag" eine Organgesellschaft hergestellt. Für die "Heimatwerbung" als 100-Prozent-Tochter und den "Zeitungsverlag" wurde als gemeinsamer Geschäftsführer der Finanzreferent der ÖVP Rudolf Trauner eingesetzt.

Als Wenzl am 3. Oktober 1977 seinen Rückzug aus der Landespolitik auf eine Führungsposition in der OKA ankündigte, konnte er mit gutem Gewissen sagen. „Ich habe mich nie gescheut, Verantwortung zu tragen.“ Früh genug hatte er für eine geregelte Nachfolge gesorgt und übergab 1977 sein Amt als Landeshauptmann und Landesparteiobmann an seinen jahrzehntelangen engen Mitarbeiter Dr. Josef Ratzenböck, auch wenn dieser Rückzug für viele überraschend und verfrüht aussehen mochte.

V. Josef Ratzenböck oder „die Nähe zum Bürger“

Politik gilt es als Dienst für den Nächsten, für den Mitbürger zu begreifen
Josef Ratzenböck

Arbeit mit der Partei

Dr. Josef Ratzenböck stand seit 1953 im Dienste der Partei. Rasch entwickelte er sich zur Stütze des damaligen Landesparteisekretärs Dr. Erwin Wenzl, zuerst als Referent und Sachbearbeiter, seit 1955 als faktischer, wenn auch nicht nomineller Landesparteisekretär, seit 1956 auch als Landessekretär des neu gegründeten Pensionisten- und Rentnerbundes, seit 1969 als Landesparteisekretär. Zwischen 1958 und 1973 war er auch Geschäftsführer der „Wohnungsfreunde“ und eignete sich dort seine umfangreichen Kenntnisse in Wohnbaufragen an, die 1968 bei der Neuordnung des Wohnungswesens voll zum Tragen kamen. Seit 1973 trug er als Landesrat für Kultur und Finanzen auch Regierungsverantwortung. In diesem Sinn war für Kontinuität gesorgt, als Ratzenböck 1977 von Wenzl das Amt des Landeshauptmanns übernahm und am 19. Oktober 1977 einstimmig zum Landeshauptmann gewählt wurde. Der Wiederaufbau war längst geschafft. Strukturwandel war angesagt.

Die Grundlage für den politischen Erfolg konnten nur die Sachthemen sein. In der Vorbereitung für den vorverlegten Nationalratswahltermin vom 6. Mai 1979 fand eine Enquete an der Universität Linz statt. Das Grundsatzreferat hielt Univ. Prof. Dr. Helmut Schuster. Es wurden neue Landespläne erarbeitet, die letztlich in dreizehn Sachprogrammen zusammengefasst wurden. Am 26. Landesparteitag am 17. März 1979 im Linzer Brucknerhaus wurde als Wahlkampfauftakt der Entwurf eines "Oberösterreich-Manifestes" präsentiert. Das "Modell Oberösterreich" mit seinen 13 Sachprogrammen konnte im Lauf des Herbstes 1982 in Form von Pressekonferenzen als Halbzeitbilanzen vorgestellt werden.

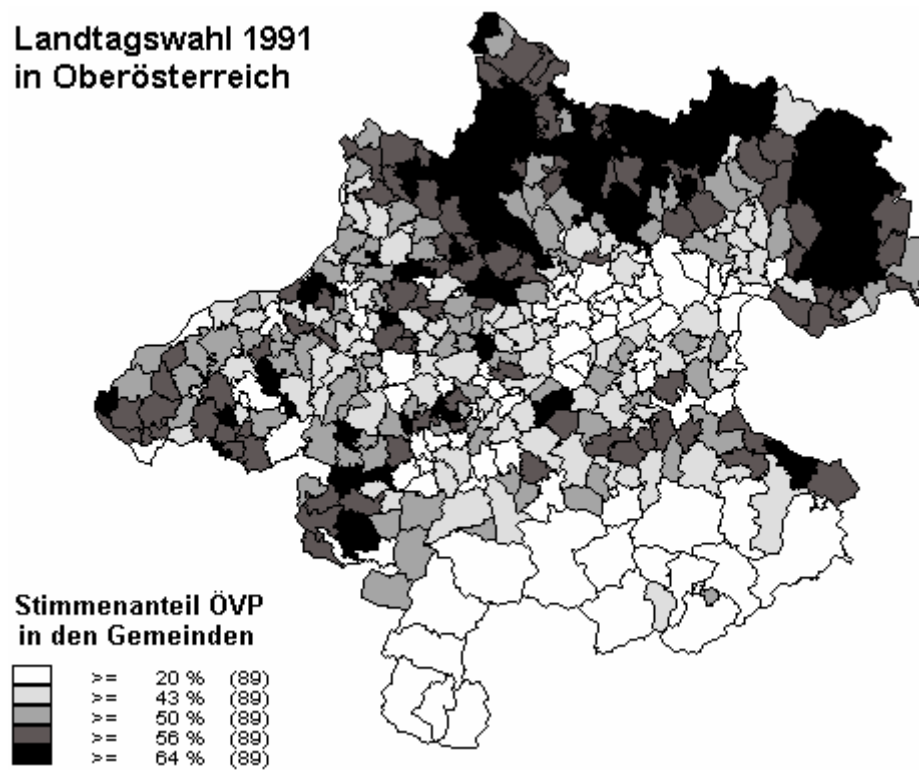
Die Nationalratswahl vom 6. Mai 1979 war für die Landes-VP nach den Worten von LH Ratzenböck "eine herbe Enttäuschung". Umso mehr konnte das Landtagswahlergebnis vom 7. Oktober 1979 als überwältigender Vertrauensbeweis für die Oberösterreichische Volkspartei interpretiert werden. Für die Oberösterreichische Volkspartei war es das beste Ergebnis seit der Wahl des Jahres 1945. Nach Ansicht von Landesparteisekretär Mag. Kukacka bestätigte die Landtagswahl neuerlich die These, dass die soziale Entwicklung in Oberösterreich eher die Volkspartei als die Sozialisten begünstigte. Dieser Trend kam vor allem in den Ballungsräumen zum Tragen. Die früher in Ballungsräumen feststellbare Schwäche der Partei konnte überwunden werden. "Der öö. Volkspartei ist es gelungen", erklärte Kukacka, "diese wahre historische Chance des für sie günstigen gesellschaftlichen Trends durch eine entsprechende Politik zu nützen. Die großen Gewinne in den industrialisierten Gebieten des oberösterreichischen Ballungsraumes bedeuten für die öö. Volkspartei die eigentliche Herausforderung für die Zukunft." Vom Jahr 1979 an verfügte die ÖVP wieder über die absolute Mehrheit im Landtag.

Wieder war es auch eine Wahl der Jugend. Die Zahl der Jugendgemeinderäte konnte noch einmal erheblich gesteigert werden. Mit Friedrich Bernhofer, damals 28 Jahre alt, stellte die JVP den jüngsten Bürgermeister Österreichs. Josef Pühringer rückte als Landesobmann der JVP in den Landtag auf.

Die 1979 errungene absolute Mehrheit konnte 1985 noch weiter ausgebaut werden. Der Vorsprung der ÖVP gegenüber der SPÖ hatte sich zwischen 1979 und 1985 sogar verdoppelt. Entscheidend war allen Analysen zufolge der hohe Landeshauptmannbonus. Der Wahlkampf war wieder ganz bewusst auf diese Personalisierung ausgerichtet. Mit der glaubwürdigen Proklamation der Zusammenarbeit konnte auch jeglicher Ruf der SPÖ nach einem Wechsel oder nach einer Verhinderung der absoluten Mehrheit neutralisiert werden. Die ÖVP wurde stark wie in den Anfangsphasen der Zweiten Republik und errang wieder die absolute Mehrheit.

Die große Koalition war in den 90er Jahren mit dem schier unaufhaltsam scheinenden Vormarsch der FPÖ unter Jörg Haider konfrontiert. Alarmiert vom Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider und von den Wahlergebnissen in anderen Bundesländern versuchte man in Oberösterreich mit dem Slogan "Oberösterreich ist anders" das Ruder herumzureißen. Oberösterreich war insofern anders: die SPÖ verlor bei der Landtagswahl 1991 genauso stark wie die ÖVP. Die ÖVP verlor 6,9 Prozent der Stimmen, die SPÖ 6,6 Prozent. Beide Parteien erreichten ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Die ÖVP büßte erstmals seit 1967 Stimmen und Mandate ein. Die Volkspartei verlor am Land, die SPÖ in den Städten.

Landtagswahl 1991 in Oberösterreich



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Der Austritt von Heide Schmidt und vier weiterer Mandatäre aus der FPÖ und die Gründung des (Links)Liberalen Forums im Jahr 1993 schien zwar den alten Traum Bruno Kreiskys von einer Zersplitterung des bürgerlichen Lagers zu fördern und der SPÖ einen bequemen Koalitionspartner zu liefern. Das Parteienspektrum verbreiterte sich: Statt zwei Großparteien gab es nun drei Mittelparteien und zwei kleine Parteien.

In seiner 18jährigen Amtszeit als Landeshauptmann arbeitete Dr. Ratzenböck mit zahlreichen fähigen Politikern zusammen, von denen bei weitem nicht alle hier genannt werden können: Johann Diwold, Leopold Hofinger, Dr. Albert Leibenfrost, Gerhart Possart, Rudolf Trauner und Johann Winetzhammer, Mag. Helmuth Kukacka, Dr. Josef Pühringer, Dr. Karl Eckmayr und Dr. Christoph Leitl unterstützten ihn als Landesräte, Mag. Kukacka, Dr. Josef Pühringer und Franz Hiesl waren Landesparteisekretäre, Dr. Lelio Spannocchi, Johanna Preinstorfer und Angela Orthner Erste Präsidenten bzw. Präsidentinnen des Landtags und Gerhart Possart, Dr. Hugo Scheuba, Franz Hiesl und Hans Brait waren Klubobmänner.

Leopold Hofinger folgte dem im Mai 1978 früh verstorbenen Johann Diwold als Agrarlandesrat nach. Das Bauressort wurde 1977 von dem 1986 so tragisch verstorbenen LAbg. Hans Winetzhammer übernommen. Neuer Landesparteisekretär wurde Mag. Helmut Kukacka. Nach der Landtagswahl 1979 blieb die ÖVP-Regierungsmannschaft vorerst unverändert. Als Rudolf Trauner 1980 seine Funktion als Landesrat zurücklegte, folgte ihm der Handelskammerbeamte Dr. Albert Leibenfrost. Umso schwerer war der durch den Unfalltod von Landesrat Winetzhammer am 26. 05. 1986 hervorgerufene Verlust. Der bisherige Landesparteisekretär Helmut Kukacka, der die Wahlkämpfe so erfolgreich gemanagt hatte, folgte nach, schied aber bereits nach eineinhalb Jahren im Dezember 1987 wieder aus, um die Funktion des ÖVP-Generalsekretärs in Wien zu übernehmen. Sein Nachfolger in der Landesregierung wurde sein Nachfolger als Landesparteisekretär, Dr. Josef Pühringer. 1989 schied auch Landeshauptmann-Stellvertreter Possart aus der Landesregierung aus, es folgte der Amtsführende Präsident des Landesschulrates Dr. Karl Eckmayr. 1990 folgte Dr. Christoph Leitl auf Dr. Leibenfrost als Landesrat.

Im Dienst des Nächsten

Im Parteileben kam es zu einer wichtigen Neuerung mit der Einführung der Betreuungsmandatare. Jedem Volksvertreter wurde ein Betreuungsgebiet zugeteilt. So wurden insgesamt 48 Betreuungsmandatare aus Nationalrat, Bundesrat, Landtag etc. nominiert, wodurch auf einen Mandatar im Schnitt neun Gemeinden kamen, um so die wünschenswerte Personalisierung des Wahlrechtes vorwegzunehmen. Die Einführung des Persönlichkeitswahlrechtes war kurz vorher in einer Urabstimmung unter den Parteimitgliedern in Oberösterreich zu 86,5 Prozent befürwortet worden. 1982 wurde die zweite Urabstimmung unter Parteimitgliedern durchgeführt, diesmal über fünf Fragen und zwei Landesfragen, unter anderem die Briefwahl.

Das oberösterreichische Klima der Kooperation und Zusammenarbeit, seit den Zeiten von Landeshauptmann Dr. Ebenhoch sprichwörtlich, erhielt durch Ratzenböck eine neue Qualität. Fast alle Beschlüsse der Landesregierung wurden einstimmig gefasst. Partnerschaftlicher Wettbewerb wurde zum Leitmotiv. Ratzenböck hatte 1955 das Wählerservice der Volkspartei gegründet. Als Landeshauptmann behielt er diesen Stil bei und verstärkte ihn. Die wöchentlichen Sprechstunden begannen um 6.00 Uhr früh und noch früher. Das Popularitätshoch der Persönlichkeit des Landeshauptmanns prägte die Stellung der Partei.

Politik galt Dr. Josef Ratzenböck als Handeln für den Nächsten: Davon zeugt auch die breit gespannte Palette an sozialen Maßnahmen, die er nicht nur während seiner Zeit als Landeshauptmann initiierte und umsetzte. Er veranlasste unter anderem die Einführung des Pflegegeldes, bei dem Oberösterreich gemeinsam mit Vorarlberg Vorreiter war und das mittlerweile bundesweit gilt. Auch Beratung und Information waren LH Dr. Ratzenböck schon von Beginn an ein wichtiges Anliegen. Verwirklicht wurde es zum einen durch das Wählerservice, zum anderen auch durch die zu Beginn der 80er Jahre eingeführten Betreuungsmandatare für die einzelnen Gemeinden. Die Sorgen und Wünsche der Senioren

lagen Ratzenböck als Begründer und erstem Landssekretär des Seniorenbundes besonders am Herzen.

Das Jahr 1980 stand unter dem Motto "Jahr der guten Nachbarschaft", eine Idee, die von der öö. Volkspartei geboren, vom Land Oberösterreich in seine Bereiche ausgeweitet und letztlich auch von der Bundesparteileitung für die Gesamtpartei übernommen wurde. Am 9. Juli 1980 wurde in einer Enquete unter dem Motto "Nachbarschaft in der modernen Gesellschaft" Zwischenbilanz durch den Landeshauptmann gezogen. Am 15. Dezember folgte eine schriftliche Zusammenfassung aller Aktionen zur "guten Nachbarschaft". 1981 war das Motto „Jahr der Behinderten“, 1983 das Oberösterreichjahr, 1985 „Verkehrssicherheit“.

Obwohl die 80er Jahre von schweren wirtschaftlichen Problemen – wie z.B. dem Zweiten Erdölchock (1979/80) oder der Krise der Verstaatlichten Industrie – geprägt waren, gelang es, in Oberösterreich die Zahl der Arbeitslosen dennoch vergleichsweise gering zu halten. Sie lagen ausnahmslos unter den gesamtösterreichischen Durchschnitten. Dazu trugen große Erfolge wie die Ansiedlung von BMW in Steyr, auch das ein Erfolg des Verhandlungsgeschickes von LH Ratzenböck, auch im Poker um die Förderhöhe, aber auch das Strukturprogramm für die Wirtschaftsräume in Oberösterreich sowie die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben und des Fremdenverkehrs maßgeblich bei.

Wohnungspolitik und Wohnungsförderung waren dem Wohnbauspezialisten Ratzenböck ein besonderes Anliegen. Aber es blieb nicht nur bei Kampagnen über die Wohnbauförderung – hervorzuheben ist vor allem die von Ratzenböck initiierte begünstigte frühzeitige Rückzahlung von Wohnbadaulehen (Ratzenböck-Plan), die mit Nationalrat Leopold Helbich im Parlament durchgesetzt werden konnte. Zu erwähnen ist auch das Pendlergeld, die Kindergartenfreifahrt...

Auch Umweltschutz war und blieb ein wichtiges Thema: 1980 wurde der Arbeitskreis „Grüne Welle“ gegründet, das Jahr 1982 zum Jahr des Natur- und Umweltschutzes ausgerufen und das Jahr 1986 dem Schutz des Waldes gewidmet. 1989 folgten „Verkehrssicherheit“, 1990 „Abfallvermeidung“ und 1991 „Energiesparen“. Bereits von Anbeginn an engagierte sich Dr. Josef Ratzenböck in der Bewegung gegen das Atomkraftwerk Temelin und die davon ausgehende Gefahr, was ihn aber nicht davon abhielt, sich besonders um die Integration der neuen Nachbarn in Europa zu bemühen.

Landeshauptmann Dr. Ratzenböck gehörte zu den wenigen westeuropäischen Politikern, die lange vor dem Fall des Eisernen Vorhangs Kontakte nach Osteuropa geknüpft hatten. Europäische Politik wurde auf Landesebene immer wichtiger: an der Gründung der ARGE Alpen-Adria in Venedig 1978, der dann auch die Gründung der ARGE Donauländer folgte, war Oberösterreich maßgeblich beteiligt. Es war sicherlich ein Höhepunkt seiner Amtszeit, als der überzeugte Europäer Ratzenböck am 11. Dezember 1989 gemeinsam mit dem südböhmischen Kreisvorsitzenden Dipl.Ing. Miroslav Šenkyř beim oberösterreichisch-tschechischen Grenzübergang Wulowitz eigenhändig den „Eisernen Vorhang“ durchschneiden konnte. Wenige Tage später wurde von den Außenministern Alois Mock und Jiri Dienstbier dieselbe Aktion an der niederösterreichisch-tschechischen Grenze wiederholt.

Im selben Jahr 1989, am 17. Juli, überreichte der österreichische Außenminister Alois Mock im Auftrag der Bundesregierung in Brüssel den Antrag auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft (EG). LH Ratzenböck engagierte sich bereits 1988 als Sprecher der Länder in Fragen des EG/EU-Beitritts und leistete auch zu Beginn der 90er Jahre unermüdliche Überzeugungsarbeit für den Beitritt Österreichs – ein Bemühen, das bei der EU-Beitritts-Abstimmung 1994 in Oberösterreich mit einem überwältigenden Ja (65,5 %) der Landesbürger zum Beitritt honoriert wurde.

18 Jahre war Dr. Josef Ratzenböck Kulturreferent des Landes Oberösterreich. Krönung dieses kulturpolitischen Engagements war die Gründung des Landesmusikschulwerkes im

Jahre 1977, das heute mit 149 Musikschulen mehr als 55000 jungen Menschen aus ganz Oberösterreich die Möglichkeit bietet, qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Musikunterricht zu genießen. Er eröffnete das Landeskulturzentrum Ursulinenhof sowie das Offene Kulturhaus (OK) und unterstützte bestehende Institutionen und traditionelle Kulturformen: Sein Anliegen war die Öffnung des Kulturbegriffs sowie die Förderung von Kultur als gesellschaftliches und politisches Mittel der Integration.

Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck vereinte wie nur ganz wenige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Mut zur größeren Perspektive mit dem Gespür für die Sorgen der Menschen im Land. Ihm waren nicht nur die großen Entwicklungen wichtig, in abertausenden Stunden bei den frühmorgendlich beginnenden Sprechtagen hat er sich der Anliegen aller Oberösterreicher angenommen und auf diese Weise das Land nicht nur durch seine Sachpolitik, sondern auch durch seine Persönlichkeit geprägt.

Unter den wichtigsten Leistungen seiner Amtszeit nennt Ratzenböck immer wieder die Einführung der begünstigten Rückzahlung von Wohnbaudarlehen (Ratzenböck-Plan), die Ansiedlung von BMW in Steyr, die Gründung des Landesmusikschulwerkes. Ratzenböck baute die ÖVP Oberösterreich zu einer Servicepartei im Dienste der Bürgerinnen und Bürger aus. Er hat darüber hinaus die Entwicklung des modernen Oberösterreich durch sein großes soziales Engagement stark beeinflusst.

VI. Josef Pühringer oder „Reden ist wichtig, Handeln entscheidend“

Ich stehe für eine Politik, die den Menschen Optimismus, Zuversicht und Visionen geben will.
Josef Pühringer

Handeln im rechten Augenblick

1995 kam es zur großen Generationenabläse: Dr. Ratzenböck zog sich 66jährig aus der Landespolitik zurück und übergab sein Amt als Landeshauptmann mit 2. März 1995 an Dr. Josef Pühringer. Mit Ratzenböck schied auch Landeshauptmannstellvertreter Karl Eckmayr aus der Regierung, Landesrat Dr. Christoph Leitl folgte ihm als Landeshauptmannstellvertreter mit den wichtigen Ressorts Wirtschaft und Finanzen, Franz Hiesl übernahm dessen Landesratsfunktion. Bereits am 11. Februar war Pühringer mit 97,6 Prozent der Delegiertenstimmen zum Landesparteiobmann der ÖVP Oberösterreich gewählt worden. Erich Watzl wurde als neuer Parteisekretär installiert und Michael Strugl als sein Stellvertreter.

Die Amtsübergabe war von langer Hand vorbereitet und die in den Medien hochgespielte „Kronprinzenfrage“ bereits lange vorher salomonisch gelöst. Für Verstimmung sorgte, dass durch eine Indiskretion in Wien die Nachricht vorzeitig an eine Tageszeitung gelangte. In Oberösterreich hatten alle davon informierten Personen bis zu der für den 26. Jänner 1995 anberaumten Pressekonferenz eisern „dicht“ gehalten.

In seiner Antrittsrede als Landeshauptmann am 2. März 1995 im Oberösterreichischen Landtag betonte Pühringer: „Reden ist wichtig, Handeln entscheidend.“ Dieses Handeln setzte er gemeinsam mit seinen Regierungsmitgliedern und Mitarbeitern – mit Dr. Christoph Leitl, und nachdem dieser 2000 zum Präsidenten der Wirtschaftskammer Österreich gewählt worden war, mit Franz Hiesl als Landeshauptmann-Stellvertreter, Leopold Hofinger, Dr. Walter Aichinger, Josef Fill, Dr. Josef Stockinger und Viktor Sigl als Landesräten, Angela Orthner als Erster Landtagspräsidentin und Hans Brait, Dr. Josef Stockinger und Mag.

Michael Strugl als Klubobleuten bzw. Dr. Erich Watzl, Mag. Michael Strugl und Mag. Thomas Stelzer als Landesparteisekretären bzw. Geschäftsführern – immer wieder unter Beweis, selbst gegen massive Widerstände, wie etwa beim Bau des Wasserkraftwerkes Lambach oder auch bei der Umsetzung einer Erfolg versprechenden „oberösterreichischen Lösung“ für die VOEST-Alpine Stahl AG.

Pühringer lernte rasch, sich in schwierige und ihm gar nicht so vertraute Agenden einzuarbeiten. Als bei der Landtagswahl 1997 ein Sitz in der Landesregierung für die ÖVP verloren ging, schied der Agrarreferent Leopold Hofinger als ältestes Regierungsmitglied aus. Um zu signalisieren, dass die Übernahme der Landwirtschaftsagenden durch einen der vier im Team verbleibenden Landesräte nicht zu einer Minderbewertung des Landwirtschaftsbereiches führen werde, wurde dieser zur Chefsache erklärt.

Die erste große Herausforderung stellte sich in Lambach: Das Wasserkraftwerk Lambach-Edt, dessen Bau für 1982/86 vorgesehen war, hatte bereits 1980 die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau erhalten. Doch die Diskussionen wogten hin und her. 1987 wurde mit der Umplanung auf zwei Stufen Lambach und Saag begonnen, die 1989 zur Genehmigung eingereicht wurden. Das Genehmigungsverfahren zog sich bis 1995 hin. Die Nationalratswahlen vom Dezember 1995 hatten empfindliche Verluste für die Grünen gebracht. Der Kraftwerksbau in Lambach war daher eine willkommene Möglichkeit, sich zu profilieren. Mit den Bauarbeiten wurde am 9. Jänner 1996 begonnen. Die Kraftwerksgegner rekrutierten sich neben örtlichen Bürgerinitiativen aus Vertretern von Global 2000 und des WWF, sie kamen aus einzelnen Gemeinden, politischen Parteien und Medien.

Doch auch die Kraftwerksbefürworter, voran Landeshauptmann Pühringer und mit ihm die ÖVP, konnten auf die Unterstützung durch viele Gruppen rechnen. Der Landeshauptmann hatte Lambach zu seiner Sache gemacht, er war entschlossen, das Kraftwerk zu bauen und wollte sich an diesem Beispiel als konsequenter Politiker, der etwas bewegt, profilieren. Eine Taktik mit sehr hohem Risiko, die letztlich allerdings aufging und von der Bevölkerung honoriert wurde. Die Initiative „Pro Kraftwerk Lambach“ leistete viel Diskussions- und Überzeugungsarbeit vor Ort. Die größte Leistung war allerdings die Sammlung von über 300000 Unterschriften für das Kraftwerk.

Die SPÖ war geteilter Meinung. Einerseits wollte man Pühringer nicht gerne einen Erfolg gönnen, andererseits sah man sehr wohl die Sinnhaftigkeit des Projektes und die damit verbundenen Arbeitsplatz-Interessen. Die Bundes-SPÖ verhandelte zu Beginn des Jahres 1996 mit der ÖVP über die Bildung einer neuen Bundesregierung. Damit konnte die oberösterreichische SPÖ, die in der Lambach-Frage intern gespalten war, auf keine massive Unterstützung im Nationalrat rechnen. Im Jänner 1996 stimmten die aus Oberösterreich stammenden SPÖ-Bundesräte für Lambach. Für Ende Jänner 1996 war auch eine Debatte im Nationalrat zu Lambach vorgesehen.

Kurzfristig kritisch wurde die Situation, als bei Baggerungsarbeiten am 27. Jänner 1996 im Bereich des Krafthauses menschliche Skelette gefunden wurden und die Vermutung auftauchte, es könnte sich um Gebeine ermordeter Juden aus der Zeit der NS-Herrschaft handeln. Wissenschaftliche Untersuchungen konnten sie jedoch als Tote aus dem Bauernkrieg von 1626 identifizieren. Im November 1997 wurden die Bauarbeiten daher nach einem vorübergehenden Baustopp wieder aufgenommen. Im Mai 2000 wurde das Kraftwerk eröffnet. Der politische Gewinner war eindeutig Landeshauptmann Pühringer, der damit den Stillstand einer fortwährenden Verhinderungsstrategie durch einen klugen Kompromiss zwischen der Durchsetzung wichtiger Bauvorhaben und der Umsetzung ökologisch verträglicher Begleitmaßnahmen brechen konnte.

Das historische Ergebnis war nicht nur die Errichtung eines weiteren Kraftwerks. Sondern es war auch richtungsweisend für viele weitere Projekte und ihre Durchsetzbarkeit, vor allem im Straßenbau, etwa in der Fertigstellung der Welser Westspange im Jahr 2003,

dem Lückenschluss der Pyhrnautobahn mit der Tunnelkette Klaus und der Umfahrung Kirchdorf, der Sanierung und dem Ausbau der Westautobahn, der Erneuerung der Nordspange Steyr, der Einhausung der A 7 am Linzer Bindermichl oder der Umfahrung Enns. Daneben wurde und wird in Oberösterreich auch massiv in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investiert, mit der Nahverkehrsdrehscheibe und dem neuen Hauptbahnhof in Linz. Durch die Verlängerung der Bundesstraßen eröffneten sich für Oberösterreich neue Chancen im Straßenbau. Verfahrensabläufe wurden beschleunigt, die letzte Entscheidung liegt seither in Oberösterreich und nicht mehr in Wien.

Eine der größten Herausforderungen an die Regierung Pühringer war die Hochwasserkatastrophe 2002. Bei dieser größten Hochwasserkatastrophe der letzten Jahrzehnte entstand ein Sachschaden von mehr als 1 Milliarde Euro. Rund 300 der 445 Gemeinden des Landes waren betroffen. Vom Katastrophenfonds des Landes wurden mehr als 22.400 Anträge abgewickelt. Mit einem Sonderbudget wurden akute Vorsorgeprojekte neu positioniert. Noch nie wurde soviel Landesgeld in die Hochwasservorsorge investiert.

Politik für die Zukunft

Messbare Erfolge konnte Oberösterreich vor allem auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen: Im Jahr 2000 erreichte Oberösterreich erstmals die niedrigste Arbeitslosenrate aller Bundesländer und konnte diese Spitzenposition seither Jahr für Jahr verteidigen (2004: 4,4 % - der Bundesdurchschnitt betrug 7,1 %). Doch auch in den Jahren davor bewegte sich Oberösterreichs Jahresarbeitslosenrate jeweils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. 1995 lag sie 1,5 Prozentpunkte darunter und konnte mittlerweile auf 2,7 Prozentpunkte unter dem Bundesmittel gedrückt werden. Wesentliche Impulse setzt Oberösterreich auch im Bereich der Jugendausbildung und –beschäftigung.

Die Zahl der Unselbstständig Beschäftigten ist dabei in den zehn Jahren von 1995 bis 2004 in Oberösterreich um 9,7 Prozent gestiegen, von 515.181 im Jahr 1995 auf 562.193 im Jahr 2004. Im Bundesdurchschnitt betrug der Zuwachs im selben Zeitraum nur 4,2 Prozent. Ähnlich war es bei den Selbständigen. Die Zahl der Mitglieder der Wirtschaftskammer Oberösterreich stieg von 47407 im Jahr 1995 auf 71013 im Jahr 2004.

Das Land Oberösterreich ging seit 1995 konsequent den Weg eines ständigen Schuldenabbaus. Eine ausgewogene Budgetpolitik hat die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass die Finanzschulden durch planmäßige und vorzeitige Tilgungen seit 1995 von rd. 828,6 Mio. Euro bis Ende 2001 auf rd. 370,4 Mio. Euro mehr als halbiert werden konnten und seither ganz abgebaut wurden. Seit dem Rechnungsabschluss 1996 gab es in den öö. Landesbudgets keine Netto-Neuverschuldung mehr. Diese Linie wurde auch im Regierungsübereinkommen von 1997 für die gesamte Legislaturperiode bekräftigt. Diese konsequente Budget- und Entschuldungspolitik war und ist ein entscheidender Faktor im internationalen Standortwettbewerb.

Das Landesbudget 2005 ist daher bereits der neunte Landeshaushalt in Folge ohne Netto-Neuverschuldung. Aus der vorzeitigen Rückzahlung und aus dem Barwertverkauf von Wohnbauförderungsdarlehen wurden zusammen rund 1,532 Milliarden Euro Erlöst. Mit diesen Mitteln hat das Land Oberösterreich einen in der jüngsten Finanzpolitik wohl einmaligen Schritt gesetzt: Nach langen Vorbereitungen und konstruktiven Verhandlungen mit den Gläubigern wurden alle bestehenden Schulden vorzeitig getilgt und der verbleibende Verkaufserlös veranlagt. Nach der gänzlichen Rückzahlung der bei verschiedenen Geldinstituten zum Jahresende 2001 noch mit rd. 370,4 Mio. Euro aushaftenden Verbindlichkeiten war das Land Oberösterreich am 22. März 2002 schuldenfrei – als einziges Bundesland in Österreich. Durch den weggefallenen Schuldendienst konnten budgetäre Handlungsspielräume geschaffen werden. Waren im Jahr 1995 noch rd. 41,8 Mio. Euro für

Zinsen auszugeben, so konnte der Zinsendienst im Jahr 2001 auf rd. 21 Mio. Euro reduziert werden und fiel schließlich ganz weg. Die aus dem Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen und von Anteilen an der Energie AG vor allem nach dem Schuldenabbau verbleibenden finanziellen Mittel wurden entsprechend den Bestimmungen der Haushaltsordnung des Landes Oberösterreich veranlagt. Vorerst erfolgte eine kurzfristige Veranlagung, wobei anschließend zu einem geeigneten Zeitpunkt in eine langfristige Veranlagung übergegangen wird. Nach intensiven Verhandlungen mit der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur hat die Oö. Landesregierung am 18. März 2002 beschlossen, dass das Land Oberösterreich dem Bund ein kurzfristiges Darlehen über 500 Mio. Euro gewährt.

Sparen beginnt bei einer effizienten Verwaltung: mit der Eröffnung des Landesdienstleistungszentrum im Dezember 2004, dem Ausbau des Bürgerservice beim Land Oberösterreich (One-Stop-Shop Prinzip), der Aufwertung der Bezirkshauptmannschaften als Bürgerbehörden und der Einführung eines leistungsgerechten und modernen Gehaltssystems im Oö. Landesdienst wurden wichtige Rationalisierungsschritte gesetzt.

„Doch Sparen ist nicht Selbstzweck, es schafft vielmehr den finanziellen Spielraum für ein dicht geknüpfted soziales Netz und für wichtige Zukunftsinvestitionen“, wie LH Pühringer stets betont. Die Zinserträge aus den kurzfristigen und langfristigen Veranlagungen wurden budgetgemäß schwerpunktmäßig für Investitionen in Bildung, Spitalswesen und Verkehr verwendet.

Schon seit Jahren steigt das oberösterreichische Sozialbudget im Vergleich zu den Gesamtausgaben überproportional an. Besonderes Augenmerk wurde und wird auf die Betreuung von Kindern, Kranken, Menschen mit Behinderungen und Senioren gelegt. Die Erreichung der Vollversorgung bei den Kindergärten und ihre Öffnung für Unter-3-Jährige und Schulkinder, der Ausbau und die Sanierung von Heimen, die Offensive und Strukturreform im Spitalsbereich, das Sonderprogramm "Betreubares Wohnen", Familienkarte, Schulbeginnscheck, Familienautozuschuss und der OÖ. Kinderbetreuungsbonus zählen hier zu den wichtigsten Punkten. Im Jahr 2002 wurde in Oberösterreich „die“ Behindertenmilliarde gestartet.

Das gesamte Investitionsprogramm bei den oö. Spitälern, das innerhalb eines Jahrzehntes zu bewerkstelligen ist, beträgt rund 1,7 Mrd. Euro. Mit dieser Spitaloffensive soll eine Modernisierung und Qualitätssteigerung in den oberösterreichischen Krankenhäusern realisiert werden, die vor allem den Patienten, aber auch den Mitarbeitern mehr Qualität bietet. Die wichtigsten Projekte der letzten Jahre: Landesnervenklinik Wagner-Jauregg Linz, Landeskrankenhaus Vöcklabruck, Mutter-Kind-Zentrum Linz, Krankenhaus Steyr, Projekte im Bereich der Ordenskrankenhäuser, insbesondere in Ried und Braunau.

Die im Jahr 2002 begonnene Bildungsoffensive wurde auch in den folgenden Jahren fortgesetzt. Besondere Schwerpunkte waren dabei die Weiterführung der Vorfinanzierung für oö. HTL-Bauten, die Schaffung einer zeitgemäßen Infrastruktur für den Fachhochschulbereich und die Finanzierung zusätzlicher Fachhochschullehrgänge auf Landeskosten, ein zusätzliches Sanierungsprogramm für Pflichtschulen, die Aufwertung des Bruckner-Konservatoriums zur Privatuniversität, die Ausweitung des Bildungskontos.

Ein wichtiges Anliegen ist LH Pühringer die Optimierung der „geistigen Infrastruktur“ des Landes: daher wurden bereits alle oberösterreichischen Schulen an den Education-Highway angeschlossen. Gerade für den ländlichen Raum erhalten schnelle Datenleitungen eine immer größere Bedeutung: daher wurde auch eine umfassende Breitbandinitiative gestartet.

Einen gewaltigen Schub gab es auch im Bereich der Höheren Schulen – fünf neue Standorte in drei Jahren. Massiv ausgebaut werden überdies die Fachhochschulen: derzeit gibt es in Oberösterreich bereits 26 Studiengänge an vier Standorten mit mehr als 3000 Studierenden. Dies ist ein weiteres wichtiges Bildungsangebot neben den mittlerweile schon

vier Universitäten in Oberösterreich. Die Anzahl der Personen in höherer Ausbildung - Besucherinnen und Besucher der höheren Schulen, der hochschulverwandten Lehranstalten und Hochschulen - ist von rund 28.300 im Jahr 1970 auf rund 68.800 im Jahr 2000 angestiegen (+ 143 %). Zum Großteil ist dafür die rasante Entwicklung der Personen in BHS von rund 4.500 auf rund 22.700 (+ 403 %) verantwortlich, aber auch die Zunahme der Studierenden in Linz um 738 Prozent. Allein zwischen 1990 und 2000 stieg die Zahl der Personen in höherer Ausbildung um rund 17.100 oder ein Drittel.

Seit Beginn der Umsetzung des „Strategischen Programms 2000+“ im Jahr 1998 hat sich die Zahl der Forscher in Oberösterreich versechsfacht. In Oberösterreich wurde ein dezentrales Forschungs- und Technologie Netzwerk auf- und ausgebaut. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Softwarepark Hagenberg: Bisher wurden dort rund 60 Mio. Euro investiert und im Herbst letzten Jahres das zweite Fachhochschulgebäude eröffnet. Der Softwarepark beherbergt heute fünf Institute der Johannes Kepler Universität.

„Politik muss auch über den Tellerrand des Heute und der Tagespolitik hinausblicken.“ – dieser Anspruch ist LH Pühringer ein besonderes Anliegen. Eine Möglichkeit dazu boten die „Reichersberger Pfingstgespräche“, bei denen seit 1996 alljährlich zu Pfingsten sich die ÖVP-Spitze im Stift Reichersberg gemeinsam mit Experten, Meinungsbildnern und Interessierten mit grundlegenden Fragen aus Politik und Gesellschaft beschäftigt.

Mit dem „Oberösterreichischen Zukunftsforum“ wurde 1995 die politische Arbeit der ÖVP Oberösterreich auf eine breite Basis gestellt. Experten, Querdenker und Interessierte wurden eingeladen, Ideen und Visionen für das „Oberösterreich von morgen“ einzubringen. Unter dem Namen „Netzwerk Zukunft“ wurde diese Plattform 2002 weitergeführt. Mehr als 650 Experten und Interessierte haben in rund 80 Arbeitsgruppen innovative Konzepte und Vorschläge entwickelt. Parallel dazu fanden politisch-inhaltliche Veranstaltungen zu wichtigen Themen statt. Geleitet wird das „Netzwerk Zukunft“ von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Univ.-Prof. Dr. Erich Peter Klement. Die Ergebnisse dieser „Vordenker-Arbeit“ wurde in einem eigenen „Netzwerk Zukunft“-Buch gesammelt. In weiterer Folge flossen die Ideen auch in das Wahlprogramm der ÖVP Oberösterreich für die Landtagswahl 2003 („Es geht um unser Land – Das Zukunftsprogramm der Oberösterreichischen Volkspartei“) ein.

Politik ist nicht nur für die Menschen, sondern mit den Menschen zu betreiben, war für Dr. Josef Pühringer schon seit seinen politischen Anfängen als JVP-Landesobmann von besonderer Bedeutung, als es ihm darum ging, die Jugend für politisches Engagement zu begeistern. Das persönliche Gespräch mit den Oberösterreichern und Oberösterreichern – etwa bei den Sprechtagen – wurde weiter forciert.

Kunst und Kultur sind die Visitenkarten eines Landes und zugleich ein wichtiger Gradmesser für die Offenheit des gesellschaftlichen Klimas. Der Ausbau des Musikschulwerkes und die Förderung der Volkskultur sind Pühringer ein ebenso großes Anliegen wie der Bau eines neuen Musiktheaters, für das nach vielen Schwierigkeiten nun die Standortentscheidung gefallen ist, sowie die Unterstützung der Nominierung von Linz als Europäische Kulturhauptstadt 2009.

Das Offene Kulturhaus in Linz, das Brucknerjahr 1996 und die Landesausstellung „Vom Ruf zum Nachruf“, die dezentrale Landesausstellung „Land der Hämmer – Heimat Eisenwurz“ 1998, das Kubin-Projekt und Kubin-Haus in Wernstein, das Thomas-Bernhard-Gedenkjahr 1999 mit der Einrichtung eines Thomas-Bernhard-Archivs in Gmunden, die Übernahme der Studienbibliothek in die Verantwortung des Landes, der Ausbau des Musikschulwerkes, Dennis Russell Davies wurde nach Linz geholt – sein Vertrag konnte mittlerweile bis 2014 verlängert werden, die Einrichtung des Verbunds Oberösterreichischer Museen als Service- und Interessenvertretung der fast 300 oberösterreichischen Museen, das Stelzhamerjahr 2002, die Landesausstellung 2002 „Feste feiern“, das Internationale Kinder-

und Jugendtheaterfestival „Schäxpir“ 2002 & 2004, die Ausstellung "Gotik-Schätze Oberösterreich", das Projekt Hartheim: Ausstellung „Wert des Lebens“ und Einrichtung einer Hartheimstiftung, Entscheidung Musiktheaterstandort, Erste grenzüberschreitende Landesausstellung „Grenzenlos“, Florianjahr 2004, Nominierung von Linz als Kulturhauptstadt 2009...

Das Ringen um das Musiktheater konnte nach der Volksbefragung vom 26. November 2000, die für das Projekt eines „Theaters im Berg“ unter dem Linzer Schloss negativ ausgegangen war, inzwischen in einem zweiten Anlauf so weit weitergetrieben und entschieden werden, dass ein neuer Standort auf der Blumau auf den Gründen des ehemaligen Unfallkrankenhauses gefunden ist und die Planungen durchgeführt und ausgeschrieben werden können.

Schwerpunkte im Programm und in der Arbeit waren die Sicherung der Arbeitsplätze, der Ausbau der Infrastruktur, die Profilierung als Bildungs- und Kulturland: der Zuwachs an Maturanten und Akademikern, die Weltoffenheit und Öffnung der Partei. Eigene außenpolitische Aktivitäten des Landes werden immer wichtiger, nicht nur im Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarn im Bereich der EU, zu Südböhmen und Bayern, sondern auch europa- und weltweit, wegen der vielen exportorientierten Betriebe und zur Sicherung der Binnenstandorte




Während das Verhältnis zu Bayern unkompliziert ist, konnten manche Stolpersteine im Verhältnis zu Tschechien nicht beseitigt werden, sei es, weil die EU eine klare Linie in der Atompolitik ebenso wie bei der Lösung der Fragen der Vertriebenen vermissen lässt, sei es, weil auch die infrastrukturellen Anbindungen und die Probleme grenznaher Betriebe nicht zur vollen Zufriedenheit gelöst werden konnten.

Wie seine Vorgänger setzte auch Landeshauptmann Dr. Pühringer auf den politischen Stil der Zusammenarbeit in Oberösterreich. Das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und konstruktive Zusammenarbeit zu pflegen waren dabei zentrale Anliegen. Dass wird auch durch die Konsensquote in der Oö. Landesregierung bestätigt: Seit März 1995 wurden 98,9 Prozent der Regierungsbeschlüsse einstimmig gefasst.

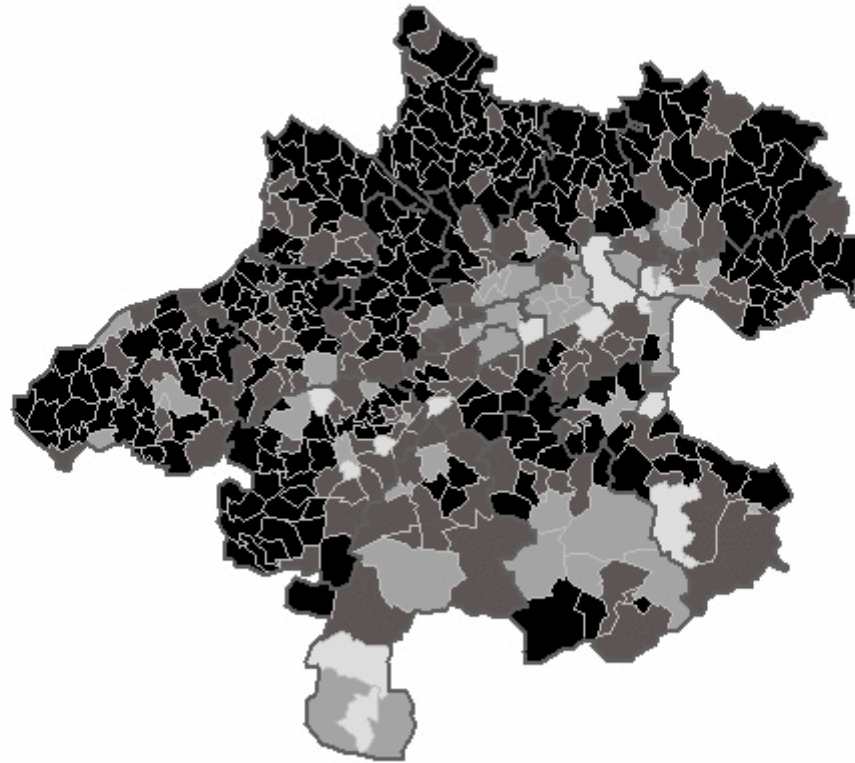
Einmal mehr als politischer Vorreiter erwies sich die ÖVP Oberösterreich nach der Landtagswahl 2003: Mit der Regierungspartnerschaft mit den Grünen wurde nach nicht sehr erfolgreichen Gesprächen mit der SPÖ und manchen innerparteilichen Verstimmungen über das Verhalten der SPÖ im Wahlkampf und in der Interpretation des Wahlergebnisses ein völlig neues Kapitel in der Landespolitik aufgeschlagen: Auch wenn es Vorbehalte und Ängste seitens der Wirtschaft gab und der Anfang Pühringers als Landeshauptmann im Lambach-Konflikt auf einen scharfen Konflikt mit den Grünen hinauszulaufen schien, so entspannte sich das Verhältnis in weiterer Folge und hat sich die Zusammenarbeit seit 2003 als konstruktiv und erfolgreich erwiesen: so wurden auch heikle Fragen wie die Genehmigung des Voest-Investitionsprogramm 2010 gelöst und damit Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro ermöglicht. Wichtige Impulse wurde u.a. auch in den Bereichen Familienförderung, Jugendbeschäftigung und Soziales gesetzt. Umweltpolitische Erfolge wurden auf vielen Fronten erzielt: mit der Schaffung des Nationalparks Kalkalpen, dem Klimaschutzprogramm neu, dem „Minus 11 % CO₂“ durch Ökostromprogramme, mit der Allianz der Gentechnikfreien Regionen, der Biomasseoffensive etc.

Landtagswahl 2003 in Oberösterreich

Stimmenanteil ÖVP

	unter 30% (14)
	30% bis unter 40% (49)
	40% bis unter 50% (134)

■ 50% und mehr (248)



Quelle: Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik.

Effiziente Parteiarbeit – erfolgreiches Land

Die Struktur der ÖVP über die Nachkriegszeit hinweg hat sich stark geändert, das Gewicht der Bünde dramatisch verschoben. Die Zahl der Parteimitglieder konnte seit den fünfziger Jahren etwa verdoppelt werden. Die Zahl der Direktmitglieder ist zwar gering geblieben. Zum weitaus größeren Teil entsteht die Parteimitgliedschaft über den Umweg der Mitgliedschaft in einer der sechs Teilorganisationen, wobei Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften möglich sind. 1980 wurden rund 180000 Parteimitglieder gezählt, 1982 insgesamt 173670. Die Mitgliedszahlen sind bis in die Gegenwart mit etwa 180000 weitgehend konstant geblieben, sind allerdings angesichts möglicher Doppelmitgliedschaften in mehreren Teilorganisationen nicht wirklich aussagekräftig.

Das hervorragendste Kennzeichen der oberösterreichischen ÖVP-Geschichte sind die Kontinuitäten. In 60 Jahren gab es nur vier Landeshauptleute: auf Heinrich Gleißner, der es als Landeshauptmann inklusive der vier Jahre vor 1938 auf insgesamt 30 Jahre brachte, folgte mit nur sechs Jahren Dr. Erwin Wenzl. Aber Ratzenböck brachte es bereits wieder auf 18 Jahre, und Pühringer ist auch schon wieder zehn Jahre im Amt.

Zum wesentlichsten Karrierepool ist seit den 1970er Jahren die JVP geworden, während vorher die Jugendarbeit wenig Bedeutung hatte bzw. vorwiegend über die Katholische Aktion erfolgte. Zur größten Teilorganisation mit mehr als 75000 Mitgliedern sind aber längst die Senioren geworden. Der Wirtschaftsbund ist mit etwa 15000 Mitgliedern die stärkste

Wirtschaftsorganisation im Land. Immer noch aber ist Oberösterreich, was die Rekrutierung seiner politischen Vertreter betrifft, auch ein Bauernland geblieben. Der ländliche Raum ist in der Rekrutierung der Landtagsabgeordneten hervorragend vertreten. Unter den Regierungsmitgliedern stellen die öffentlich Bediensteten die stärkste Gruppe.

Unter den Landtagsabgeordneten der ÖVP dominierten seit 1945 immer die Bauern. Nur einmal, 1985 wurden sie zahlenmäßig von den öffentlich Bediensteten überholt. Es ist klar, dass der Bauernanteil 1945 mit 51,5 Prozent am höchsten war. Aber dass er 1967 mit 26,9 Prozent am niedrigsten war und dann wieder auf über 30 Prozent anstieg, ist schon etwa überraschender. Der hohe Anteil der öffentlich Bediensteten und der steigende Anteil der Parteiangestellten wurde schon angeführt. Arbeiter sind fast nicht vertreten, Privatangestellte mit etwa 10 bis 15 Prozent.

Der Altersdurchschnitt der Abgeordneten ist seit 1945 vorerst leicht gesunken, 1991 aber deutlich gesenkt worden. Frauen waren bis 1967 unter den ÖVP-Landtagsabgeordneten überhaupt nicht vertreten. 1991 erreichte der Frauenanteil immerhin bereits 20 Prozent. Ihre Bedeutung ist im Steigen, aber immer noch nicht wirklich ausreichend.

Mit rund 180.000 Mitgliedern, 26.000 Funktionären und Organisationen in jeder Gemeinde ist die ÖVP flächendeckend vertreten und hat das Ohr ganz nah am Bürger. In der Landespartezentrale, dem Heinrich-Gleißner-Haus, wurde ein eigenes Kompetenz- und Servicezentrum für den kommunalpolitischen Bereich eingerichtet. Nach dem „One-Stop-Shop“-Prinzip erhalten ehrenamtliche Mitarbeiter ein umfangreiches Unterstützungsangebot für die Gemeindepolitik.

Gleichzeitig wurden aber auch die modernen Kommunikationstechnologien weiter ausgebaut. So war die ÖVP Oberösterreich die erste politische Partei, die seit 1996 mit einer eigenen Homepage im World Wide Web vertreten war. In einem nächsten Schritt wurde ein eigenes Intranet für Mitarbeiter und Funktionäre entwickelt. Dies wurde konsequent weiterentwickelt. Heute steht unter dem Namen „MyÖVP“ ein Portal für jeden Funktionär zur Verfügung. Darin sind neueste Informationen sowie Hilfsmittel, Argumente und Unterlagen für die praktische Parteiarbeit enthalten. Damit hat die ÖVP Oberösterreich auch die Chance, auf raschem Wege über Umfragen Stimmungsbilder in der Parteibasis zu erheben. Bei den oberösterreichischen Wahlen 2003 wurde über „MyÖVP“ zudem ein „Werbemittel- und Druckvorlagen-Generator“ angeboten, über den Flugblätter, Plakate, usw. erstellt werden können, zugleich fungierte das Portal auch als Werbemittelshop.

„MyÖVP“ ist auch der Ausgangspunkt für einen vollkommen neuen Ansatz in der Parteiarbeit: Das dokumentierte Wissen der Organisation (Dokumente, Programme, usw.) und das persönliche Wissen jedes Mitarbeiters werden elektronisch vernetzt. Damit ist das gesamte Know-how der Organisation gleichsam „auf Knopfdruck verfügbar“.

Die ÖVP Oberösterreich ist zu einer Service- und Dienstleistungspartei geworden, die ständig persönlichen Kontakt mit den Bürgern hält. Bei 1.578 Sprechtagen der Mandatäre aus dem Landtag, Nationalrat und Bundesrat in allen Landesteilen und Gemeinden im Jahr 2004 wurden mehr als 20.000 Bürger direkt erreicht.

Im Servicereferat der ÖVP Oberösterreich werden jährlich mehr als 10.000 Anfragen bearbeitet. Darüber hinaus halten die ÖVP-Service-Mitarbeiter knapp 200 Vorträge und Sprechtage in den Gemeinden ab, um direkt vor Ort über Neuheiten zu informieren. In den insgesamt 24 aktuellen Servicebroschüren werden den Oberösterreichern und Oberösterreichern konkrete Hilfestellungen in den verschiedensten Bereichen angeboten. Weiters informieren der Sozialratgeber und das Vereinshandbuch umfassend über die Themen Soziales und Vereine. Mit dem oö. Bauhandbuch gibt es einen Bestseller, der von allen Fachpublikationen dieser Art am detailliertesten auf die speziellen oberösterreichischen Verhältnisse im Baubereich eingeht. Mittlerweile erschien dieses Werk bereits in der 23. Auflage.

Oberösterreich hat in den sechzig Jahren seit 1945 einen rasanten Modernisierungsprozess durchlaufen. Es ist in der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik an die Spitze der österreichischen Bundesländer gerückt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Oberösterreich immer noch ein hauptsächlich agrarisch sowie klein- bis mittelbetrieblich strukturiertes Land. Oberösterreich profitierte zweifellos von der Welle von Industrie Gründungen, die gleich nach dem Anschluss realisiert wurden. Dieses Gründungsszenario wurde nach 1945 durch die Verlagerung von Betrieben in die amerikanische Besatzungszone, durch amerikanische Marshallplan-Hilfe, die vorwiegend der amerikanischen Besatzungszone zugute kam, und die beginnende ökonomische Integration nach Westeuropa nochmals bekräftigt.

Die grundsätzliche Entscheidung für eine großzügige Weiterführung und Ausweitung der Kriegsgründungen fiel aber nicht bereits unmittelbar nach Kriegsende, sondern erst in den Jahren 1947 und 1948 im Zusammenhang mit dem Marshallplan und der damit verbundenen wirtschaftlichen Integration Westeuropas und als Ersatz für entsprechende Produktionen in der russischen Besatzungszone. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung schätzte die Zahl der in Oberösterreich ansässigen Industriebetriebe im Sommer 1946 auf ca. 1100 gegenüber 500 bis 600 im Jahr 1937. Davon waren ca. 100 im Krieg entstanden oder hierher verlagert worden. Den Rest bildeten nach Kriegsende vorgenommene Neugründungen. Für diesen "Gründerboom" unmittelbar nach Kriegsende gab es viele Ursachen: der Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Wagemutigen, die in der amerikanischen Besatzungszone eine neue Chance fanden, die Verlegung von Firmensitzen und Firmenvermögen hieher, das große Angebot an neuen Arbeitskräften, nicht zuletzt die amerikanische Marshallplanhilfe, die der amerikanischen Besatzungszone in besonderem Maße zugute kam.

Zwischen 1948 und 1955 ergab sich daraus eine industrielle Gründungswelle, die sich auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre noch fortsetzte. Durch den Strukturwandel zählte Oberösterreich bereits 1955 zu den bedeutendsten Industrieregionen des Bundesgebietes. Oberösterreich ist im Verlauf der siebziger Jahre zum größten Industrieland Österreichs geworden, hat Niederösterreich und Wien in dieser Stellung überholt und hat auch in der gewerblichen Sachgüterproduktion hinter Wien die zweite Stelle übernommen. In Beschäftigung wie Exportquote liegt Oberösterreich voran. Es hat österreichweit die niedrigste Arbeitslosenrate, der Landeshaushalt ist schuldenfrei.

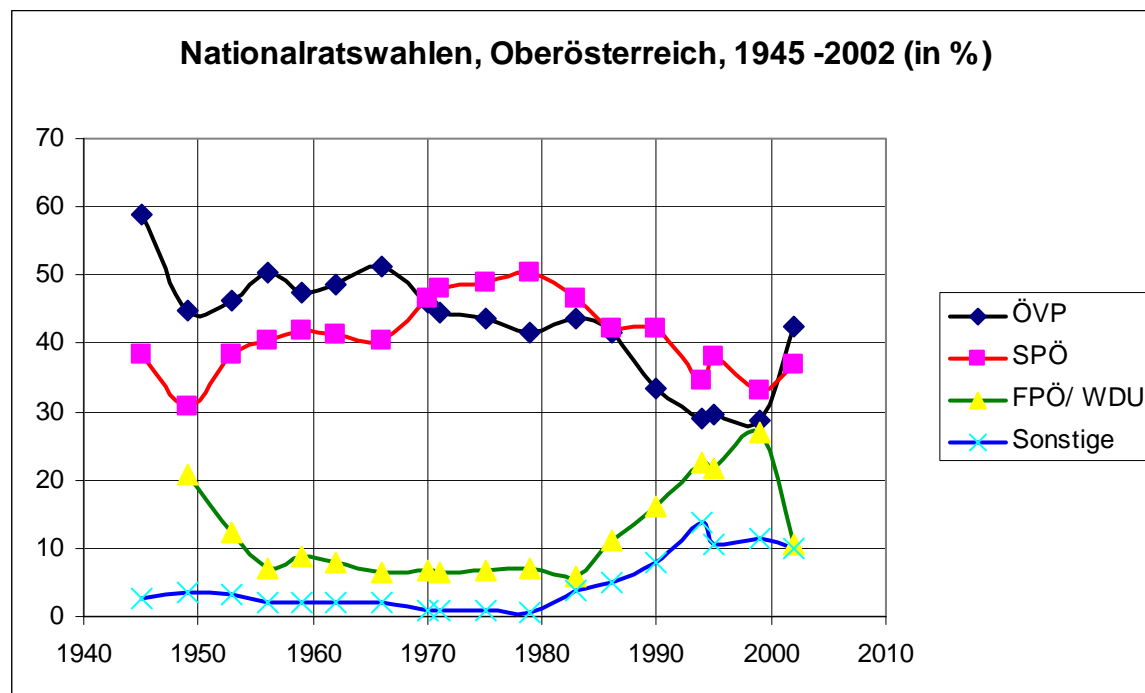
Nicht zuletzt war es die Tatkraft der politischen und ökonomischen Entscheidungsträger, dass Oberösterreich zum größten Industrieland Österreichs geworden ist. Viele zukunftsweisende Ideen sind in Oberösterreich früh aufgegriffen worden: In der Nachkriegszeit konnte die Infrastruktur des Landes entscheidend verbessert werden: Donaubrücken, Autobahnbau, die Neutrassierung von Bundes- und Landesstraßen, Ortsumfahrungen, Bau von Güterwegen und bäuerlichen Zufahrtsstraßen, die Staubfreimachungen, die Ortsplatzgestaltungen, die Orts- und Ringkanalisationen, die Wasserleitungen, der Hochwasserschutz, der Kraftwerksbau und generell die Stärkung der Energieversorgung des Landes, das waren die Voraussetzungen und begleitenden Maßnahmen des Wirtschaftswunders.

Zum entscheidenden Bündel wirtschaftlicher und kultureller Erfolgsfaktoren ist auch die Bildungslandschaft und der Ausbau der Bildungseinrichtungen zu zählen. 1970 befanden sich etwa 28000 oberösterreichische Jugendliche in einer höheren Ausbildung, im Jahr 2000 bereits fast 70000. Darunter im Jahr 1970 etwa 1700 in einer Universitätsausbildung, im Jahr 2000 fast 16000. Der Zugang zur Bildung wurde in dramatischer Weise ausgeweitet. Die Universitäten, die Fachhochschulen, das höhere Schulwesen, eine hervorragende Qualität der Grundschulen... Oberösterreich hat hier sehr viel Dynamik erreicht, von einem Land, in dem es bis 1965 keine Möglichkeit zu universitärer Ausbildung gab, zu vier Universitäten und mehreren Fachhochschulstandorten, Höheren Schulen in jedem Bezirksort, zahlreichen

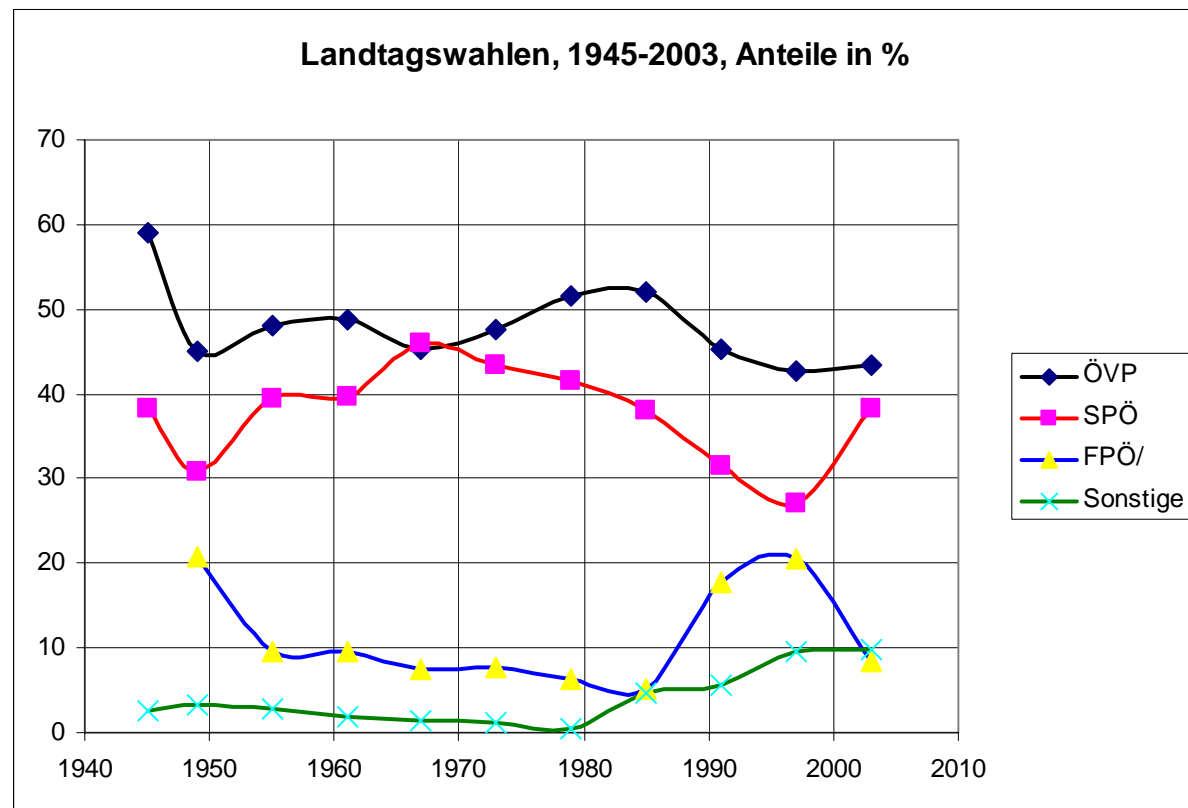
Forschungsstandorten, Technologieclustern, der TMG und einer Vielzahl innovativer und international tätiger Mittel- und Großbetriebe.

Gleichzeitig begannen mit der Ostöffnung nach 1989 neue Entwicklungen. Die lange im toten Winkel liegende Grenzregion im Norden des Landes wurde aus ihrer Isolation herausgerissen, mit positiven wie negativen Effekten. Spürte man einerseits die belebende Wirkung, so begann andererseits auch ein Kaufkraft- und Arbeitsplätzeabfluss in die Billiglohnregionen jenseits der Grenze. Das Jahr 1989 hat Oberösterreich wieder stärker in eine Mittelpunktrolle gerückt. Oberösterreichs Wirtschaft konnte alte Verbindungen nach Norden neu beleben. Gleichzeitig war aber jene bequeme Stellung als neutraler und weit nach Osten vorgeschobener Außenposten des Westens verloren gegangen. Plötzlich gab es viele Konkurrenten im Ostgeschäft. Gleichzeitig ist Österreich durch den EU-Beitritt wieder zum Frontstaat geworden, hat eine Schengen-Außengrenze, ist mit erheblicher Zuwanderung und Konkurrenz am Arbeitsmarkt konfrontiert.

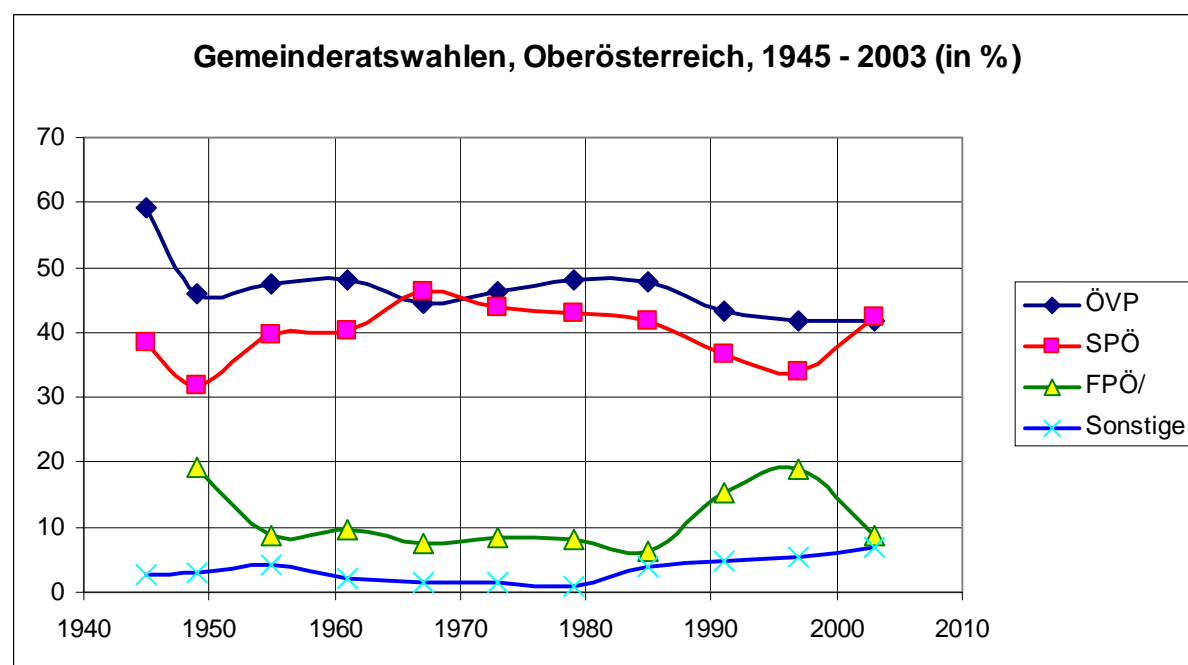
Der Wiederaufbau ist geschafft. Der Wohlstand des Landes ist so hoch wie nie in seiner Geschichte. Strukturwandel ist aber gefordert. Das oberösterreichische Klima der Kooperation und Zusammenarbeit, seit Jahrzehnten sprichwörtlich, braucht eine neue Qualität. Partnerschaftlicher Wettbewerb muss das Leitmotiv sein. Eine umfassende Information und Partizipation der Bevölkerung muss der Hauptteil der Parteiarbeit sein. "In einer demokratischen Gesellschaft", schrieb Erwin Wenzl 1972, "kann man ohne tiefgreifende Bewusstseinsbildung keine folgenschweren Maßnahmen durchführen." Das gilt für die gesamte Bandbreite der politischen Aufgabenstellungen, die von der ÖVP in ihrer Programmatik und in ihren Aktivitäten getragen und umgesetzt werden. Das Ziel, ein wohlhabendes, aber auch sozial engagiertes und kulturell herausragendes Land, kann nur auf diese Weise erreicht und gesichert werden.



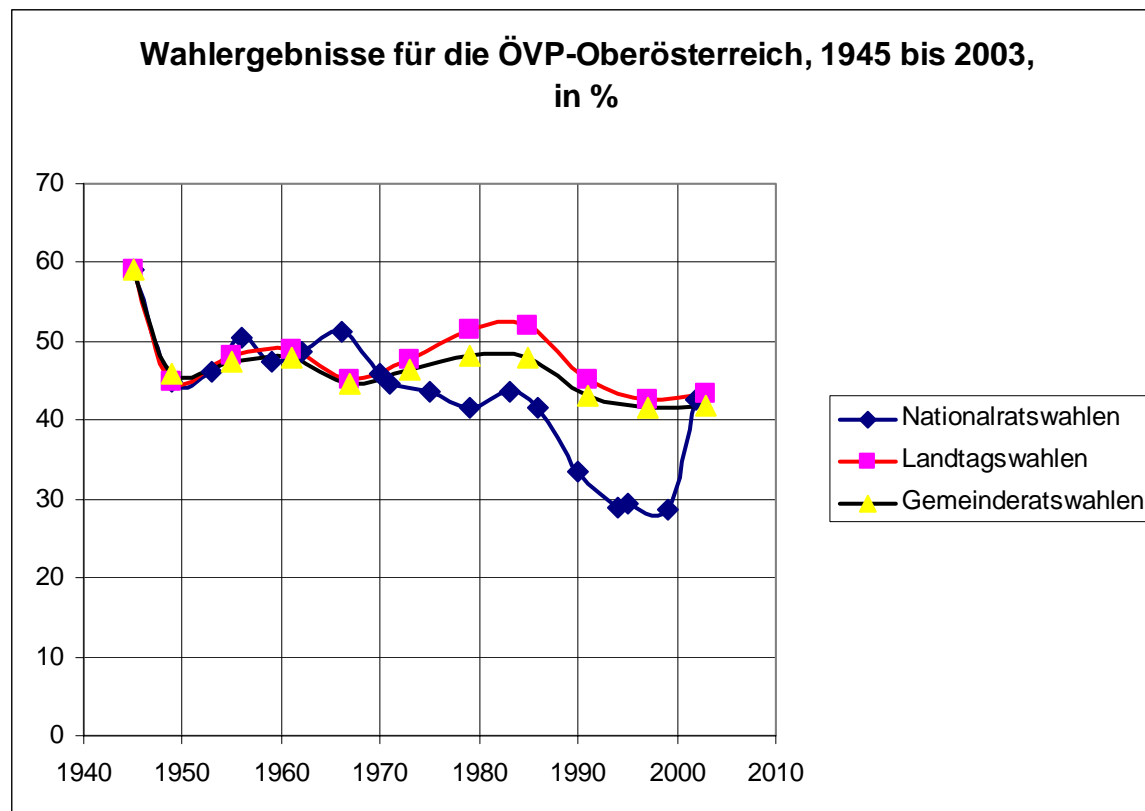
Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik, eigene Auswertung und Entwurf.



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik, eigene Auswertung und Entwurf.



Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik, eigene Auswertung und Entwurf.



Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik, eigene Auswertung und Entwurf.

Anhang

Die Führung der Partei und der Bünde- und Teilorganisationen

Die Parteiobmänner der ÖVP-Oberösterreich

Dr. Josef Zehetner, 1945
 Dr. Josef Stampfl, 1945-1947
 Dr. Albert Schöpf, 1947-1951
 Dr. Heinrich Gleißner, 1951-1968
 Dr. Erwin Wenzl, 1968-1977
 Dr. Josef Ratzenböck, 1977-1995
 Dr. Josef Pühringer, seit 1995

Obleute des Oberösterreichischen Bauern- und Nebenerwerbsbauernbund

Peter Mandorfer (1945 -1953)
 Johann Blöchl (1953-1965)
 Johann Diwold (1965-1978)
 Dr. Hans Lehner (1978-1984)
 Leopold Hofinger (1984-1997)
 Hannes Herndl (seit 1997)

Wirtschaftsbund

Dr. Franz Schütz (1945-1970)
Rudolf Trauner (1970-1991)
Kurt Kaun (1991-1999)
Christoph Leitl (1999-

ÖAAB

Dr. Alfred Maleta (1945-1956)
Wilhelm Salzer (1956-1960)
Theodor Pritsch (1960-1966)
Gerhard Possart (1966-1989)
Dr. Karl Albert Eckmayr (1989-1995)
Franz Hiesl (seit 1995)

Frauenbewegung

Paula Gleißner (1946-1949)
Josefine Böcklinger (1950-1963)
Annemarie König (1963-1966)
Risa Kowalski (1966-1975)
Dipl. Ing. Marilies Möst (1975-1984)
Romana Pretzl (1984-1986)
Elisabeth Schiffkorn (1986-1988)
Angela Orthner (1988-2004)
Claudia Durschschlag (seit 2004)

Seniorenbund

Heinrich Metz (1956-1964)
Hans Waldsam (1961-1962)
Johann Ramspöck (1962-1964)
Erich Urban (1964-1978)
Dr. Gottfried Fosen (1978-1992)
Manfred Krendl (1992-1996)
Dr. Josef Ratzenböck (seit 1996)

Junge ÖVP

Ing. Rudolf Möstl (1946-1947)
Johann Allerstorfer (1947-1952)
Karl Unterberger (1952-1957)
Thomas Kocher (1957-1959)
Johann Winetzhammer (1959-1967)
Werner Wiglbeyer (1967-1974)
Dr. Josef Pühringer (1974-1983)
Ing. Mag. Otto Gumpinger (1983-1989)
Wolfgang Stanek (1989-1992)
Mag. Thomas Stelzer (1992-2001)
Mag. Bernhard Baier (seit 2001)

Die Ergebnisse der Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen 1945 bis 2003

Nationalratswahlen, OÖ, 1945-2002 (Stimmanteile in %)

Jahr	Wahlbe- teilig. %	ÖVP %	SPÖ %	FPÖ/ WDU %	KPÖ/ KLS %	Grüne %	VGÖ %	LIF %	Sonstige Part. %
1945	91,80	58,99	38,37		2,61				
1949	96,20	44,95	30,80	20,84	3,08				0,30
1953	94,15	46,22	38,38	12,16	3,00				0,20
1956	95,93	50,35	40,32	7,14	2,16				
1959	95,12	47,31	41,99	8,73	1,95				
1962	94,79	48,61	41,34	8,02	1,80				0,21
1966	94,70	51,32	40,29	6,44					1,93
1970	91,98	45,91	46,69	6,60	0,57				0,21
1971	92,52	44,61	48,13	6,43	0,82				
1975	92,99	43,59	48,89	6,70	0,81				
1979	91,90	41,68	50,45	7,16	0,70				
1983	92,14	43,53	46,56	5,96	0,50		2,21		1,19
1986	89,53	41,53	42,27	11,03	0,58	4,51			
1990	84,78	33,44	42,27	16,03	0,37		2,47		5,36
1994	83,98	28,90	34,47	22,54	0,19	7,41	0,17	4,63	1,44
1995	88,22	29,51	38,08	21,58	0,21	4,96		4,30	1,11
1999	83,47	28,63	33,06	26,80	0,33	7,36		2,67	1,15
2002	86,34	42,59	37,02	10,40	0,47	8,67		0,85	

Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Landtagswahlen, OÖ, 1945-2003 (Stimmanteile in %)

Jahr	Wahlbe- teilig. %	ÖVP %	SPÖ %	FPÖ/ WDU %	KPÖ/ KLS %	Grüne %	VGÖ %	LIF %	Sonstige Part. %
1945	92,20	59,05	38,32		2,61				
1949	95,72	44,94	30,76	20,78	3,08				0,29
1955	93,88	48,13	39,44	9,61	2,77				
1961	92,77	48,83	39,59	9,66	1,87				
1967	92,30	45,21	45,95	7,48	0,82				0,51
1973	91,56	47,64	43,40	7,66	0,88				0,39
1979	88,36	51,56	41,47	6,38	0,58				
1985	85,85	52,07	38,02	5,03	0,63	0,36	2,12		1,63
1991	85,20	45,20	31,41	17,73			2,55		3,00
1997	81,05	42,69	27,03	20,63	0,28	5,78		2,08	1,49
2003	78,65	43,42	38,33	8,40	0,78	9,06			

Quelle: Amt der oö. Landesregierung, Statistik.

Gemeinderatswahlen, OÖ, 1945-2003 (Stimmanteile in %)

Jahr	Wahlbe- teilig. %	ÖVP %	SPÖ %	FPÖ/ WDU %	KPÖ/ KLS %	Grüne %	VGÖ %	LIF %	Sonst ige Part. %
1945	92,20	59,05	38,32		2,64				
1949	89,67	45,85	31,74	19,32	2,81				0,29
1955	93,16	47,47	39,80	8,64	2,27				1,81
1961	92,20	47,97	40,27	9,74	1,61				0,40
1967	91,83	44,53	46,40	7,58	0,77				0,71
1973	91,57	46,34	43,84	8,40	0,89				0,54
1979	88,36	48,15	42,93	8,01	0,51				0,40
1985	85,85	47,87	41,89	6,30	0,65	0,13	0,84		2,32
1991	84,60	43,20	36,78	15,25	0,01		1,06		3,70
1997	80,62	41,67	34,08	18,92	0,16	1,79		0,76	2,62
2003	77,81	41,80	42,40	8,81	0,27	4,34			2,38

Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik.

Mandatsverteilung im Oberösterreichischen Landtag

1945 bis 2003 (in Mandaten)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Summe	
1945		30	18	-	48	
1949		23	15	10	48	
1955		25	19	4	48	
1961		25	19	4	48	
1967		23	23	2	48	
1973		28	24	4	56	
1979		29	23	4	56	
1985		30	23	3	56	
1991		26	19	11	56	
1997		25	16	12	3	56
2003		25	22	4	5	56

Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik.

Landtagswahlen nach Wahlkreisen, 1945-2003 (Anteil der ÖVP in %)

	Linz und Umgebung	Innviertel	Hausruckviertel	Traunviertel	Mühlviertel	Landesergebnis
1945	42,5	71,3	61,7	52,2	72,2	59,1
1949	29,8	53,4	46,0	39,4	64,9	44,9
1955	34,4	57,9	49,4	41,3	67,7	48,1
1961	37,2	55,8	49,8	43,0	68,7	48,8
1967	34,8	51,8	46,0	39,7	64,0	45,2
1973	36,4	54,5	47,8	42,0	64,4	47,6
1979	40,8	57,9	51,8	46,5	65,7	51,6
1985	40,5	58,0	52,7	48,1	64,1	52,1
1991	34,9	48,5	45,1	42,0	57,2	45,2

1997	33,4	45,1	42,4	40,1	53,1	42,7
2003	32,5	49,2	44,0	42,2	50,5	43,4

Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik.

EU-Wahlen 1996-2004 (Anteile der wahlwerbenden Parteien in %)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne
1996	30,9	28,5	28,1	6,3
1999	32,0	30,7	25,0	8,6
2004	34,4	34,0	6,2	11,3

Quelle: Amt der öö. Landesregierung, Statistik.

Deklarierte Wahlabsichten für LANDTAGSWAHLEN zum Befragungszeitpunkt (1994 – 2005)

<i>Erhebungszeitraum</i>	ÖVP in %	SPÖ in %	FPÖ in %	Grüne in %	Sonst. in %
1994-1996	37	31	23	7	2
1997-1999	42	28	23	6	1
Vor der LTW 2003	45-46	34-35	10-11	8-9	1
Ergebnis LTW 2003	43,4	38,3	8,4	9,1	0,8
Jänner/Feber 2005	43-44	36-37	8-9	10-11	1

Quelle: Fessel-GfK, bundesweite Umfragen, Sonderzählungen für das Bundesland Oberösterreich, jährlich 6.000 – 8.000 face-to-face- und Telefoninterviews;

Die Berufsstruktur der ÖVP-Landtagsabgeordneten 1945-2003 (absolut und Anteile in %)

	1945/49	1949/55	1955/61	1961/67	1967/73	1973/79	1979/85	1985/91	1991/97	1997/2003	2003
Landwirte	17	12	11	10	7	9	9	10	9	7	8
Arbeiter	1	1	2	2			2	2			
Gewerbetreibende	5	4	3	4	3	3	3	6	5	4	4
Freie Berufe	1	2	2	1	1				1	3	3
Privatangestellte	2	1	2	2	4	3	2	5	3	4	5
Öffentlich Bedienstete	5	5	5	7	7	10	9	10	5	2	2
Verbände	2	2		2	2	2	2	2	3		
Partei					1	4	3	5		5	3
Hausfrauen											
Sonstige			1	1	1						
Summe	33	27	26	29	26	31	30	40	26	25	25
davon Frauen	0	0	0	0	1	1	1	4	5	7	7
Landwirte	51,5	44,4	42,3	34,5	26,9	29,0	30,0	25,0	34,6	28,0	32,0
Arbeiter	3,0	3,7	7,7	6,9	0,0	0,0	6,7	5,0	0,0	0,0	0,0
Gewerbetreibende	15,2	14,8	11,5	13,8	11,5	9,7	10,0	15,0	19,2	16,0	16,0
Freie Berufe	3,0	7,4	7,7	3,4	3,8	0,0	0,0	0,0	3,8	12,0	12,0
Privatangestellte	6,1	3,7	7,7	6,9	15,4	9,7	6,7	12,5	11,5	16,0	20,0
Öffentlich Bedienstete	15,2	18,5	19,2	24,1	26,9	32,3	30,0	25,0	19,2	8,0	8,0
Verbände	6,1	7,4	0,0	6,9	7,7	6,5	6,7	5,0	11,5	0,0	0,0
Partei	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	12,9	10,0	12,5	0,0	20,0	12,0
Hausfrauen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	0,0	0,0	3,8	3,4	3,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe (abs.)	30	23	25	25	23	28	29	30	26	25	25
Frauenanteil	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	3,2	3,3	10,0	19,2	28,0	28,0
Alterdurchschnitt	50,8	50	47,9	47,5	48,8	48,9	48,1	49,7	44,2	44,8	47,6

Quelle: Schausberger, Franz, Die Eliten der ÖVP seit 1945, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, eigene Umrechnungen.

Literatur:

- Ableitinger, Alfred*, Partei- und Organisationsstruktur, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 137 ff.
- Aglas, Erwin*, Das Land Oberösterreich und seine Politiker, Linz 1979.
- Aichinger, Manuela*, Rot-Weiß-Rot Linz und das Rundfunkwesen in Oberösterreich 1954 bis 1957/58, Salzburg, Univ. Diss., 1992.
- Arbeit und Konflikt. Die Linzer Volkspartei 1945-1990, Linz 1990.
- Beer, Siegfried, Vertrauliche Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahr 1945, in: Oberösterreich April-Dezember 1945, Linz 1991.
- Bezemek, Ernst, Die Nationalratswahlen vom 25. November 1945, Diss. Wien 1977.
- Blöchl, Johann, Meine Lebenserinnerungen, Linz 1975.
- Bruckmüller, Ernst, Die ständische Tradition. ÖVP und Neokorporatismus, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 281 ff.
- Chmelir, Rudolf, VIPs in Oberösterreich, Linz 1988.
- Das Politische Plakat in Oberösterreich 1918-1956, Linz 1979.
- Das Theater hat Zukunft: Ziele und Perspektiven für das neue Landestheater Linz, hg. v. Josef Pühringer Linz 2001.
- Demuth, Stefan, Lebensweg durch fünf Systeme. Erinnerungen, Erlebnisse, Erwartungen, Linz 1987.
- Dichand, Hans, Im Vorhof der Macht, 1996.
- Die Länderkonferenzen 1945. Dokumente und Materialien, Wien 1995.
- Die Nationalratswahlen vom 22. Februar 1953, bearbeitet vom Österr. Stat. Zentralamt, Wien 1953.
- Die Wahlen in den Bundesländern seit 1945. Nationalrat und Landtage, hg. v. Verbindungsstelle der Bundesländer, Linz 1981.
- Die Zivilverwaltung Mühlviertel 1945-1955, Manuskript OÖLA.
- Dr. Erwin Wenzl 80, Erlebnisse und Anekdoten, hg. v. d. ÖVP Oberösterreich, Linz 2001.
- Edlinger, Herbert, Die Rekonstruktion der oberösterreichischen Sozialdemokratie nach 1945, Linz, Univ., Diss., 1999.

- Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991.
- Engleitner, Ehrenreich, Modell Oberösterreich, in: 31. Landesparteitag 1985. Eine Dokumentation zur Landtagswahl 1985, Linz 1985, 36 ff.
- Entnazifizierung im regionalen Vergleich, hrsg. v. Walter Schuster, Linz 2004 (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 2002).
- Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz, 2. Aufl. 1996 (Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995).
- Feichtlbauer, Hubert, Josef Pühringer: Augenmaß und Leidenschaft, 2. Aufl. Linz 2003.
- Felder, Alois, Rudolf Trauner: Leben und Wirken, Linz 1997.
- Fünfzig Jahre öö. Land- und Forstarbeiterbund, Linz 1969.
- Gemeindewahlen 1961 in Oberösterreich. Mit Vergleichszahlen der Gemeindewahlen 1955, Linz 1962.
- Glas, Bernhard, Landtagswahlkämpfe in Oberösterreich 1945 – 1973, Salzburg, Univ., Diss., 1996.
- Hackl, Josef, 1967: Entscheidung mit der FPÖ, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 117-122.
- Hartmann, Gerhard, Die Vorfeldorganisationen der ÖVP, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 317 ff.
- Haun, Manfred, 40 Jahre ÖAAB in Oberösterreich, 1986.
- Helbich, Leopold, Straßen meines Lebens, Mauthausen 2001.
- Hiesl, Franz, Wohnbauförderung, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 166-168.
- Hindinger, Gabriele, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945, Wien 1968.
- Höbelt, Lothar, Von der vierten Partei zur dritten Kraft: die Geschichte des VdU, Graz 1999.
- Holzer, Barbara, Hauser, Susanna, May, Renate, Ein Verein macht Geschichte. 100 Jahre christlichsozialer Arbeiterverein, Wien 1994.
- Hölzl, Norbert, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 - 1971, Wien 1974.
- Im Dienste Salzburgs. Zur Geschichte der Salzburger ÖVP, hg. v. Franz Schausberger, Salzburg 1985.
- Kern, Felix, Oberösterreichischer Bauern- und Kleinhauslerbund, 2 Bde, Wels 1953/56.
- Kern, Felix, Oberösterreichischer Landesverlag, Linz 1951.
- Kern, Felix, Oberösterreichischer Volkskredit, Wels 1949.
- Klar, Peter, Der Zeitungsmann, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 99-107.
- Koref, Ernst, Die Gezeiten meines Lebens, Wien 1980.
- Kriechbaumer, Robert, Geschichte der ÖVP, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 11 ff.
- Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995.
- Kuckacka, Helmut, Die Landtagswahl 1985 – Eine Analyse der Ergebnisse, in: 31. Landesparteitag 1985. Eine Dokumentation zur Landtagswahl 1985, Linz 1985, 39 ff.
- Kuckacka, Helmut, Die Landtagswahl in Oberösterreich – Ein Sieg der Persönlichkeit und der politischen Strategie, in: 31. Landesparteitag 1985. Eine Dokumentation zur Landtagswahl 1985, Linz 1985, 17 ff.

- Kuckacka, Helmut, Pasteyrik, Walter, Der "Löwe" als Parteimanager im Spiegel der oberösterreichischen Parteigeschichte, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 87-98.
- Kuckacka, Helmut, Wahlkampf – Innovation und Phantasie – Der "Löwe" als Sieger, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 123-127.
- Langoth, Franz, Kampf um Österreich: Erinnerungen eines Politikers, Wels 1951.
- Leimlehner, Erich, Das Kriegsende und die Folgen der sowjetischen Besetzung im Mühlviertel 1945 bis 1955, Zürich 1974.
- Leitl, Christoph (Hg.), Wirtschaft morgen. Eine oberösterreichische Initiative für die 90er Jahre, Linz 1990.
- Leopoldseder, Hannes, Ein Landeshauptmann und die Medien, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 191-196.
- Liebmann, Maximilian, Die ÖVP im Spiegel der Bischofskonferenzakten von 1945 bis zur staatlichen Anerkennung des Konkordates, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 253 ff.
- Maleta, Alfred, Bewältigte Vergangenheit. Österreich 1932-1945, Graz 1981.
- Marckgott, Gerhart, Das Wahlverhalten in österreichischen Städten 1919 - 1979, in: Wilhelm Rausch (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert, Linz 1984.
- Mayr, Willi/Käfer, Sepp, Die Jugendparlamente, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 111-116.
- Mayr-Kern, Elisabeth, Oberösterreich, Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945 - 1991: eine Publikation der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei, Herbert Dachs (Hrsg.), Mit Beitr. von Veronika Cortolezis u.a., Wien 1992 (Österreichisches Jahrbuch für Politik: Sonderband 4).
- Merl, Edmund, Besatzungszeit im Mühlviertel, Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 7, Linz 1980.
- Naderer, Anton, Dr. Josef Cal. Fließer, Bischof von Linz, Wien, Theol. Diss. 1972
- Oberösterreich April bis Dezember 1945. Ein Dokumentarbericht, bearb. v. OÖ. Landesarchiv, MS, OÖ. Landesarchiv 1955.
- Oberösterreich: April bis Dezember 1945; ein Dokumentarbericht, bearb. vom Oberösterreichischen Landesarchiv. Mit e. Erg. von Siegfried Beer. Red. von Gerhart Marckgott, Linz 1991 (Quellen zur Geschichte Oberösterreichs 2).
- ÖVP-Oberösterreich 1945-1984, Linz 1984.
- Pasteyrik, Walter, Die Geschichte der Oberösterreichischen Volkspartei, in: ÖVP Oberösterreich 1945 - 1985, Linz 1984, 23-128.
- Pasteyrik, Walter, Festschrift zum 10. Landesparteitag der ÖVP (1958), 15-29.
- Pesendorfer, Wolfgang: Der Landeshauptmann: historische Entwicklung, Wesen und verfassungsrechtliche Gestalt einer Institution, Wien, 1986 (Forschungen aus Staat und Recht 72).
- Pesendorfer, Wolfgang: Der Oberösterreichische Landtag: historische Entwicklung, Wesen und Bedeutung einer Institution, Linz, 1989.
- Peter, Friedrich, Aus der Sicht der politischen Gegner, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 74-78.
- Prinzip Hoffnung. Linz zwischen Befreiung und Freiheit, Katalog des Stadtmuseums Nordico 60, Linz 1995.
- Pühringer, Josef, Eine Infrastruktur für Oberösterreich, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 146-157.

- Raml, Markus Norbert Georg, Die sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung einer Jugendorganisation am Beispiel der jungen ÖVP Oberösterreich in den Jahren 1945 bis 1998, Linz, Univ., Dipl.-Arb., 1999.
- Rathkolb, Oliver, Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik. Vertrauliche Berichte der US-Besatzungsadministration in Österreich, Wien 1986.
- Ratzenböck, Josef, Mit herzlichen Grüßen Euer Josef Ratzenböck oder Wer glaubt, dass ich nichts zu lachen hatte, irrt: Geschichten, Kuriositäten, Anekdoten, erlebt von Josef Ratzenböck. Niedergeschr. von Anneliese Ratzenböck, 1. Aufl. Linz 1996.
- Rauchensteiner, Manfred, Der Sonderfall: die Besatzungszeit in Österreich; 1945 bis 1955, vom Autor genehmigte Neuaufl., Graz 1995.
- Rauchensteiner, Manfred, (Hg.), Österreich 1945: ein Ende und viele Anfänge, Graz 1997.
- Rauchensteiner, Manfred, Der Krieg in Österreich '45, Wien 1995.
- Reichersberger Pfingstgespräche 1997 – 2001, hg. v. Josef Pühringer, Linz 2002 .
- Reimann, Viktor, Die dritte Kraft in Österreich, Wien 1980 .
- Salzer, Wilhelm, Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Oberösterreichs, Wien 1963.
- Salzer, Wilhelm, Politische Erinnerungen 1918-1958, Linz 1958.
- Sandgruber, Roman, Die Anfänge der Linzer ÖVP, in: Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz, Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz 1996, 69 ff.
- Sandgruber, Roman, Die ÖVP in Oberösterreich, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 403 ff.
- Schausberger, Franz, Die Eliten der ÖVP seit 1945, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 201 ff.
- Slapnicka, Harry, Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934, Linz 1984.
- Slapnicka, Harry, Die Anfänge der Volkspartei in Oberösterreich und der Beginn einer eigenständigen Landespolitik, in: Christliche Demokratie, Wien 1986.
- Slapnicka, Harry, Heinrich Gleissner. Vom Arbeitersohn zum ersten Mann Oberösterreichs, Wien 1987.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht 1918-1938, Linz 1976.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreich - zweigeteiltes Land. 1945 - 1955, Linz 1986.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreich 1917 - 1977, Karten und Zahlen, Linz 1977.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreich, als es Oberdonau hieß, 1938 – 1945, Linz 1978.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreich. Die politische Führungsschicht ab 1945, Linz 1989.
- Slapnicka, Harry, Oberösterreichs Landeshauptleute von 1861 bis zur Gegenwart, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 48-55.
- Sperner, Wolfgang, Mosaik eines interessanten Lebens, in: Ein Löwe für Oberösterreich. Dr. Erwin Wenzl, Linz 1991, 9-38.
- Stiefel**, Dieter, Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981.

- Trendbuch Zukunft: Oberösterreich unterwegs in das 3. Jahrtausend [Perspektiven, Hintergründe, Visionen], hg. v. Josef Pühringer Linz 1997.
- Tweraser, Kurt, Der Linzer Gemeinderat 1934 - 1962. Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1983, Linz 1985.
- Tweraser, Kurt, Hans Behrmanns Glück und Ende. Anmerkungen zur amerikanischen Pressepolitik am Beispiel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1945-1948, in: Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz, Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1995, Linz 1996, 277 ff.
- Tweraser, Kurt, Linz und Oberösterreich zwischen Liberalisierungsdiktatur und Demokratie. Politische Betrachtungen zur "unpolitischen" Periode der amerikanischen Besatzung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1985, Linz 1986.
- Tweraser, Kurt, US-Militärregierung und Oberösterreich. Bd. 1: sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besetzung in Oberösterreich-Süd 1945-1950, Linz 1995.
- Ullram, Peter, Plasser, Fritz, Müller, Wolfgang C., Mitglieder- und Wählerstruktur, in: Kriechbaumer, Robert, Schausberger, Franz (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995, 163 ff.
- Vom Land in der Mitte: über Oberösterreich, hg. v. Josef Pühringer, Linz 2000.
- Wagner, Wolfgang, 50 Jahre Wirtschaftsbund, Linz 1995.
- Wahlen in Oberösterreich 1945 - 1979, Linz o. J. (1979).
- Wahlen in Oberösterreich: 1945 – 1979, hg. v. Amt d. Oberösterr. Landesregierung, Statistik . - 2., erw. Aufl. . - Linz [1980?].
- Wenzl, Erwin, Eine echte Volkspartei. Die ÖVP Oberösterreichs hat den Wandel der Bevölkerungsstruktur mitvollzogen, in: 30 Jahre Volkspartei. Beilage Neues Volksblatt 96, 25.4.1975.
- Wenzl, Erwin, Galionsfigur der Österreichischen Volkspartei, in: Landeshauptmann Heinrich Gleißner. Zeitgenossen berichten. Oberöreicher, 4, Linz 1985.
- Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945, Wien 1982.

¹ Tweraser, US-Militärregierung und Oberösterreich. Bd. 1; Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land; Prinzip Hoffnung. Linz zwischen Befreiung und Freiheit; Oberösterreich: April bis Dezember 1945; Merl, Besatzungszeit im Mühlviertel.

² Kriechbaumer, Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität.

³ Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 212.

⁴ Slapnicka, Christlichsoziale in Oberösterreich.

⁵ Slapnicka, Heinrich Gleißner, 12.

⁶ Liebmann, Die ÖVP im Spiegel der Bischofskonferenzakten, 253 ff.

⁷ Tweraser, Linz zwischen Liberalisierungsdiktatur und Demokratie, 464 f; Anton Naderer, Dr. Josef Cal. Fließner, Bischof von Linz, Wien, Theol. Diss. 1972, 202 f.

⁸ Tweraser, Linzer Gemeinderat, 171 f.

⁹ Schärf, Österreichs Erneuerung, 45.

¹⁰ Edlinger, Rekonstruktion der oberösterreichischen Sozialdemokratie, 87 f.

¹¹ Schuster, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik, 158.

-
- ¹² Tagblatt Nr. 31, 7. Februar 1946: Kepplinger/Weidenholzer, Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie, 46 f.
- ¹³ Tweraser, Linz zwischen Liberalisierungsdiktatur und Demokratie, 465.
- ¹⁴ Naderer, Dr. Josef Cal. Fließer, 208.
- ¹⁵ Tweraser, US-Militärregierung und Oberösterreich.
- ¹⁶ Allerdings entpuppten sich einige Mitglieder des Beamtenkabinetts tatsächlich als aktive Nationalsozialisten,
- ¹⁷ Zu Eigl jetzt ausführlich: Schuster, Politische Restauration, 166 ff.
- ¹⁸ Zur Entnazifizierung Gleißners, vgl. Stiefel, 142-145; Tweraser, US-Militärregierung, 232 f; Schuster, Politische Restauration, 176 ff; Im Berliner Document-Center findet sich keine Evidenz über eine NSDAP-Mitgliedschaft Gleißners. Die entsprechenden Hinweise hätten entweder nur von der US-Armee entfernt werden können oder haben nie existiert.
- ¹⁹ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964, Dokument IX, S. 577; Slapnicka, Oberösterreich als es "Oberdonau" hieß, 275.
- ²⁰ zu Gleißners Verhältnis zur NSDAP jetzt Schuster, Politische Restauration, 176 ff. Kaum ernsthaft kann auch einem anderen Gerücht Glauben geschenkt werden, dass sich nämlich der politische Profi Gleißner noch knapp vor Kriegsende wissentlich auf die Ministerliste hätte setzen lassen, die der Kaltenbrunner-Vertraute SS-Obersturmbannführer Wilhelm Höttl für eine „österreichische Regierung“ bestehend aus „gemäßigten“ Nationalsozialisten und Konservativen zusammenstellte.
- ²¹ OÖLA, Niederschrift Seefeldner.
- ²² Arbeit und Konflikt. Die Linzer Volkspartei 1945-1990, Linz 1990.
- ²³ Tweraser, US-Militärregierung und Oberösterreich.
- ²⁴ Tweraser, Linz zwischen Liberalisierungsdiktatur und Demokratie, 466 ("The Political Situation in Upper Austria, 2. August 1945).
- ²⁵ Koref, Gezeiten, 256.
- ²⁶ Tweraser, Militärregierung, 162 f.
- ²⁷ Tweraser, Linzer Gemeinderat, 171.
- ²⁸ Salzer, Politische Erinnerungen; Arbeit und Konflikt. Die Linzer Volkspartei 1945-1990, Linz 1990, 9 ff.
- ²⁹ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 130.
- ³⁰ Die Länderkonferenzen 1945. Dokumente und Materialien, Wien 1995, 37 f.
- ³¹ Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 199.
- ³² Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 45.
- ³³ Tweraser, Linzer Gemeinderat, 175;
- ³⁴ Blöchl, Lebenserinnerungen, 159.
- ³⁵ Blöchl, Lebenserinnerungen, 201.
- ³⁶ Wagner, 50 Jahre Wirtschaftsband.
- ³⁷ Kern, OÖ. Landesverlag, 443.
- ³⁸ Ludwig Reichhold, Der Anfang in Oberösterreich, in: Sonderbeilage des Neuen Volksblatts, Nr. 96, 25. April 1975.
- ³⁹ Raml, Jugendorganisation, 51 ff.
- ⁴⁰ Edlinger, Rekonstruktion der oberösterreichischen Sozialdemokratie.
- ⁴¹ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 126.
- ⁴² Schuster, Politische Restauration, 186.
- ⁴³ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 133 f.
- ⁴⁴ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 134.
- ⁴⁵ Slapnicka, Oberösterreich - zweigeteiltes Land, 134.

-
- ⁴⁶ Sandgruber, Anfänge der Linzer ÖVP, 69 ff.
- ⁴⁷ Koref, Die Gezeiten meines Lebens, 328; VOEST. Menschen und ihr Werk. 50 Jahre aus der Sicht der Belegschaft, Linz 1995.
- ⁴⁸ Blöchl, Lebenserinnerungen.
- ⁴⁹ Blöchl, Lebenserinnerungen, 201.
- ⁵⁰ Edlinger, Rekonstruktion der oberösterreichischen Sozialdemokratie, 268.
- ⁵¹ Rauchensteiner, Sonderfall, 263.
- ⁵² Maleta, Bewältigte Vergangenheit, 143.
- ⁵³ Reimann, Dritte Kraft, 59 f.
- ⁵⁴ Rauchensteiner, Sonderfall, 261-274.
- ⁵⁵ Reimann, Dritte Kraft, 116.
- ⁵⁶ Tweraser, Linzer Gemeinderat, 195; Reimann, Dritte Kraft, 89 f, 94, 118-123; Koref, Gezeiten, 498; Langoth, Kampf um Österreich, 348 f.
- ⁵⁷ Reimann, Dritte Kraft, 122 f.
- ⁵⁸ Reimann, Dritte Kraft, 122.
- ⁵⁹ Reimann, Dritte Kraft, 129.
- ⁶⁰ Höbelt, VdU 121, ATP 22.12.1949.
- ⁶¹ Tweraser, Hans Behrmanns Glück und Ende, 277 ff.
- ⁶² Helbich, Straßen meines Lebens, 15 f; Dichand, Im Vorhof der Macht.
- ⁶³ Blöchl, Lebenserinnerungen, 215.
- ⁶⁴ 3. Landesparteitag 1949, Delegiertentag, Referat LPO Dr. Schöpf, ÖVP, Parteiarchiv.
- ⁶⁵ Blöchl, Lebenserinnerungen, 215 f.
- ⁶⁶ Bundesrat a.D. Dr. Albert Schöpf starb am 6. Oktober 1980.
- ⁶⁷ Blöchl, Lebenserinnerungen, 226.
- ⁶⁸ Blöchl, Lebenserinnerungen, 232 f.
- ⁶⁹ Blöchl, Lebenserinnerungen, 233.
- ⁷⁰ Dr. Otto Lackinger, in: Dr. Erwin Wenzl 80, 65.
- ⁷¹ Peter, Aus der Sicht der politischen Gegner 74 ff.; Hackl, 1967: Entscheidung mit der FPÖ, 117 ff.
- ⁷² Kuckack/Pasteyrik, Der "Löwe" als Parteimanager 87 ff.; Mayr/Käfer, Die Jugendparlamente 111 ff.
- ⁷³ Kuckack, Wahlkampf – Innovation und Phantasie 123 ff.
- ⁷⁴ Raml, Jugend, 84 ff.
- ⁷⁵ Pühringer, Eine Infrastruktur für Oberösterreich 146 ff.
- ⁷⁶ Dipl. Ing. Hubert Lehner, 1991.
- ⁷⁷ Klar, Der Zeitungsmann 99 ff.; Leopoldseder, Ein Landeshauptmann und die Medien 191 ff.